

Beschlussbuch zur Landeskonferenz

03./04. Dezember 2022

Antragsbuch

Vorwort:

Dies ist ein Interaktives Dokument. Wenn ihr auf die Antragsüberschrift klickt, springt ihr direkt zum Antrag, oder umgekehrt wieder in die Antragsübersicht am Anfang.

Inhaltsverzeichnis

Geschäftsordnung

Arbeitsprogramm des Landesvorstands 2022/23

A – Arbeit

Antrag A01: Stärkung der Gewerkschaften für Mitarbeiter*innen von Online-Händlern

Antrag A02: Ausbildung in Erziehungsberufen vergüten

Antrag A03: Menstruationsbedingten Arbeitsausfall für Arbeitnehmer*innen gesetzlich verankern

B – Bildung

Antrag B02: Freistellung der Schule für die Feuerwehr

Antrag B03: Aufklärungsunterricht Datenschutz und Social-Media Kompetenz

Antrag B04: Kein Fleisch mehr in Kantinen der Schule

Antrag B05: Sprache ist kein Luxus! Sprachförderkräfte als fester Bestandteil niedersächsischer Kindertageseinrichtungen

Antrag B06: Lehrer*innenbildung braucht Inklusion!

Antrag B07: Lange Prüfungen-Unterrichtsschluss!

Antrag B08: Aufhebung Fächerkombinationsperren an Universitäten beim Studiengang Lehramt an weiterführenden Schulen

Antrag B09: Abschaffung Langzeitstudiengebühren und Verwaltungskostenbeitrag für Studierende

Antrag B10: Abschaffung der Sperrkontopflicht für ausländische Studierende

Antrag B11: Schulgesundheitsfachkräfte an Niedersächsischen Schulen einsetzen

Antrag B12: Faire Vergütung für Lehrkräfte auf Klassenfahrten

Antrag B13: Respekt gegenüber angestellten Lehrkräften

Antrag B14: Mehr und fairere Praxisphasen für Lehramtsstudierende

Antrag B15: Awareness für psychische Erkrankungen innerhalb der Schule

Antrag B16: Erzieher*innen-Mangel endlich entgegnetreten - Faire Entlohnung für gute Bildungsarbeit

Antrag B17: Privatschulen perspektivisch abschaffen - Elitenbildung verhindern

Antrag B18: Politikunterricht vor der Wahlberechtigung

Antrag B19: Dyskalkulie bei Schüler*innen anerkennen und berücksichtigen - Mehr Förderung und Nachteilsausgleich an Schulen

Antrag B20: Mehr Demokratie in der Schule – Schüler*innenvertretung stärken

D – Digitales

Antrag D01: Digitale Partizipation schaffen in Niedersachsen!

Fem – Feminismus

Antrag Fem01: Änderung des Transsexuellengesetzes – diskriminierungsfreie Gutachten möglich machen!

Antrag Fem02: Stärkung von Frauenhäusern - Schluss mit zeitlichen Beschränkungen

Antrag Fem03: Niedersachsen braucht einen feministischen Feiertag - den FINTA*- Kampftag

Antrag Fem04: Oben-ohne-Recht für alle Menschen

Antrag Fem05: Spielzeug hat kein Geschlecht

Fi – Finanzen

Antrag Fi01: Befreiung der Rundfunkbeitragspflicht für Studierende und Auszubildene

G – Gesundheit und Pflege

Antrag G01: Mehr und erschwingliche Kassensitze für Psychotherapeut*innen

Antrag G02: Safer Sex 3.0 - ins 21.Jahrhundert der basismedizinischen Versorgung bringen.

I – Inneres

Antrag I01: Einführung eines Feiertages für demokratische Wahlen

Antrag I02: Errichtung eines landesweiten Friedhofsregisters

Antrag I03: Rechte Netzwerke bei der Polizei zerschlagen

Antrag I04: Niedersachsen einen angemessenen Slogan geben

Antrag I05: Wir haben Platz!

Antrag I06: Sicherstellung der Einsatzfähigkeit der Feuerwehren

Antrag I07: Stellenausbau der Betroffenenberatung Niedersachsen

Q - Queer Politik

Antrag Q01: Queeres Leben in Niedersachsen schützen!

Antrag Q02: Queeres Leben in Niedersachsen fördern – Schwule Sau retten

S – Soziales

Antrag S01: Notlage anerkennen und Entlastung schaffen - Tafeln durch Unterstützung vom Land Niedersachsen gut durch die Krise bringen

U – Umwelt

Antrag U01: Keine Zerstörung von Neuwaren bei Online-Händlern

Antrag U02: Höchste Priorität für Klimagerechtigkeit in Niedersachsen

Antrag U03: Moor for climate

Antrag U04: Die Kläranlage und ihr exorbitantes Potential für den Umweltschutz

Antrag U05: Wiiiyyyyyld! - 3 Prozent Wildnis sind das Minimum für eine wilde Welt

Antrag U06: Unsere Zukunft: klimaneutral, ökologisch, unabhängig

V – Verkehr

Antrag V01: A20 Bau stoppen

Antrag V02: Bahnhofsliebe - Bahnhofsoffensive starten

Antrag V03: Zweigleisiger Ausbau der Bahnstrecke Osnabrück - Oldenburg und zweigleisiger Ausbau der Bahnstrecke Oldenburg - Leer

W - Wohnen

Antrag W01: Housing first“ – Wohnen ist ein Menschenrecht – aktive Bekämpfung von Obdachlosigkeit

X - Sonstiges

Antrag X01: Weibliche Dummys müssen selbstverständlich sein

Antrag X02: Macht der Olafs begrenzen – Einführung einer Olaf-Quote jetzt!

Antrag X03: Religionsfreiheit ohne Kompromiss – Kirchenaustrittsgebühr abschaffen!

Antrag X04: Pissen für alle: Sanifair & Co enteignen

Ini – Initiativanträge

Antrag Ini01: Südschnellweg sinnvoll sanieren

Antrag Ini02: Solidarität mit den Opfern des türkischen Angriffskriegs: Freiheit und Selbstbestimmung für Kurdistan!

Geschäftsordnung

1. Die Konferenz wird von einem gewählten Präsidium entsprechend der Tagesordnung geleitet. Entscheidungen fällt das Präsidium mit einfacher Mehrheit.
2. Die Konferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist. Beschlussfähigkeit wird vom Präsidium auf Antrag festgestellt.
3. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung.
4. Bei den Wahlen gelten die Wahlordnung der SPD und die Richtlinie zur Arbeit der Jusos in Niedersachsen.
5. Das Wort wird quotiert nach Reihenfolge der Wortmeldungen erteilt. Die Redezeit beträgt 3 Minuten. Steht keine Redner*in mehr auf der Redeliste wird nur noch drei Rednern das Wort erteilt; Redner*innen können sich nach wie vor auf die Redeliste setzen lassen. Auf Antrag kann die Redeliste wieder geöffnet werden. Dieser Antrag wird nur von nicht männlichen Delegierten abgestimmt.
6. Anträge zur Geschäftsordnung unterbrechen die Redeliste. Sie werden abgestimmt, wenn eine*r dafür eine*r dagegengesprochen hat. Unterbleibt die Gegenrede, so gilt der Antrag als angenommen.
7. Initiativanträge aus aktuellem Anlass sind auf der Konferenz bis Samstag um 16:30 Uhr einzureichen. Initiativanträge bedürfen der Unterstützung von mind. 30 Delegierten aus fünf Unterbezirken. Personalvorschläge können bis eine halbe Stunde nach Konferenzbeginn eingereicht werden.
8. Änderungsanträge im Rahmen der Antragsberatung müssen schriftlich beim Präsidium eingereicht werden.
9. Zu Fragen der Geschäftsordnung entscheidet das Präsidium.

Arbeitsprogramm des Landesvorstands 2022/23

Präambel

Als Landesvorstand der Jusos Niedersachsen sind wir an erster Stelle die Vertretung aller niedersächsischen Jusos auf Landesebene und sehen uns als Schnittstelle zwischen der SPD Niedersachsen und den Jusos. Wir sind eine eigenständige linke Arbeitsgemeinschaft innerhalb der SPD und wollen unsere unabhängige Rolle innerhalb der Partei behalten. Wir verstehen uns als bedeutender Teil der innerparteilichen Willensbildung, scheuen uns vor keiner Diskussion und werden auch in Zukunft unsere Standpunkte deutlich machen. Zudem sind wir kritisch-solidarisch mit der SPD Niedersachsen.

Wir setzen die Beschlüsse unserer Gremien wie der Landeskonzferenz sowie des Landesausschusses um und führen die Geschäfte des Verbandes. Wir koordinieren die politische und organisatorische Arbeit unseres gesamten Landesverbandes.

Zusätzlich sind wir dafür zuständig, dass die jungsozialistischen Anliegen und Positionen in die niedersächsische Landespolitik eingebracht werden. Wir spielen eine aktive und gestalterische Rolle und vernetzen uns mit den Ministerien und Arbeitsgruppen. Wir sind immer verfügbar für unsere Kreisverbände sowie Unterbezirke. Wir arbeiten kooperativ mit den Bezirken sowie allen Parteigremien zusammen. Wir sind aktive Unterstützer*innen der Bezirke und Unterbezirke und sind immer offen für konstruktive Hinweise, Kritik oder Anregungen.

Arbeitsweise

Als Landesvorstand treffen wir uns regelmäßig im Abstand von zwei Wochen zu Vorstandssitzungen. Diese sollen abwechselnd digital und in Präsenz stattfinden, sodass ein regelmäßiger persönlicher Austausch besteht. Die Präsenzsitzungen wollen wir außerdem für Teambuilding und Weiterbildung nutzen, damit die Anfahrtszeit besser genutzt wird. Die Termine können so gelegt werden, dass Sitzungen nach einer gemeinsamen Veranstaltung erfolgen, sodass keine Anfahrt nötig ist, wenn alle vor Ort sind. Zusätzlich sollen mindestens die Hälfte aller Präsenzsitzungen außerhalb der Landeshauptstadt stattfinden.

Alle Mitglieder des Landesvorstands sollen an den Sitzungen, der Klausurtagung, eigenen Veranstaltungen und zentralen Parteiveranstaltungen anwesend sein, sofern es ihnen möglich ist. Nur so können wir uns präsent zeigen und die Partei weiter voranbringen!

Wir freuen uns über Einladungen anderer Partei- und Verbandsgliederungen und suchen gleichzeitig aktiv selbst die Gespräche, insbesondere mit den niedersächsischen Juso-Bezirken. Neben dem innerparteilichen Austausch wollen wir uns auch im kommenden Jahr mit zivilen Verbänden und Unternehmen treffen, die für die niedersächsische Landespolitik von Bedeutung sind. Für unsere inhaltliche Arbeit ist dieser Austausch von hoher Bedeutung und wir können nur profitieren.

Bildungsarbeit

Durch die Pandemie musste unsere innerverbandliche Bildungsarbeit sehr eingeschränkt und digital umgestellt werden. Wie bereits im letzten Vorstandsjahr begonnen, wollen wir unsere Bildungsarbeit in Präsenz wieder deutlich ausbauen und unseren Mitgliedern wieder die Chance auf direkte Vernetzung bieten, die einen elementaren Bestandteil unserer Bildungsarbeit darstellt. Für das folgende Kalenderjahr planen wir zwei Landesverbandswochenenden, bei denen wir unsere Mitglieder über Bezirksgrenzen hinaus zusammenbringen wollen. Bei unseren Bildungsprogrammen setzen wir auf verschiedene Workshopstränge, um ein Angebot zu schaffen, dass möglichst alle abholt. Des Weiteren wollen wir im nächsten Jahr ein Konzept für Tages- und Abendveranstaltungen entwickeln, bei denen wir uns besonders mit einem Themenbereich der Landespolitik oder unserer Grundsätze auseinandersetzen. Hier wollen wir auch wieder stärker darauf setzen, die zuvor besprochenen Inhalte für die Erarbeitung einer starken Beschlusslage heranzuziehen. Zusätzlich wollen wir unsere Schüler*innen untereinander vernetzen und suchen gemeinsam mit dem Landesschüler*innenrat nach einem passenden Format für einen regelmäßigen Austausch.

Inhalte

Antifaschismus

Die Ergebnisse der Landtagswahlen haben einen erschreckenden Grad an Unterstützung für die AfD in Niedersachsen gezeigt. Diese Partei zerstört den demokratischen Diskurs und spaltet unsere Gesellschaft. Wir lassen uns von diesem Ergebnis nicht einschüchtern und müssen Faschist*innen weiterhin die Stirn bieten. Wir werden uns weiterhin gegen die AfD, andere rechtsextreme Parteien, Nazi-Kameradschaften, „Identitäre“, völkische Siedler*innen und Reichsbürger*innen auflehnen, auf die Straßen gehen und dafür sorgen, dass sie keinen Platz in unserer Gesellschaft finden. Gerade als antifaschistischer Jugendverband sehen wir uns in der Verantwortung, allen Menschen die Partizipation zu ermöglichen, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Sexualität oder Geschlechtsidentität. Die Kriminalisierung antifaschistischen Handelns lehnen wir entschieden ab. Die Anschläge in Hanau und Halle haben eindeutig bewiesen, dass Rassismus, antimuslimischer Rassismus und Antisemitismus immer noch fest verankert sind. Wir müssen alles tun, damit sich solche Taten nicht wiederholen. Der Rechtsextremismus ist die größte Bedrohung in unserer Gesellschaft und viel mehr als nur ein Einzelfall. Die dahinterstehenden menschenverachtenden Strukturen müssen aktiv aus Politik und Gesellschaft verbannt werden.

Wir treten jedem Antisemitismus, auch als „Israelkritik“ getarntem, konsequent entgegen. Jegliche Verharmlosungen des Holocaust oder des Bedienens von Vorurteilen, dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Deshalb lehnen wir jede Zusammenarbeit mit Organisationen ab, die diese Grundwerte nicht teilen.

Arbeit/Wirtschaft

Niedersachsen ist ein vielfältiges Land, welches von landwirtschaftlichen Kleinbetrieben bis zu großen Industriekonzernen diverse Arbeitsfelder abdeckt. Eine Vielzahl bedeutender Arbeitsplätze finden sich in der Automobil- und Stahlbranche sowie in der maritimen Wirtschaft mit Schiffbau und On- und Offshore-Industrie. Industriearbeit ist ein Kernelement im Bereich Arbeit. Auch die Tourismusbranche, insbesondere die Gastronomie, deckt einen großen Teil des Arbeitsmarktes ab. Diese Arbeitsplätze sind wichtig für die Beschäftigten, die zukünftigen Beschäftigten und unsere Wirtschaft. Wir werden uns weiterhin für den Erhalt von Arbeit und die Förderung von Zukunftsbranchen einsetzen.

Weiterhin tauschen wir uns regelmäßig mit der DGB-Jugend aus, mit der wir uns gemeinsam für eine gerechte und solidarische Arbeitswelt stark machen.

Wir wollen eine klimaneutrale Wirtschaft in Niedersachsen und neben einer politischen Forderung auch eine kulturelle Wende mitgestalten. Wenn Investitionen in Zukunft klimaneutral sein sollen, müssen kleinwirtschaftliche Betriebe mehr Unterstützung erhalten.

Mit 12€ Mindestlohn ist ein erster Schritt getan, doch leider ist faire Bezahlung für faire Arbeit noch nicht überall Realität. Wir fordern, dass Lohn und alle sonstigen Arbeitsbedingungen weder von Geschlecht, Sexualität, Religion oder körperlich/geistiger Behinderung abhängig sein dürfen.

Bauen und Wohnen

Der Wohnraum wird, gerade in den größeren Städten, knapp und die Mieten explodieren. Menschen mit einem niedrigen Einkommen, aber auch Student*innen und Rentner*innen, sind hier besonders betroffen und müssen häufig einen großen Teil ihrer finanziellen Möglichkeiten fürs Wohnen aufwenden. Diese Zustandsbeschreibung trifft mittlerweile aber auch nicht mehr nur auf die größeren Städte zu, sondern dringt auch in die ländlichen Regionen vor. Mit dem angespannten Wohnungsmarkt, aber auch mit nachhaltigen, zukunftsorientierten Wohnkonzepten, diesem sozial sehr problematischen und gefährlichen Umstand werden wir uns als Jusos Niedersachsen noch intensiver beschäftigen und diesbezüglich in den Austausch mit Verbänden, Organisationen und dem Handwerk gehen. Für uns ist klar, in Niedersachsen muss in den nächsten Jahren innovativ gegen Wohnungsnot vorgegangen werden!

Die Gesellschaft hat einen Anspruch auf eine gemeinwohlverträgliche Nutzung von Eigentum. Für uns als Jusos Niedersachsen ist klar, dass die Eigentümer*innen hier in die Verantwortung genommen und Sozialwohnungen geschaffen werden müssen. Wohnen ist ein Grundrecht und darf nicht an die persönliche finanzielle Situation geknüpft sein.

Wir betrachten die Mietpreisbremse weiterhin als ein elementares Mittel, um eine kritische und sozial ungerechte Mietentwicklung einzugrenzen. In Niedersachsen muss die Mietpreisbremse auch weiterhin angepasst und erweitert werden, sodass überall wo der Bedarf gegeben ist, die Mietsituation entspannt werden kann.

Besonders auf die Situation der Student*innen und der Auszubildenden, aber auch auf die Situation aller anderen jungen Menschen mit geringem Einkommen, werden wir weiterhin einen klaren Fokus legen. Hier braucht es ausreichende zentrale und günstige Wohnangebote für Student*innen und Azubis. Die Wahl des Studiengangs oder des Ausbildungsbetriebs darf nicht länger vom eigenen Geldbeutel oder dem der Eltern abhängen, sondern muss auf den individuellen Interessen basieren.

Wir unterstützen die Forderung nach einer Landeswohnungsbaugesellschaft in Niedersachsen, damit der soziale Wohnungsbau effektiv vorangetrieben werden kann. Wir werden genau darauf achten, dass dieses wichtige Vorhaben in der aktuellen Landesregierung umgesetzt wird und auch die Zielsetzungen für die zusätzlichen Wohnungen im Besitz der Gesellschaft eingehalten werden. Auch muss berücksichtigt werden, dass Konzepte zur Nachhaltigkeit im Kontext der Baumaterialien, in den Planungen der Landeswohnungsbaugesellschaft, eine Rolle spielen.

Nicht außer Acht lassen möchten wir zudem die vielen mittelständischen Bauunternehmen, welche sich in Niedersachsen angesiedelt haben und u.a. Bauvorhaben einer Landeswohnungsbaugesellschaft mittragen werden. Wir möchten dafür sorgen, dass gerade diese Unternehmen zukünftig bei ihrer Digitalisierung, auch hinsichtlich verwendeter Maschinen, unterstützt werden und in der Lage dazu sind, mit einem höheren technischen Standard zu arbeiten, um den Beruf attraktiver und einfacher zu gestalten.

Bildung

Bildung ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Ressourcen und Voraussetzung für Teilhabe. Deshalb stehen wir Jusos für eine chancengerechte und kostenlose Bildung und engagieren uns für ein offenes und modernes Schulsystem, das allen Menschen die Möglichkeiten bietet, sich frei zu entfalten und weltoffen zu entwickeln. In Anbetracht der in den letzten Jahren deutlich gewordenen Missstände wie beispielsweise die mangelnde Digitalisierung von Schulen, der Lehr- und Fachkräftemangel an Schulen und Kitas, die steigenden Kosten für Familien oder aber auch der zunehmende Bedarf an individueller Förderung, müssen wir uns immer wieder mit der Frage auseinandersetzen, wie ein gerechtes und soziales Bildungssystem für uns aussieht. Zudem muss die Infrastruktur im Bildungssystem immer noch dringend verbessert und an das digitale Zeitalter angepasst werden. Schulen ohne frei verfügbares Internet müssen der Vergangenheit angehören.

Damit sich sowohl Lehrkräfte als auch Schüler*innen aktiv an der Gestaltung des Schulleben beteiligen können, setzen wir uns auch im kommenden Jahr für die Demokratisierung unserer Schulen und Kitas ein. Alle Schüler*innen sollen die Möglichkeit erhalten in den Bereichen, die sie betreffen, mitentscheiden zu dürfen. Außerdem möchten wir, dass an jeder Schule die Belange der Schülerschaft durch eine starke Schüler*innenvertretung vertreten werden.

Laut der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fehlen derzeit allein in Niedersachsen 7.000 Lehrkräfte an Schulen und laut dem Niedersächsischen Städtetag (2021) in den kommenden Jahren rund 4.000 Erzieher*innen. Wir müssen uns also intensiv mit Themen, wie frühkindlicher Bildung, beruflicher Bildung, dem Thema Inklusion und insbesondere der Fachkräfte- und Lehrkräfteausbildung beschäftigen.

Wir setzen weiterhin auf die Bildung starker Bündnisse mit den Gewerkschaften, den Schüler*innenvertretungen und mit unserer Partei, um unsere Forderungen umzusetzen. Des Weiteren werden wir mit unserer niedersächsischen Landtagsfraktion und der Regierungskoalition in inhaltliche Debatten einsteigen und werden auch zukünftig auf die bestehenden Missstände hinweisen und unsere Forderungen und Vorschläge demonstrieren.

Gesundheit/Soziales

Gesundheit

Im letzten Jahr wurde ein neues Konzept zur Verteilung der medizinischen Notversorgung durch Krankenhäuser und 24/7 Gesundheitshäuser beschlossen. Wir wollen sichergehen, dass keine Kommune zu kurz kommt.

Vor allem während der Debatte um die niedersächsische Pflegekammer ist klar geworden, dass die niedersächsische Landespolitik maßgeblich zur Verbesserung der aktuellen Situation beitragen kann. Deshalb setzen wir uns auch weiterhin für eine eigene Interessenvertretung für das Fachpersonal ein.

Soziales

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein wichtiges Thema, und auch eine unbedingte Grundvoraussetzung einer gerechten Arbeitspolitik. Somit ist es unsere Aufgabe, ein Umfeld zu schaffen, das Eltern ermöglicht, erwerbstätig zu sein, ohne dabei eine Vernachlässigung ihrer Familie befürchten zu müssen. Hier ist eine angemessene Betreuung essenziell, um Kindern und ihren Erziehenden eine gute Grundlage zu bieten

Um den frühen Wiedereinstieg in das Berufsleben zu ermöglichen, muss es für jedes Kind einen KiTa-Platz geben, der für Familien keine zusätzliche finanzielle Belastung bedeutet. Dafür wurden bereits 2018 die KiTa-Gebühren in Niedersachsen abgeschafft. Um dabei die Qualität der Betreuung aufrechtzuerhalten, wurde gesetzlich festgeschrieben, dass pro Gruppe eine dritte Fachkraft eingesetzt werden muss. Damit diese Vorschrift erfüllt werden kann, müssen sich die Arbeitsbedingungen für Erzieher*innen verbessern. Die Bezahlung muss gerechter und die Ausbildung attraktiver werden.

Gleichstellung

Alle Menschen in Niedersachsen müssen die gleichen Chancen haben!

Menschen sollen frei von Diskriminierung jeglicher Art leben können, für die gleiche Arbeit ein gleiches Gehalt ausgezahlt bekommen und frei über ihren Körper entscheiden können.

Es liegt noch ein langer Weg vor uns, da hierfür die vorliegenden patriarchalen Strukturen unserer Gesellschaft abgeschafft werden müssen, die sich an diversen Stellen bemerkbar machen. Immer noch sind es FINTAs, die häufiger Opfer von Übergriffen, sexueller Belästigung oder häuslicher Gewalt werden. Sie müssen um ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung kämpfen oder sind finanziell vom Gender-Pay-Gap betroffen. Oftmals handelt es sich bei den aufgezählten Problemen um Symptome einer Sozialisierung mit Geschlechterstereotypen. Das oben formulierte Ziel setzt also einen strukturellen Wandel voraus, welchen wir mitgestalten und begleiten möchten. Das bedeutet für uns konkret:

Keine Gleichstellung ohne sexuelle Selbstbestimmung.

Für uns stellt die sexuelle Selbstbestimmung jeder Person ein unveräußerliches Grundrecht dar. Wir haben keine Toleranz für sexuelle Übergriffe und möchten uns zukünftig intensiv mit Präventionskonzepten auseinandersetzen. Eine rein rechtliche Aufarbeitung solcher Straftaten ist für uns eindeutig nicht ausreichend, da ein Großteil sexueller Übergriffe oder auch sexueller Belästigungen gar nicht erst zur Anzeige gebracht wird. Wir dürfen nicht nur aufarbeiten, wir müssen aktive Prävention betreiben. Im Zuge unserer geplanten Auseinandersetzung mit Präventionsmaßnahmen möchten wir auch mit Vereinen oder Verbänden in den Austausch gehen, die selbst Präventionsarbeit leisten, oder Opfer nach einer Tat betreuen.

Mehr Unterstützung für Frauen*häuser

Eine Maßnahme zum direkten Schutz von Frauen* vor häuslicher Gewalt stellen Frauen*häuser dar. Wichtig sind dabei die leichte Zugänglichkeit für Betroffene sowie die ausreichende Versorgung mit Schutzplätzen. Leider ist dies in Niedersachsen nicht flächendeckend der Fall.

Eine Absage auf einen Platz im Frauen*haus für die Betroffenen führt oftmals zu einem Vertrauensverlust in Beratungs- und Hilfsstellen und lässt die von Gewalt Betroffenen schutzlos zurück. Für uns ist klar: Jede Frau*, die häusliche Gewalt erlebt, muss jederzeit die Möglichkeit haben, wohnortnah Schutz und Betreuung zu erfahren. Wir fordern daher einen Rechtsanspruch auf einen Frauen*hausplatz. Dieser muss mit einer besseren finanziellen Ausstattung von Frauen*häusern und anderen Schutz- und Beratungsstellen einhergehen. Insbesondere sollen diese Stellen auch im ländlichen Raum geschaffen werden.

Queere Rechte schützen!

Wir verstehen uns als Jusos Niedersachsen als Interessenverband für die Rechte queerer Menschen. Wir wollen verbandsintern die Vernetzung queerer Menschen vorantreiben. Überall auf der Welt und auch in Niedersachsen werden queere Menschen bedroht und sozial exkludiert. Es ist unsere Aufgabe, unsere Landesregierung darauf aufmerksam zu machen, damit institutionelle Unterstützung vorangetrieben wird.

Wir wollen konkret einladen zur Projektgruppe „Gleichstellung“, um gemeinsam mit Jusos aus den UB/KV unsere Beschlusslage zu verbessern und um Forderungen an unsere Landesregierung zu erarbeiten.

Inneres

Der Juso-Landesvorstand steht kritisch gegenüber der Polizei. Für eine gelungene, sichere Ausübung ihrer Arbeit sind die Beamt*innen auf das Vertrauen der Bevölkerung angewiesen.

Dieses Vertrauen kann nicht bedingungslos aufgebaut werden. Eine transparente, verantwortungsbewusste und diverse Polizeiarbeit ist unabdingbar sowohl für unsere Beamt*innen als auch unsere Bürger*innen. Als Beamt*innen sind Polizist*innen Vertreter*innen des Staates. Ihre Handlungen sind an Gesetze und Rechte gebunden. Doch viel zu häufig werden diese Vorgaben durch polizeiliches Handeln übertreten. Das NPOG, welches wir schon seit langem kritisieren, diente bereits als Rechtfertigungsgrundlage für Handlungen, die später als rechtswidrig eingestuft wurden. Wir erwarten von der Landesregierung, dass eine solche Praxis entsprechend unterbunden wird! Vorkommnisse wie in Wolfsburg im Rahmen eines Fußballspiels kann und darf es nicht noch einmal geben! Unsere Kritik am NPOG bleibt daher weiterhin aktuell.

Somit begrüßen wir den Plan der neuen Rot-Grünen Koalition in Niedersachsen, eine Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen bei geschlossenen Einsätzen und setzen uns für die Abschaffung der Befristung ein.

Auch darf die aktuelle Debatte um den Umgang mit Polizeigewalt, insbesondere um niedrigschwellige Meldestellen und konsequente, unabhängige Ermittlungen bei solchen Vorwürfen nicht abreißen. Ein großer Teil dieser Debatte muss zwingend auch der teils ungenügende Umgang mit Rassismus in der Polizei sein. Aufgrund der herausgehobenen Machtposition, in der sich Polizist*innen befinden, ist eine unabhängige, wissenschaftliche Untersuchung der Missstände auch in der niedersächsischen Polizei unabdingbar. Wir begleiten die für Niedersachsen vorgesehenen wissenschaftlichen Studien genau und werden uns aktiv einbringen. Die Ausarbeitung einer entsprechenden Studie für das Land Niedersachsen würden wir begrüßen.

Wir möchten auch den Dialog mit der niedersächsischen Polizeiakademie wieder aufnehmen und intensivieren und uns mit den Strukturen der niedersächsischen Polizei beschäftigen.

Sozialdemokratische Innen- und Sicherheitspolitik geht allerdings weit über Polizeihandeln und Gefahrenabwehr hinaus. Wichtig ist außerdem gesellschaftlicher sozialer Zusammenhalt, sowie eine klar demokratisch ausgerichtete Gesellschaft. Deswegen setzen wir Jusos uns für eine verstärkte Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Niedersachsen ein, welche für Demokratie und sozialen Zusammenhalt arbeiten. Rote Linien sind dabei für uns das Artikulieren und Dulden von Antisemitismus, welcher zu häufig auch in progressiven Organisationen vorkommt. Rote Linien sind dabei für uns das Artikulieren und Dulden von Antisemitismus, welcher zu häufig auch in progressiven Organisationen vorkommt.

People of Color (PoC) in erleben in ihrem Alltag Diskriminierung durch die Gesellschaft und auch staatlichen Strukturen. Dabei geht es nicht nur um vereinzelt offen rassistischen Polizeivollzugsbeamt*innen, sondern auch um Bürger*innenämter und anderen Teilen der öffentlichen Verwaltung. Die Diskussion über den Umgang des Staates mit Migrant*innen oder Menschen mit Migrationsgeschichte muss besonders mit Blick auf die aktuelle politische Lage ungebrochen in den Mittelpunkt der Gesellschaft gerückt werden. Wenn politische Akteur*innen bereits davor warnen, „dass sich 2015 nicht wiederholen darf“ oder Kriegsflüchtlingen „Sozialtourismus“ nachgesagt wird, macht uns dies nicht nur wütend, es bereitet uns große Sorge. Wir dürfen nicht wegschauen, während Menschen ihre Lebenserfahrung aberkannt, gedemütigt und zu politischen Spielbällen gemacht werden. Wir Jusos wollen die Belange von Migrant*innen, PoCs und BPoCs thematisieren, ihre Stimmen hören und verstärken.

Mobilität

Niedersachsen ist ein Flächenland, in dem Mobilität unser alltägliches Leben begleitet. Wir verstehen es als Grundrecht, nötige Strecken zu überwinden. Dabei sind zwei Verkehrsmittel essenziell: Der ÖPNV hat eine große Bedeutung und muss eine noch größere finden. Wir sind froh über die geplante Einführung des 29€-Tickets für Schüler*innen, Azubis und Freiwilligendienstleistende. Das reicht uns allerdings nicht aus: Alle Menschen müssen möglichst kostenlos mobil sein können. Deswegen werden wir im ersten Schritt die Ausweitung des 29€ Tickets für weitere Bevölkerungsgruppen wie Studierende oder Menschen mit geringem Einkommen fordern. Kostengünstiger ÖPNV bringt allerdings nur etwas, wenn er auch vorhanden ist. Daher setzen wir uns gleichzeitig für den Ausbau von Bahnstrecken und die Einsetzung von Bussen und Rufbussen ein. An zweiter Stelle steht der Individualverkehr, der in einem Flächenland unumgänglich ist. Wir müssen Ladeinfrastruktur für E-Mobilität ausbauen und den Zugang zu E-Autos erleichtern. Nicht zuletzt muss auch der Weg mit dem Fahrrad attraktiver und sicherer werden. Die Klimawende braucht die Mobilitätswende!

Ländlicher Raum

Als Flächenland ist Niedersachsen geprägt von seinem ländlichen Raum. Die geringe Bevölkerungsdichte und die fehlende Finanzierung wirken sich negativ auf die Infrastruktur unserer Dörfer, Gemeinden und Kleinstädte aus. Dadurch erleben wir eine Abwanderung der jungen Generationen zugunsten der städtischen Ballungsräume, was für einen erhöhten Altersdurchschnitt und gleichzeitig für Leerstand in ländlich geprägten Gebieten sorgt.

Dabei ist der ländliche Raum mit seiner Landwirtschaft, den Naturschutzgebieten und den bestehenden Gemeinschaften essenziell für unser Land und unsere Gesellschaft.

Daher müssen wir Perspektiven für junge Menschen auf dem Land schaffen.

Dazu gehören der generelle Erhalt und der Ausbau von Infrastruktur, die Erhaltung der Krankenversorgung, der Ausbau in der Mobilität, die Unterstützung der bestehenden Kulturarbeit und die Entwicklung zu klimaneutraler Forst- sowie Landwirtschaft.

Durch diese Maßnahmen schaffen wir Perspektiven für junge Menschen und Familien, ohne dass diese ihren Wohnort ändern müssen.

Niemand darf durch seinen Wohnort Chancennachteile erleben!

Klimagerechtigkeit, Umwelt und Energie

Wir brauchen schnellstmöglich ein seriöses und transparentes CO₂-Budget für Niedersachsen, was mit dem Pariser 1,5 Grad Ziel kompatibel ist und an welchem sich die Klimaschutzmaßnahmen ausrichten sollten. Wir werden auch zukünftig anerkennen, dass uns als Industrieland im globalen Norden eine besondere Verantwortung auf dem Weg zur Klimaneutralität zukommt. Weiterhin werden wir darauf hinwirken, dass die Niedersächsische Landesregierung, eine mit dem Pariser 1,5 Grad Ziel konforme Politik macht, ihre Vorhaben, um klimaneutral zu werden, zielstrebig umsetzt und sich an die selbstgesteckten Ziele hält.

Niedersachsen ist das Energieland Nummer Eins und soll das auch in Zukunft bleiben. Die Potentiale, welche wir im Bereich der On- und Offshore Windkraft haben, müssen weiterhin deutlich ausgebaut und so der Anteil an erneuerbarer Energie, die aus Niedersachsen kommt, nochmal massiv gesteigert werden. Die EEG-Novelle, welche im Rahmen des Osterpakets beschlossen wurde, konnte einen deutlichen Ausbauimpuls geben, der jetzt genutzt werden muss. Weiterhin braucht es deutliche Verkürzungen des Zeitraums zwischen der Planung und dem Bau einer Windkraftanlage. Auch müssen bürokratische Hürden, die den Prozess unnötig verzögern, abgebaut werden.

Photovoltaik ist zum Erreichen der Klimaneutralität und dem Ziel, ausschließlich erneuerbare Energieträger zu nutzen, ebenfalls ein wichtiger Baustein. Hier braucht es einen noch ambitionierteren Ausbau der Photovoltaikanlagen, sodass die Leistung in diesem Bereich spürbar steigt. Außerdem müssen vermehrt verfügbare Flächen für PV nutzbar gemacht werden.

Grüne Energie muss gespeichert werden. Wir wollen darauf hinwirken, dass entsprechende Speicher in Niedersachsen erforscht, gebaut und in Betrieb genommen werden.

Um unsere Wirtschaft ökologisch zu transformieren, müssen wir unsere gesamte Energieinfrastruktur umbauen und besser miteinander verbinden. Besonders für die industrielle Produktion wird es notwendig sein, dass wir schnellstmöglich eine durch Ökostrom gespeiste Wasserstoffwirtschaft aufbauen. Die Landesregierung muss Energieunternehmen, welche sich der ökologischen Transformation unserer Wirtschaft verschrieben haben, gezielt fördern und bürokratische Hürden für den Umbau unserer Energiewirtschaft abbauen.

Als Jusos Niedersachsen stehen wir weiterhin fest hinter dem Ausstieg aus der Atomkraft. Nachdem die Laufzeitverlängerung, bis Mitte 2023, ausgelaufen ist, sehen wir den Atomausstieg als final an. Den Import von Uran oder neuer Brennstäbe zur Weiternutzung des AKWs in Lingen lehnen wir ab.

Fossilen Energieträgern wie Erdöl, Erdgas und Kohle muss schnellstmöglich jede Förderung entzogen werden. Unter Berücksichtigung der Klimaziele muss die Nutzung so zeitnah wie möglich beendet werden, ohne dadurch aber die Energiesicherheit zu gefährden. Gerade die Förderung

in Wasser- und Naturschutzgebieten darf nicht fortgesetzt werden, damit die Umwelt in diesen vulnerablen Bereichen nachhaltig geschützt ist. Fracking zur Gewinnung von Erdgas und Erdöl lehnen wir weiterhin ab und fordern ein, dass das aktuelle Verbot ausgeweitet wird.

Ebenso werden wir als Jusos Niedersachsen darauf hinwirken, dass keine weitere fossile oder klimaschädliche Infrastruktur in Niedersachsen neu errichtet wird. Zudem ist uns wichtig, dass ein sozial gerechter Umbau von Mobilität und Wirtschaft in Niedersachsen, mit dem Ziel der Klimaneutralität, mit Nachdruck und dem notwendigen finanziellen sowie gesetzgeberischen Rahmen, vorangetrieben wird.

Niedersachsen ist Moorland. Zur Bindung von Kohlenstoffdioxid kommt Mooren, neben den Wäldern, eine ungleich wichtige Rolle zu. Intakte und naturnahe Moore speichern mehr CO₂ als jedes andere Ökosystem auf der Welt. Zum Schutz der Moore müssen vielfältige Maßnahmen ergriffen werden, damit der Zerstörung und Entwässerung entgegengewirkt werden kann. Der Moorschutz muss als wichtige Aufgabe des Klima- und Umweltschutzes begriffen werden.

Dem ausgerufenen Kampf gegen die Klimakrise und den wichtigen Zielen auf dem Weg hin zur Klimaneutralität, müssen dringend deutlichere Taten folgen. Jeder Tag, der ohne engagierte, zielgerichtete Klimagerechtigkeitspolitik vergeht, führt zur Verschärfung sozialer Ungleichheiten in der Zukunft. Die Landesregierung muss ihre Ziele in Niedersachsen umsetzen und sich hierzu auf Bundesebene ebenfalls engagieren und Druck machen. Mit einer starken Klimagerechtigkeitsbewegung an unserer Seite werden wir diesen Prozess kritisch und solidarisch begleiten.

Öffentlichkeitsarbeit

Presse

Wir möchten der Pressearbeit innerhalb und außerhalb des Landesvorstandes wortwörtlich ein neues Gesicht verleihen. Dafür werden wir erstmals intern eine*n Presseverantwortlichen benennen. Diese Person soll den Kontakt zu den niedersächsischen Redaktionen und Journalist*innen aufbauen und erweitern sowie den Landesvorstand bei der Entwicklung von Pressemitteilungen unterstützen und dabei eng mit den Landesvorsitzenden und der Landesgeschäftsführung zusammenarbeiten. So möchten wir weiterhin in unseren Pressemitteilungen auf wichtige landespolitische Themen aufmerksam machen und Stellung nehmen, wo es angebracht ist.

Social Media

Die Social-Media-Kanäle des Landesvorstandes sind die beste Möglichkeit, die inhaltliche Arbeit nach außen zu tragen, Position zu beziehen oder auch einen ersten Einblick in einzelne Themen zu ermöglichen. Wir haben unsere Kanäle wie versprochen konsequent ausgebaut und bekannter gemacht. Diese Arbeit werden wir fortführen und mit Videos und Beiträgen füllen. Durch die bekannte Mehrstruktur mit unseren Bezirken und Unterbezirken ist es nicht immer einfach, alle Mitglieder zu erreichen. Deshalb werden wir langfristig ein „LaVo-Update“ in den sozialen Netzwerken etablieren. Das erarbeitete Corporate Design werden wir fortlaufend nutzen und bei Bedarf weiterentwickeln. Ein strategisch ausgearbeiteter Social-Media-Posting Plan wird ebenfalls

ausgearbeitet und dazu dienen, dass alle Kanäle aktiv betrieben werden. Die etablierte Kampagnenfähigkeit des Landesvorstandes in den sozialen Netzwerken werden wir aufrechterhalten und weiter ausbauen.

Homepage

Um auf allen Ebenen im Internet sichtbar zu sein, wollen wir auch unsere Homepage stets aktiv betreiben. Wir werden unsere Homepage regelmäßig aktualisieren, sodass Mitglieder und Außenstehende hier detailliert über unsere Arbeit aufgeklärt werden, sich unsere Corporate Designs herunterladen oder unsere Pressemitteilungen lesen können..

Verbandsarbeit

Um die Verbandsarbeit im kommenden Jahr weiter zu stärken, fördern wir die Vernetzung im Landesverband, zum Beispiel durch landesweite Veranstaltungen wie die Landesverbandswochenenden und die landesweite Ausschreibung unserer Bildungsangebote. Wir werden die Vernetzung von FINTA weiter fördern und gemeinsam mit den niedersächsischen Bezirken eine BPoC-Vernetzung in Niedersachsen anbieten.

Wie im letzten Jahr wollen wir das Deichbrand Camp auch im kommenden Jahr wieder veranstalten. Dies ist eine tolle Gelegenheit, die Vernetzung innerhalb des Verbands zu fördern.

Außerdem wollen wir einen Kalender erstellen, in den Veranstaltungen des Landesverbandes frühzeitig eingetragen werden. Die Gliederungen sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Veranstaltungen dort einzutragen. Somit wären alle Veranstaltungen an einem Ort gebündelt und übersichtlich für jede*n einzusehen. Der Kalender soll der verbandsinternen Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, um Kreisverbände, Unterbezirke und Bezirke besser miteinander zu vernetzen. Für diese Vernetzung wollen wir im kommenden Jahr ein passendes Konzept entwickeln

Wir wollen endlich die Funktionen der Juso-Cloud ausbauen und möglichst allen Gliederungen zur Verfügung stellen. Mit der Juso-Cloud wollen wir asynchrones Arbeiten, zum Beispiel an Anträgen, ermöglichen und auch einen Pool für Inhalte und digitale Materialien ermöglichen. Mit der Cloud können wir unsere Arbeit Jusos aus ganz Niedersachsen zugänglicher machen.

Nächstes Jahr findet keine Wahl in Niedersachsen statt. Das ist unsere Chance, uns auf die nächste vorzubereiten. Um junge, diverse und quotierte Listen auf allen Ebenen zu fördern, wollen wir jungen Menschen die Kommunalpolitik eröffnen und sie motivieren. Daher streben wir in erster Linie eine Vernetzung von jungen Mandatsträger*innen auf kommunaler und Landesebene an.

Bündnisarbeit

Als linker Richtungsverband und Jugendorganisation innerhalb der SPD setzen wir auch weiter auf Bündnisse mit anderen Verbänden, Bewegungen, Bewegungen und Jugendorganisationen. Gemeinsam können wir unseren Ziele leichter erreichen. So werden wir, mit Blick auf die neue rot-grüne Koalition unsere Zusammenarbeit mit der Grünen Jugend intensivieren. Im gemein-

samen Austausch mit der GJ wollen wir die neue Koalition kritisch-solidarisch begleiten und unserer Perspektive mehr Ausdruck verleihen. Wir stehen weiterhin eng an der Seite der Gewerkschaftsjugend, insbesondere der DGBjugend. Als Teil der Jungen Generation wollen wir zudem den Austausch mit der Landeschüler*innenvertretung, den Asten und den Interessenvertretungen der Freiwilligendienste intensivieren. Bewegungen und Organisationen, die unsere Kämpfe mitkämpfen, sollen in uns einen verlässlichen Partner* haben. Bei unseren Bündnispartner*innen achten wir deshalb verstärkt auf die Vereinbarkeit mit unseren politischen und gesellschaftlichen Werten. Eine Zusammenarbeit mit rassistischen, sexistischen, antifeministischen, homophoben oder antisemitischen Organisationen, Gruppierungen und Strukturen lehnen wir entschieden ab.

Zusammenarbeit mit der SPD

Als Jungsozialist*innen setzen uns weiterhin solidarisch, aber auch kritisch mit unserer Mutterpartei auseinander. Wir begleiten die Regierungsarbeit, aber auch die Parteiarbeit der niedersächsischen SPD und bringen unsere Ideen und Forderungen aktiv ein.

Wir suchen das Gespräch, auch wenn wir nicht alle der auf Landesebene getroffenen Beschlüsse mittragen können. Wir müssen unsere Thema vehementer in der SPD vertreten und unsere Positionen klar einfordern, dies geht nur wenn wir im regelmäßigen Austausch mit Partei- und Fraktionsführung und unseren Minister*innen stehen. Unser Ziel ist es, die jungsozialistischen Werte in der SPD voranzubringen.

A – Arbeit

1 Antrag A01: Stärkung der Gewerkschaften für Mitarbeiter*innen von Online-Händlern

2

3 Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

4 Die SPD muss bedingungslos unterstützen, inwiefern wir die ver.di unterstützen, welche sich mit
5 ihrem Engagement für die Belange von Mitarbeiter*innen bei Online-Händlern einsetzt. Die
6 strukturellen Grundlagen müssen bereitgestellt werden, damit sich diese Angestellten ohne
7 Angst vor beruflichen Nachteilen in der ver.di organisieren können.

8 Begründung:

9 Das politisch linksgerichtete US-Magazin „Jacobin“ hat in diesem Jahr berichtet, wie der Konzern
10 Amazon aktiv versucht die Gründung von Gewerkschaftsgruppen an Standorten in New York zu
11 verhindern.

12 Der Konzern lässt in den Vereinigten Staaten unter anderem die in einer Gewerkschaft aktiven
13 Mitarbeiter*innen konstant von „Beratern“ überwachen, um so zu verhindern, dass sie andere
14 Lagerarbeiter für ein gewerkschaftliches Engagement gewinnen können. Dabei ist der Quelle
15 nach jeweils ein Berater für etwa 20 Mitarbeiter*innen zugeordnet.

16 Dazu lässt der Konzern seine Mitarbeiter*innen an verpflichtenden Präsentationen des Manage-
17 ments teilnehmen, in denen die angeblichen Nachteile einer Gewerkschaft vorgetragen werden.
18 Auf diversen Plakaten an den Standorten wird gegen Gewerkschaften argumentiert.

19 Amazon hatte schon vor der Wahl zur Gründung einer Gewerkschaft im Jahr 2021 in den USA
20 versucht, das Votum zu verzögern, war jedoch mit einem Einspruch bei der Arbeitnehmerschutz-
21 behörde NLRB gescheitert. Der Konzern war der Ansicht, dass keine Gewerkschaft nötig sei, da
22 „die Mitarbeiter ohnehin schon alles bekämen, wofür diese sich einsetzen könnten“.

1 Antrag A02: Ausbildung in Erziehungsberufen vergüten

2

3 Immer wieder streiken Arbeitende in Erziehungsberufen aufgrund von mangelnder Bezahlung
4 und schlechter Arbeitsbedingungen. Ein weiteres Problem für angehende ErzieherInnen ist die
5 nicht vergütete Ausbildung. Im Gegensatz zu anderen Ausbildungsberufen, in denen von Anfang
6 an ein Ausbildungsgehalt gezahlt wird, erhalten ErzieherInnen erst nach Abschluss der Ausbil-
7 dung und mit Antreten des ersten Jobs eine Vergütung. Dieser Missstand sorgt nicht unbedingt
8 dafür, dass Erziehungsberufe attraktiver werden. Gleichzeitig sorgt der Mangel an ErzieherInnen
9 dafür, dass die Kinderbetreuungsquoten nicht weiter steigen, was insbesondere Frauen die Ver-
10 einbarkeit von Familie und Beruf nahezu unmöglich macht.

11 Deshalb fordern wir eine staatlich geregelte Ausbildungsvergütung in allen Sozialberufen von
12 Tag eins der Ausbildung an. Die Höhe der Vergütung muss in einem TVÖD geregelt werden und
13 sich in der Höhe am Einstiegsgehalt orientieren.

1 Antrag A03: Menstruationsbedingten Arbeitsausfall für Arbeitnehmer*innen gesetzlich
2 verankern

3

4 Die meisten menstruierenden Menschen trauen sich während ihrer Periode nicht in den Kran-
5 kenstand zu gehen und für die meisten Unternehmen ist die Menstruation immer noch ein
6 Tabuthema. Wenn die Periode kommt, dann blutet man meist nicht nur, man hat auch Bauch-
7 krämpfe, Migräne und Durchfall oder es ist so schlimm, dass sich Menstruierende Personen so-
8 gar übergeben müssen. Laut Wissenschaftler:innen des University College London, können diese
9 Schmerzen teilweise genauso schlimm wie bei einem Herzinfarkt sein. Andere Betroffene mit
10 PMS (Prämenstruelles Syndrom) haben sogar schon bevor sie ihre Periode bekommen Regel-
11 schmerzen. Und trotzdem quälen sie sich jeden Monat aufs Neue während ihrer Periode auf die
12 Arbeit und nehmen Schmerztabletten, um den Tag irgendwie zu überstehen. Wieder andere lei-
13 den unter depressiven Verstimmungen vor und während ihrer Menstruation. Wenn jemand eine
14 Krankheit mit derartigen Symptomen hat, wird eine vorübergehende Arbeitsunfähigkeit ge-
15 währt, also sollte das Gleiche mit der Menstruation geschehen. Eine Person mit einer sehr
16 schmerzhaften Periode sollte zu Hause bleiben können. Wenn Männer ausfallen, wird das ak-
17 zeptiert. Sobald es aber um "Frauenprobleme" geht, ist auf einmal keiner mehr einsichtig. Ist
18 auch nicht verwunderlich, wenn an oberster Spitze der meisten Unternehmen immer noch Män-
19 ner sitzen, die das Sagen haben. Das Letzte, woran hier gedacht wird, sind Menstruations Schmer-
20 zen. Obwohl über das Thema Menstruation mittlerweile immer offener gesprochen wird, ist es
21 bei den meisten auf der Arbeit immer noch ein großes Tabu. Laut der Studie von Womanizer,
22 haben 97 % der Befragten noch nie über einen Menstruationsbedingten Ausfall mit ihren Vorge-
23 setzten gesprochen, geschweige denn, dass diese ihnen angeboten hätten, sich während ihrer
24 Periode krankzumelden. Anstatt sich mit Schmerzmitteln voll zudröhnen oder am Abend kom-
25 plett erledigt zu sein, würde schon ein Tag Ruhe dafür sorgen, dass am Tag darauf auf der Arbeit
26 wieder eine gute Leistung erbracht werden kann. Anstatt also im Büro zu sitzen und wegen der
27 Schmerzen nur halb so viel voranzubringen, würde es also auch für den/die Arbeitgeber*in Sinn
28 machen, Angestellten während der Periode freizugeben. Außerdem würde das Unternehmen für
29 viele zu attraktiveren Arbeitgeber*innen machen und dazu führen, dass man sich an seinem Ar-
30beitsplatz sicher fühlt.

31 Wir fordern deshalb nach dem Vorbild Spaniens einen gesetzlich verankerten 3-tägigen Menst-
32ruationsbedingten Ausfall, der die Rechte Menstruierender schützen soll.

B – Bildung

1 Antrag B01: Erweiterung der Unterrichtsinhalte in Bezug auf koloniale Ausbeutung und 2 Unterdrückung

3 Forderung

4 Die koloniale Unterdrückung und Ausbeutung muss in den verschiedenen Kerncurricula der nie-
5 niedersächsischen Schulen stärker berücksichtigt werden. Die Unterdrückung der Kontinente durch
6 Kolonialmächte (u.a. durch das Deutsche Reich) muss vor allem in den Unterrichtsfächern Politik
7 und Geschichte einbezogen und als Unterrichtsinhalt stärker verankert werden

8 Begründung

9 Im Lehrplan an niedersächsischen Schulen werden im Geschichtsunterricht verschiedenste In-
10 halte aufgegriffen, nicht nur um geschichtliches Wissen, sondern auch eine Brücke zur Gegen-
11 wart zu vermitteln. Während jedoch Themen wie die Völkerwanderung oder das Mittelalter ein-
12 gehend behandelt werden, fällt ein wichtiger geschichtlicher Teil häufig weg: Auch Deutschland
13 hat eine koloniale Vergangenheit und trägt Schuld für die Verbrechen und Gräueltaten der
14 Fremdherrschaft über Kontinente im letzten Jahrtausend.

15 Besonders im Hinblick auf den immer wieder aufkommenden Rassismus in unserer Gesellschaft
16 und dem oft mangelnden Verständnis gegenüber dem Umgang mit Raubkunst, der Rezeption
17 von Kulturgut, nicht geleisteten "Wiedergutmachungen" oder auch politisch nicht korrekten Be-
18 griffen aus der Kolonialzeit, soll die Befassung mit der historischen Vergangenheit Bewusstsein
19 für und mehr Rücksicht auf dieses Thema schaffen. Oft geschieht dies in der Realität aber kaum.
20 Wird das Thema Kolonialismus im Geschichtsunterricht angesprochen, so geschieht dies häufig
21 nur nebensächlich z.B. infolge des Beitrages schwarzer Sklaven bei der amerikanischen Revolu-
22 tion. Dabei ist dieses Thema so viel komplexer und nicht nur wegen der zunehmenden Globali-
23 sierung unserer Welt so viel wichtiger.

24 Durch die stärkere Verankerung des Themas Kolonialismus in den unterschiedlichen Kerncurri-
25 cula, kann durch diese Aufklärungsarbeit ein wichtiger Beitrag gegen Rassismus geleistet wer-
26 den.

1 Antrag B02: Freistellung der Schule für die Feuerwehr

2

3 Wir fordern:

- 4 • Schüler*innen in Niedersachsen sollen für Feuerwehreinsätze freigestellt werden müs-
5 sen, sowie bis zu 11 Stunden nach einem Einsatz, um eine angemessene Ruhezeit einzu-
6 halten.
- 7 • Diese Regelung soll sowohl an gewöhnlichen Schultagen, wie auch Tagen, an denen eine
8 Arbeit/Klausur geschrieben wird, solange die Versäumnis-Tage durch die Feuerwehr
9 nicht mehr als 10 sind, greifen.

10 Begründung:

11 Es ist möglich ab dem Alter von 16 Jahren aktives Mitglied einer Freiwilligen Feuerwehr zu sein,
12 jedoch gelten für Schüler*innen nicht die gleiche Gesetze wie für Arbeitnehmer*innen, so dass
13 sie für Feuerwehreinsätze von der Schule nicht freigestellt werden müssen. Dies kann negative
14 Folgen haben.

15 Fahren Schüler*innen aus diesen Gründen zu einem Einsatz nicht hin, so kann das gerade in Per-
16 sonen-schwachen Feuerwehren zu Problemen führen. Und auch wenn es sich um eine nicht Per-
17 sonen-schwache Feuerwehr handelt, so kann es auch hier gerade bei größeren Einsätzen aus
18 verschiedenen Gründen zu Problemen kommen.

19 Fahren Schüler*innen allerdings wissentlich oder unwissentlich, dass sie nicht freigestellt wer-
20 den müssen, zu einem Einsatz, können diese gerade an Tagen, an denen eine Arbeit/Klausur ge-
21 geschrieben damit ihre Schulnote und gegebenenfalls sogar ihren Abschluss riskieren, da das Feh-
22 len an solchen Tagen häufig mit einem ärztlichen Attest entschuldigt werden muss. Arbeiten
23 und Klausuren können allerdings für gewöhnlich nachgeschrieben werden, so dass Hilfsbereit-
24 schaft und Ehrenamt bestraft werden. Des Weiteren kann es zur Folge haben, dass Schüler*innen
25 nach einem Einsatz keine Ruhezeit halten und damit ihre physische und psychische Gesundheit
26 beeinträchtigen.

27 Schulbildung ist ein wichtiges Gut, jedoch sind bis zu 10 Tage Fehlzeit, welche höchstwahr-
28 scheinlich nicht aneinander hängen, für die meisten Schüler*innen gut aufzuholen. Darüber hin-
29 aus können auch Feuerwehren für Schüler*innen bildend sein. Sowohl in- und außerhalb von
30 Feuerwehreinsätzen können dort ihre Sozialkompetenz, sowie kognitive Fähigkeiten und häufig
31 auch ein praktisches Grundverständnis naturwissenschaftlicher Fächer gefördert werden.

1 Antrag B03: Aufklärungsunterricht Datenschutz und Social-Media Kompetenz

2

3 Einführung:

4 Die Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen möge beschließen:

5 Die Landtagsfraktion wird aufgefordert bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode ein Gesetz
6 in den Landtag einzubringen, in dem beschlossen wird, dass ab der höheren Grundschule Auf-
7 klärungsunterricht in Datenschutz und Social-Media Kompetenzen gelehrt wird.

8 Begründung:

9 Wir leben in einer digitalen globalen verknüpften Welt, in der sowohl ein Informationsaustausch
10 innerhalb weniger Sekunden stattfinden kann als auch Daten weitergegeben werden können,
11 die nicht wieder zurückzunehmen sind.

12 Kaum eine Person, die nicht ein Interesse an der Materie hat oder in einem entsprechenden Be-
13 rufszweig arbeitet, kennt jedoch die Risiken im Veröffentlichenden von Informationen.

14 Wie leicht Daten- aber auch insbesondere Identitätsdiebstahl zurzeit möglich ist, zeigen die stei-
15 genden Zahlen der Straftäter*innen in den Bereichen von Cybermobbing bis zu Kreditkartenbe-
16 trug.

17 Wir sind davon überzeugt, wenn schon in jungen Jahren kurz bevor die meisten einen regelmä-
18 ßigen unkontrollierten Zugang zum Internet bekommen eine Grundkompetenz aufgebaut wird,
19 die in den folgenden Schuljahren intensiviert wird, der Missbrauch von Daten gravierend nach-
20 lässt. Ein positiver Nebeneffekt wäre mit Sicherheit auch, dass Straftäter*innen zum Beispiel im
21 Bereich von Pädophilie schwerer an Material herankommen, bzw. es mehr Leute gibt die solche
22 Inhalte sofort melden und sperren lassen.

1 Antrag B04: Kein Fleisch mehr in Kantinen der Schule

2

3 Einführung:

4 Die Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen möge beschließen:

5 Die Landtagsfraktion wird aufgefordert zu beschließen, dass in den Kantinen der Schulen des
6 Landes Niedersachsen nur noch an maximal zwei Tagen fleischhaltiges Essen angeboten wird
7 und dieses mindestens der Haltungsklasse IV entspricht. Zusätzliche Kosten die hieraus entste-
8 hen müssen, vollständig vom Land übernommen werden

9 Begründung:

10 Die Nutztierhaltung zerstört nicht nur Natur, Umwelt und Klima, sondern sorgt auch für Leid auf
11 Seiten der Tiere. Die Haltung sorgt für Krankheiten, multiresistenten Keime, sowie Verseuchung
12 der Umwelt.

13 Der übermäßige Fleischkonsum, dem der Großteil der Menschen in Deutschland frönt, sorgt für
14 Krankheiten bei Menschen und damit einer Belastung des Gesundheitssystems.

15 Trotz diesen bekannten Fakten ist der Fleischkonsum in Deutschland übermäßig hoch.

16 Da heutzutage fast jede Mahlzeit Fleisch beinhaltet, sollte zumindest in Schulen dieser Verzehr
17 auf weniger als die Hälfte reduziert werden. Gerade im Hinblick auf den Ausbau der Ganztags-
18 schulen, kann eine Wirkung erzielt werden und die meisten Mahlzeiten sollten fleischnfrei gehalten
19 werden. Die Bedürfnisse nach Fleisch können bei Bedarf dann zu Hause nachgeholt werden.

1 Antrag B05: Sprache ist kein Luxus! Sprachförderkräfte als fester Bestandteil nieder-
2 sächsischer Kindertageseinrichtungen

3

4 Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

5 Wir fordern eine gesetzliche Verpflichtung auf Landesebene:

- 6
- 7 • dass pro Kindertageseinrichtung in Niedersachsen zusätzlich zu den pädagogischen
 - 8 Fachkräften mindestens eine qualifizierte Sprachförderkraft eingestellt werden muss.
 - 9 • dass diese Sprachförderkräfte unbefristet und projektunabhängig eingestellt werden.
 - 10 • dass die Anzahl der Fachkräfte bzw. Stunden sich nach Anzahl der zu betreuenden Kin-
 - 11 der, um den sprachlichen Förderbedarf in der Einrichtung zu richten hat, aber mindes-
 - 12 tens 20 Wochenstunden betragen muss.

12 Die Aufgaben der Sprachförderkräfte sollen dabei vor allem sein:

- 13
- 14 • Unterstützung der pädagogischen Fachkräfte bei der Beobachtung und Dokumentation
 - 15 der sprachlichen Kompetenzen
 - 16 • Feststellung besonderer Sprachförderbedarfe und ggf. Unterstützung bei der Suche von
 - 17 gezielten Förder- oder Therapiemaßnahmen
 - 18 • Angebote zur alltagsintegrierten Sprachbildung (mit-)entwickeln sowie gezielte und in-
 - 19 dividuelle Sprachfördermaßnahmen für Kinder mit besonderem Sprachförderbedarf
 - 20 durchführen
 - 21 • Beratung und Unterstützung der pädagogischen Fachkräfte
 - 22 • Zusammenarbeit mit Familien, Schulen sowie Ärzt*innen und Sprachtherapeut*innen

22 Qualifikation und Arbeitsweise:

23 Neben der pädagogischen Kompetenz der Sprachförderkräfte muss bei der Einstellung vor allem
24 auch auf die Qualifikation im Bereich Sprachförderung/-bildung geachtet werden. Gleichzeitig
25 muss eine bundesweite Angleichung der fachlichen Anforderungen an Sprachförderkräfte über
26 die KMK erfolgen. Aus dem Bedarf der Sprachförderung ergibt sich die Notwendigkeit der multi-
27 professionellen Teams in Kindertageseinrichtungen. Die Sprachförderkräfte sind dabei ein
28 Schritt in diese Richtung. Ziel muss es sein, umfassende multiprofessionelle Teams zu bilden, um
29 den wachsenden Anforderungen in Kindertageseinrichtungen gerecht zu werden.

30 Begründung

31 Sprache als Schlüssel zur Welt

32 Sprache stellt einen besonders wichtigen Bestandteil in der gesamtkindlichen Entwicklung dar
33 und ist damit eine der zentralen Schlüsselkompetenzen. Sprache wird in einem ganzheitlichen
34 Sinn begriffen und ist gleichermaßen ein verbal-, vor- und nichtsprachlich kommunikatives Aus-
35 drucksmittel im Erst- oder Zweitspracherwerb von Kindern. Besonders die Jahre, in denen Kinder

36 eine Kindertageseinrichtung besuchen, sind der entscheidende Zeitraum für die kindliche Sprachentwicklung, die Grundlage für einen gelingenden Schriftspracherwerb und damit eine zentrale Voraussetzung für den Bildungserfolg und die Teilhabe an unserer Gesellschaft.

39 Die alltagsintegrierte Sprachbildung und Sprachförderung ist als Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtungen in Niedersachsen gesetzlich verankert: Spätestens mit Beginn des letzten Kindergartenjahres ist laut Niedersächsischem Gesetz über Kindertagesstätten und Kindertagespflege

43 (NKiTaG) vom 7. Juli 2021, §14, Absatz 1 „von den Kindertagesstätten die Sprachkompetenz dieser Kinder zu erfassen“ und die Kinder „sind auf der Grundlage des pädagogischen Konzepts individuell und differenziert von den Kindertagesstätten zu fördern“. Darüber hinaus „führt die Kindertagesstätte mit den Erziehungsberechtigten ein Gespräch über die Entwicklung des Kindes“ laut §14, Absatz 2, das „bei einem Kind mit besonderem Sprachförderbedarf auch der Planung seiner individuellen und differenzierten Sprachförderung“ dient.

49 Situation der Sprachbildung/-förderung in niedersächsischen Kindertageseinrichtungen

50 Repräsentative Elternbefragungen wie NEPS oder AID:A haben erhoben, dass bei etwa jedem 5. Kind in der Altersgruppe der 5-jährigen ein Sprachförderbedarf festgestellt wurde. Unterschiede nach Familiensprache, Migrationshintergrund, Geschlecht und Schulabschluss der Eltern sind deutlich erkennbar. Auch bei über 20% derjenigen Kinder, die zu Hause überwiegend Deutsch sprechen, wurde ebenfalls eine verzögerte Sprachentwicklung festgestellt. Dies ist gesamtgesellschaftlich eine Herausforderung, da es einen Großteil der Kinder unabhängig von bspw. Mehrsprachigkeit betrifft. Trotz dessen erfordert die Sprachbildung und -förderung mehrsprachig aufwachsender Kinder spezifische Handlungskompetenzen von Seiten der Fachkräfte, weshalb diese Kinder bis heute oft durchs Raster fallen, anstatt die Potenziale der Kinder zu nutzen.

59 Aufgrund des weiterhin bestehenden akuten Personalmangels in frühkindlichen Bildungseinrichtungen und den daraus resultierenden fehlenden zeitlichen Ressourcen können viele pädagogischen Fachkräfte dem gesetzlichen Auftrag und dem Bedarf der Kinder an Sprachbildung/-förderung nicht gerecht werden. Darüber hinaus fehlt den Fachkräften teilweise die spezifische Qualifikation.

64 Das seit 2016 bestehende Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert alltagsintegrierte sprachliche Bildung als festen Bestandteil in der Kindertagesbetreuung. Bundesweit ist etwa jede 10. Kita eine sogenannte Sprach-Kita, in der eine zusätzliche Fachkraft (meist pädagogische Fachkräfte oder Sprachtherapeut*innen) mit halber Stelle durch das Bundesministerium gefördert wird. Das Bundesprogramm ist zwar ein guter Schritt in die richtige Richtung, löst langfristig aber nicht die bestehenden Probleme: zum einen, weil der Anteil der geförderten Einrichtungen zu gering ist, um ein flächendeckendes Angebot für alle Kinder zu gewährleisten., zum anderen, weil die Förderung projektbasiert ist und damit mit befristeten Stellen einhergeht und diese somit für qualifizierte Fachkräfte unattraktiver werden.

74 Es gibt mittlerweile ein sehr breites Spektrum an Ausbildungen und Studiengängen in diesem
75 Fachbereich, die teilweise nicht allen Bundesländern angeboten werden. Deshalb ist eine bun-
76 desweite Harmonisierung beim Zugang zu den Sprachförderstellen notwendig, um den durch-
77 aus qualifizierten Fachkräften die Arbeit zu ermöglichen. Stattdessen führt die aktuelle Situation
78 zur zusätzlichen Verknappung, obwohl schon ein akuter Fachkräftemangel besteht. So können
79 zum Beispiel akademische Sprachtherapeut*innen im Rahmen des Bundesprogramms als
80 Sprachförderkräfte arbeiten, in Einrichtungen, die über das Land Niedersachsen finanziert wer-
81 den, jedoch nicht.

82 Deshalb brauchen wir qualifizierte Sprachförderkräfte als festen Bestandteil aller niedersächsi-
83 schen Kindertageseinrichtungen!

1 Antrag B06: Lehrer*innenbildung braucht Inklusion!

2

3 Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

4 Wir fordern den Erhalt der Professur für inklusive Schulentwicklung der Leibniz Universität Han-
5 nover, welche die einzige ihrer Art in Niedersachsen darstellt. Die Schulzuweisungen zwischen
6 Land und Präsidium sollen beendet werden und das Land muss ihre im Grundgesetz verankerte
7 Verantwortung für das Recht auf inklusive Beschulung übernehmen. Um diese weiterhin zu ge-
8 währleisten und auch zukünftige Lehrkräfte entsprechend ausbilden, ist der Erhalt der Stelle un-
9 abdingbar.

10 Wir fordern außerdem die Schaffung vergleichbarer Professuren an allen Universitäten in Nie-
11 dersachsen, die Lehrer*innen ausbilden. Die nötigen Gelder hat das Land im Rahmen der Hoch-
12 schulfinanzierung zur Verfügung zu stellen.

13 Begründung

14 Im Zuge der globalen Minderausgaben des Landes Niedersachsen soll neben 23 weiteren Profes-
15 suren auch die für Inklusive Schulentwicklung gestrichen werden.[1] Niedersachsen steht der
16 UN-Behindertenrechtskonvention nach in der Verantwortung, Kindern und Jugendlichen mit Be-
17 hinderungen und Benachteiligungen eine inklusive Beschulung zu gewährleisten. Daher muss
18 das niedersächsische Bildungssystem inklusiver gestaltet werden und ausgebaut werden, wozu
19 die Professur mit ihrer Forschung einen großen Teil beiträgt. Eine Streichung dieser Professur ist
20 nicht nur bildungspolitisch ein falsches Signal, sondern bedeutet auch den Verlust eines für die
21 Lehramtsausbildung wichtigen Faches.[2]

22 Im Zuge des steigenden Bedarfs nach sonder- und inklusionspädagogischer Expertise im Bil-
23 dungswesen ist es zwingend erforderlich, dass zur Gestaltung eines komplexen Schultages wei-
24 terhin auf wissenschaftliche Forschung gesetzt wird und es Bestandteil der Lehramtsausbildung
25 bleibt.

26 [1] <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/hoersaal/wie-niedersachsen-die-hochschulausgaben-kuerzt-17272890-p2.html>

28 [2] <https://www.ifs.uni-hannover.de/de/institut/news-und-veranstaltungen/news/aktuelles-detailansicht/news/presseerklaerung-allianz-fuer-inklusive-bildung-fordert-den-erhalt-der-professur-fuer-inklusive-schul/>

30

1 Antrag B07: Lange Prüfungen-Unterrichtsschluss!

2

3 Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

4 Die Jusos-Landeskonferenz möge beschließen, dass nach Klausuren/Arbeiten ab 180min an nie-
5 dersächsischen Schulen kein Unterricht mehr stattfinden darf. Bei Prüfungen (z.B. Abschlussprü-
6 fung, Abiturprüfung etc.) findet im Anschluss, unabhängig von deren Länge, kein Unterricht
7 mehr statt.

8 Begründung

9 Momentan ist es an Schulen erlaubt, dass Schüler*innen nach Klausuren/Arbeiten und Prüfun-
10 gen wie dem Vorabi, trotz ihrer langen und konzentrationserfordernden Klausur, weiterhin Un-
11 terricht haben können. Jedoch ist die Konzentrationsspanne nach diesen Klausuren nicht mehr
12 vorhanden, die Schüler*innen schwänzen den Unterricht oder können schlichtweg nicht mehr
13 mitarbeiten.

14 Der Unterrichtsausfall ist nicht dermaßen dramatisch, da nach diesen Klausuren wenig bis kein
15 Wissen noch nachhaltig vermittelt werden kann. Es schadet lediglich der Note der Schüler*innen.

1 Antrag B08: Aufhebung Fächerkombinationsperren an Universitäten beim Studiengang
2 Lehramt an weiterführenden Schulen

3

4 Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

- 5 • Die Jusos-Landeskonferenz möge beschließen, dass die bestehenden
6 • Fächerkombinationssperren beim Lehramt an weiterführenden Schulen abgeschafft
7 werden.
8 • Fächer dürfen frei kombiniert werden.

9 Begründung

10 Durch die Fächerkombinationssperre entstehen unnötige Hürden in der Lehrer*innenlaufbahn,
11 wenn dieser Beruf angestrebt wird. Niedersachsen ist eines der wenigen Länder, mit jenen Hür-
12 den. Angesichts des Lehrer*innenmangels kann es sich Niedersachsen nicht leisten, potenzielle
13 Lehrkräfte an andere Bundesländer zu verlieren, da diese dort ihre Wunschkombination erhiel-
14 ten, welche ihnen in Niedersachsen verwehrt wurde.

15 Schönrechnerei bei der „100%-Unterrichtsversorgung“ erzeugt auf dem Papier volle Stunden-
16 pläne, in der Realität fallen Stunden aus, da keine Lehrkräfte vorhanden sind.

17 Die Abschaffung der Kombinationssperre würde einen Beitrag dazu leisten, dass weniger mög-
18 liche niedersächsische Lehrer*innen abwandern.

1 Antrag B09: Abschaffung Langzeitstudiengebühren und Verwaltungskostenbeitrag für
2 Studierende

3

4 Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

5 Wir fordern die Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion auf, die im niedersächsischen
6 Hochschulgesetz festgeschriebenen Langzeitstudiengebühren, sowie den Verwaltungskosten-
7 beitrag für Studierende zu streichen. Den Hochschulen, Universitäten und Studierendenwerken
8 sollen die fehlenden Gelder über den Landeshaushalt zur Verfügung gestellt werden.

9 Begründung

10 Studierende in Niedersachsen müssen im bundesweiten Vergleich enorm hohe Semesterbei-
11 träge zahlen, diese liegen oft über 300€. An der Leibniz Universität Hannover sind es zum Som-
12 mersemester 2022 433,61€. Die Gelder fließen zu großen Teil an die Verkehrsverbände für das
13 landesweite Semesterticket und an die Studierendenwerke, da die Grundfinanzierung vom Land
14 zu gering ist. Die Verwaltungskosten in Höhe von 75€ können meist im Hochschulhaushalt nicht
15 konkret nachgewiesen werden. Der Fehlbetrag sollte durch eine Erhöhung der Grundfinanzie-
16 rung der Hochschulen gedeckt werden.

17 Zusätzlich den Verwaltungskosten zählen die Langzeitstudiengebühren zu einem Kostenpunkt.
18 Andere Bundesländer haben diese schon vor Jahren abgeschafft. Die Langzeitgebühren betref-
19 fen Studierende, die die Regelstudienzeit um 4 Semester überschreiten. Die Zusatzbelastung mit
20 500€ pro Semester zusätzlich zum Semesterbeitrag ist enorm hoch. Somit wäre am Beispiel der
21 Leibniz Universität Hannover mit 833,61€ fast der BAföG Höchstsatz im Monat der Rückmel-
22 dung zu bezahlen.

1 Antrag B10: Abschaffung der Sperrkontopflicht für ausländische Studierende

2

3 Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

4 Wir fordern die Landesregierung, sowie die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, ein Gesetzesvorha-
5 ben auf Landesebene, sowie eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Sperrkontopflicht für
6 Studierende aus Nicht-EU-Staaten auf den Weg zu bringen.

7 Begründung

8 Ein Sperrkonto müssen alle Studierenden aus dem Nicht EU-Ausland nachweisen, auf diesem
9 muss ein Betrag in Höhe von 10.332€ hinterlegt sein. Der Wert orientiert sich am 12-fachen BA-
10 föG- Höchstsatz. Die betroffenen Studierenden müssen dies auch bei einer Verlängerung des
11 Aufenthaltsstatus erneut vorweisen. Durch die Höhe und den fehlenden Zugriff auf das ge-
12 sperrte Geld, abgesehen von der monatlichen Ausschüttung, werden Studierenden hier noch
13 mehr Hürden für ein Studium in Deutschland gesetzt. In Niedersachsen besteht zwar zudem die
14 Möglichkeit, dass eine Bürgschaft für die Studierenden übernommen wird. Dies geht jedoch mit
15 hohen Anforderungen und Risiken an den_ die Bürgen einher. Für uns ist dies keine zumutbare
16 Alternative!

17 In anderen Bundesländern wie z.B. in Hamburg wird kein Sperrkonto mehr verlangt. Es genügt
18 eine Selbsterklärung, dass genug Geld zur Finanzierung des Studiums bereitsteht. Dies ist keine
19 abschließende Lösung, dafür ist eine künftige Öffnung des BAföG für Ausländische Studierende
20 wichtig. Dieses muss unabhängig vom Aufenthaltsstatus für alle Studierenden in Deutschland
21 verfügbar sein.

22 Als wenn diese Gründe zur Abschaffung des Sperrkontos sowohl in Niedersachsen, als auch
23 deutschlandweit nicht schon genug wären, sind im Juni 2021 eine Vielzahl von Studierenden
24 von Sperrkontoanbietern getäuscht worden. So erhielten mehrere hundert Studierende keine
25 Auszahlungen von ihren eigenen Sperrkonten und mussten so monatelang mit Existenznöten
26 leben. Eine Abschaffung der Sperrkontopflicht würde somit einer Vielzahl von Studierenden hel-
27 fen.

28

29 Verweise

30 Hamburg:

31 [https://www.hamburg.de/conten-blob/3724684/a0ffeb6832affb9f80a84068c2a22989/
32 data/amt-m-m31-info-ausl-studenten-2021-deutsch.pdf](https://www.hamburg.de/conten-blob/3724684/a0ffeb6832affb9f80a84068c2a22989/data/amt-m-m31-info-ausl-studenten-2021-deutsch.pdf)

33 Auswärtiges Amt:

34 <https://www.auswaertiges-amt.de/de/sperrkonto/375488>

35 Tagesschau:

36 [https:// www.tagesschau.de/investigativ/swr/studierende-sperrkonten- existenznot-103.html](https://www.tagesschau.de/investigativ/swr/studierende-sperrkonten-existenznot-103.html)

37 Bund Ausländischer Studierender:

38 <https://bas-ev.de/aufruf-zur-kundgebung-wider-die-ausbeutung-auslaendischer-studieren-der/>

40 GEW:

41 <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/im-labyrinth-der-buerokratie>

1 Antrag B11: Schulgesundheitsfachkräfte an Niedersächsischen Schulen einsetzen

2

3 Die Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen:

- 4 • Es soll in Niedersachsen ein Modellprojekt nach dem Vorbild von Hessen und Branden-
5 burg für Schulgesundheitsfachkräfte gestartet werden.

6 Begründung:

7 Schulgesundheitsfachkräfte (SGFK) fördern durch ihre Arbeit in vielfältiger Weise die Gesund-
8 heit an Schulen. Dies zeigt auch ein Modellprojekt der Länder Hessen und Brandenburg. So gaben
9 am Ende des o.g. Modellprojektes über 50% der befragten Schüler*innen an, dass sie nun öfter
10 über ihre Gesundheit nachdenken würden und dass sie viel über ihre eigene Gesundheit gelernt
11 haben.

12 SGFK sind in der Regel Pflegefachkräfte, die eine entsprechende Weiterbildung besitzen. Sie kön-
13 nen unter anderem folgende Aufgaben übernehmen:

- 14 • Versorgung und Erste Hilfe bei akut Erkrankten oder Verletzten Kindern
15 • Unterstützung von Kindern mit chronischen Erkrankungen oder Behinderungen
16 (z.B. Behandlungspflege)
17 • Gesundheitsförderung und Prävention
18 • Kinder nach längerer Krankheit bei der Wiedereingliederung unterstützen
19 • Ansprech- und Vertrauensperson für Schüler*innen mit gesundheitlichen Problemen
20 • Netzwerkarbeit mit anderen Professionen und Institutionen
21 • Mitwirkung am Unterricht bei gesundheitlichen Themen

22 Im Rahmen des Modellprojektes zeigte sich auch, dass Lehrer*innen von der Arbeit der SGFK pro-
23 fitieren konnten. Die Lehrer*innen fühlten sich durch die SGFK spürbar entlastet und konnten
24 z.B. die Versorgung von einzelnen, akut erkrankten Schüler*innen an die SGFK abgeben.

25 Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Schulgesundheitsfachkräfte eine enorme Bereicherung
26 für den Schulalltag darstellen und dass deshalb auch in Niedersachsen ein solches Modellprojekt
27 gestartet werden sollte, mit dem langfristigen Ziel, Schulgesundheitsfachkräfte flächendeckend
28 an niedersächsischen Schulen zu beschäftigen.

29

30 Quellen:

31 Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Potsdam e.V.:

32 <https://schulgesundheitsfachkraft.de/>

1 Antrag B12: Faire Vergütung für Lehrkräfte auf Klassenfahrten

2

3 Die Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen, dass:

- 4 • die Aufwandsvergütung für die Verpflegung und Unterbringung der Lehrkräfte auf Klas-
5 senfahrten allumfassend wird.

6

7 Begründung:

8 Für jede*n Schüler*in sind Klassenfahrten das Highlight seiner*ihrer Schullaufbahn. Für Lehr-
9 kräfte bedeutet es hingegen 24 Stunden Arbeit. Wäre das nicht schon genug, müssen Lehrkräfte
10 für ihre Verpflegung sowie Unterbringung auch noch draufzahlen, da die Landesregierung ihnen
11 bei Fahrten ins Ausland nur Acht Zehntel ihrer Ausgaben zurückerstatten. Bei inländischen Fahr-
12 ten sieht es noch dramatischer aus, da sind es nur die Hälfte der Ausgaben, die am Ende vergütet
13 werden.

14 Die Kosten für die Unterbringung werden auch nur zur Hälfte erstattet.

1 Antrag B13: Respekt gegenüber angestellten Lehrkräften

2

3 Die Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen möge beschließen,

- 4 • dass die künftige Landesregierung den Arbeitsvertrag für angestellte Lehrer*innen
5 zeitlich entfristet.

6

7 Begründung:

8 Kurz vor den Sommerferien, zum Schuljahresende, werden zahlreiche angestellte Lehrkräfte in
9 die Arbeitslosigkeit geschickt, damit sich das Land die Gehälter über die Ferien sparen kann. Zum
10 neuen Schuljahr werden die Lehrer*innen oft mit einem neuen, weiterhin befristeten Arbeitsver-
11 trag bis zu den nächsten Sommerferien eingestellt.

12 Das bedeutet für die einzelnen Lehrer*innen ein Gehaltsausfall für mindestens 1,5 Monate und
13 eine enorme Unsicherheit, ob sie nächstes Schuljahr erneut angestellt werden. Als wäre dies
14 nicht prekär genug, wird durch solch ein Vorgehen der Lehrer*innenberuf in Zeiten von akutem
15 Lehrkräftemangel noch unattraktiver.

16 Wie viele Lehrkräfte betroffen sind, ist schwer zu sagen, da sich nicht alle arbeitslos melden.
17 Dennoch meldeten sich in den Sommerferien 2021 bundesweit ca. 5.700 Lehrkräfte arbeitslos.
18 In Niedersachsen haben sich, laut einer Statistik der Bundesagentur für Arbeit, 670 Lehrkräfte
19 arbeitssuchend gemeldet. Das sind 52 Prozent der Arbeitslosmeldungen unter Lehrkräften (in
20 Niedersachsen) im gesamten Jahr.

21 Als Partei des Respekts und in Zeiten von akutem Lehrkräftemangel muss diesem Vorgehen ein
22 Ende gesetzt werden.

1 Antrag B14: Mehr und fairere Praxisphasen für Lehramtsstudierende

2

3 Die Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen möge beschließen:

- 4 • Die (Mindest-)Dauer bzw. Anzahl der Praxisphasen (Praktika) im Lehramtsstudium (Ba-
5 chelor und Master) soll für alle Schulformen der allgemeinbildenden Schulen erhöht und
6 vereinheitlicht werden.
- 7 • Alle Praktikant:innen sollen während ihrer jeweiligen Praktika eine entsprechende, dem
8 Arbeitsaufwand angemessene Vergütung erhalten.

9 Begründung:

10 Das Lehramtsstudium soll die Studierenden auf ihre spätere Tätigkeit in der Schule vorbereiten
11 und sie zu qualifizierten Lehrkräften ausbilden. Hierzu sind Praktika sowohl im Bachelor- als
12 auch im Masterstudiengang vorgesehen. Gerade im Bachelorstudium zeigt sich, dass die vorge-
13 sehene Dauer für das Schulpraktikum noch Luft nach oben hat. Das sogenannte Allgemeine
14 Schulpraktikum ist für alle Lehramtsstudierende allgemeinbildender Schulformen im Bachelor
15 mit einer Dauer von wenigen Wochen festgesetzt. Diese Zeit ist viel zu kurz, um sich einzuleben,
16 einen ehrlichen Eindruck vom Schulalltag zu gewinnen und die eigene Lehrer*innenpersönlich-
17 keit zu erproben. Eine Erhöhung der Praktikumsdauer würde den Erfahrungsschatz deutlich ver-
18 bessern.

19 Studierende des gymnasialen Zweigs absolvieren beispielsweise im Bachelor- und Masterstudi-
20 engang verschiedene Praktika mit einer Dauer von insgesamt ca. 18 Wochen. GHR300-Lehramts-
21 studierende absolvieren indes jeweils mindestens 4 Wochen im allgemeinen Schulpraktikum so-
22 wie im außerschulischen Betriebs- und Sozialpraktikum sowie einen 18-wöchigen Praxisblock
23 im Masterstudiengang.

24 Insbesondere der Umgang mit Schüler*innen, Classroom-Management, Unterrichtsplanungen
25 und -abläufe und andere praktische Aspekte einer Lehrkraft werden am besten erlernt, wenn sie
26 in der Praxis beobachtet und erprobt werden können. Genügend Zeit dafür zu haben, ist essen-
27 tiell, denn viele Aspekte entwickeln sich erst mit der Zeit, wachsender Erfahrung und durch wie-
28 derholtes Üben. Natürlich beinhalten diese Praxisphasen für Lehramtsstudierende auch einen
29 nicht unerheblichen Arbeitsaufwand, der, gerade auch bei längeren Phasen, vergütet werden
30 sollte, ähnlich wie in manch anderen Praktika.

1 Antrag B15: Awareness für psychische Erkrankungen innerhalb der Schule

2

3 Die Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen:

- 4
- 5 • In Schulen muss zum Schutze und zur Unterstützung erkrankter Schüler*innen und zur
 - 6 Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen verpflichtend ein Awareness-Konzept für
 - 7 den Umgang mit psychischen Erkrankungen umgesetzt werden.
 - 8 • Die Konzeption der Leitlinie für den Umgang mit erfolgt durch ein interdisziplinäres Ex-
 - 9 pert*innengremium, sodass Schulen diese Leitlinien für sich übernehmen können.
 - 10 • Mit Informations- und Aktionstagen soll außerdem im Schulkontext für die mentale Ge-
 - 11 sundheit sowie Erkrankungen sensibilisiert werden.
 - 12 • Professionalisierungsangebote sollten optional als Zusatzqualifikation für (Klassen-)Leh-
 - 13 rer*innen angeboten werden. Darüber hinaus müssen perspektivisch die Thematiken A-
 - 14 wareness und mentale Gesundheit Bestandteil der Lehramtsausbildung sein. Diese kön-
 - 15 nen beispielsweise in Form von Workshops im Rahmen von Fort- und Weiterbildungen
 - 16 auf Grundlage des Awareness-Konzepts und in Zusammenarbeit mit Kooperationsstel-
 - 17 len etabliert werden.
 - 18 • Der Betreuungsschlüssel von Schulpsycholog*innen sowie Sozialpädagog*innen soll an-
 - 19 gehoben werden, um die Implementierung des Konzepts an den Schulen umzusetzen

20

21 Begründung:

22 Momentan gibt es durch Pandemie, Spätfolgen sozialer Isolation und dem Aufholen des verpass-

23 ten Stoffes einen enormen Druck auf Schüler*innen, der zu einem rasanten Anstieg an psychi-

24 schen Erkrankungen in dieser Altersgruppe führt.

25 Die häufigsten Ursachen für psychische Störungen bei Kindern und Jugendlichen sind laut Ärz-

26 teblatt Stress, Leistungsdruck durch Schule und Eltern, Versagensängste, eine dauerbeschleu-

27 nigte Gesellschaft und digitale Reizüberflutung, Mobbing (z.B. in sozialen Netzwerken), Streit

28 mit Mitschülern, Konkurrenzdruck, gesellschaftlicher Druck durch Medien und Influencer (z.B.

29 falsche Schönheitsideale) oder auch Geldsorgen, familiäre Probleme (z.B. Scheidung der Eltern).

30 Schule sollte aber ein sicherer Raum sein, in dem die Schüler*innen zu sich selbst finden und sich

31 kognitiv wie emotional entwickeln können. Gute Bildung kann nur in einem solchen Raum statt-

32 finden.

33 Zusätzlich dazu sehen wir generell einen Mangel an Bewusstsein für psychische Erkrankungen

34 und ihre Frühwarnzeichen in der Gesellschaft. Dazu kommt immer noch eine Tabuisierung und

35 Stigmatisierung. Diese kann durch die Thematisierung psychischer Erkrankungen und die Schaf-

36 fung von Awareness ihnen gegenüber in der Schule bekämpft werden. Mehr Aufklärung bedeu-

37 tet auch mehr Sicherheit.

38

39 Quellen:

40 Ärzteblatt (2019)

41 Lehrerverband sieht Zunahme psychischer Erkrankungen bei Schülern und Lehrern.

42 Online-Quelle. URL: [https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/106566/Lehrerverband-](https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/106566/Lehrerverband-sieht-Zunahme-psychischer-Erkrankungen-bei-Schuelern-und-Lehrern)
43 [sieht-Zunahme-psychischer-Erkrankungen-bei-Schuelern-und-Lehrern,](https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/106566/Lehrerverband-sieht-Zunahme-psychischer-Erkrankungen-bei-Schuelern-und-Lehrern)

44 zuletzt abgerufen am 21.10.2022

1 Antrag B16: Erzieher*innen-Mangel endlich entgegenreten - Faire Entlohnung für gute
2 Bildungsarbeit

3

4 Die Landeskonzferenz der Jusos Niedersachsen möge beschließen:

- 5 • Angehende Erzieher*innen in der Ausbildung sollten eine angemessene Ausbildungsver-
6 gütung bekommen.

7 Begründung:

8 Erzieher*innen müssen heutzutage eine Vielzahl an bildungstechnischen Aufgaben erfüllen, wie
9 zum Beispiel erste Vorschularbeit leisten, die Erweiterung des Wortschatzes sowie die Erlernung
10 erster Sozialkompetenzen wie Empathie, Mitgefühl und Teamfähigkeit. Darüber hinaus arbeiten
11 Erzieher*innen langfristige Projekte und Angebote aus, die auf die Stärken und Bedürfnisse der
12 Kita-Gruppe ausgelegt werden. Außerdem werden ausführliche Protokolle über den Bildungs-
13 prozess jedes einzelnen Kindes verfasst und dokumentiert. Festgelegt ist alles im Rahmen des
14 Niedersächsischen Orientierungsplans für Bildung.

15 Erzieher*innen haben also einen ganz klaren Bildungsauftrag zu erfüllen. Diese primär gelehrt
16 Grundkenntnisse bilden einen Grundstein für die zukünftige Entwicklung des Kindes.

17 Dies erfordert eine Menge Zeit, Engagement und Wissen.

18 Doch trotz der komplexen Aufgaben der Erzieher*innen werden diese finanziell nicht entspre-
19 chend gewürdigt. Hinzu kommen 4 Ausbildungsjahre von denen ein Teil unvergütet bleibt. Dies
20 macht den Beruf für viele junge Menschen eher unattraktiv. Der Personalstand sinkt seit Jahren
21 dramatisch ab und bringt Einrichtungen in akute Personalnot. Jede*r dritte Erzieher*in überlegt
22 den Beruf zu wechseln aufgrund des wachsenden Drucks.

23 Alleine in Niedersachsen bräuchte es ca. 12.000 zusätzliche Erzieher*innen im kommenden Jahr.

24 Die Arbeit der Erzieher*innen verdient mehr Anerkennung und bessere Arbeitsbedingungen.
25 Dies beginnt beim Gehalt.

1 Antrag B17: Privatschulen perspektivisch abschaffen - Elitenbildung verhindern

2
3 Als Jungsozialist*innen stehen wir für das Recht auf gute Bildung und Chancengleichheit für alle.
4 Alle Schüler*innen müssen die gleichen Voraussetzungen haben auf dem Arbeitsmarkt. Die Qua-
5 lität der individuellen Bildung darf deshalb nicht von der Einkommensstärke der Eltern abhän-
6 gen.

7 Leider erleben wir jedoch immer stärker, wie Privatschulen diese Chancengleichheit untergra-
8 ben. So wird an Privatschulen grundsätzlich mehr Geld für Schüler*innen ausgegeben als an
9 staatlichen Schulen. Privatschüler*innen werden dadurch bevorzugt und haben deutlich bessere
10 Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Das kann nicht sein, es muss klar sein, dass alle Schulen für alle
11 Schüler*innen zugänglich sein müssen.

12 Unser Ziel muss es deshalb sein, Privatschulen und durch massive öffentliche Investitionen für
13 gute staatliche Schulen zu sorgen, wo alle die gleichen Voraussetzungen haben. Die Schulen
14 müssen weiter digitalisiert werden und die Lehrer*innenausbildung an die aktuelle Zeit ange-
15 passt werden.

16 Privatschulen, müssen perspektivisch verboten werden. Wir dürfen es nicht zulassen, dass Pri-
17 vatschulen, deren Zugang vom Geldbeutel der Eltern abhängt, zu einer Elitenbildung beitragen.
18 Wir wollen stattdessen Diversität an den Schulen mit Schüler*innen aus allen Einkommens-
19 schichten. Privatschulen trennen finanziell zwischen stärkeren und schwächeren Haushalten,
20 weswegen der Staat eingreifen muss. Schulen müssen die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden
21 und inklusiv für alle wirken.

22 Forderung:

23 Konkret fordern wir deshalb die Abschaffung von Privatschulen. Durch die Schulgeldgrenze kön-
24 nen zudem alternative Bildungsformen wie Waldorfschulen oder Montessorischulen weiterhin
25 bestehen bleiben, auch wenn sie privat getragen sind. Auch wenn es unser Ziel ist, integrierte
26 Gesamtschulen im ganzen Land als die bestmögliche Bildungsform zu etablieren, ist es uns wich-
27 tig, auch anderen pädagogische Bildungsformen Raum zu geben, solange sie weltoffene und to-
28 lerante Werte vermitteln. Um die Chancengleichheit aufrecht zu erhalten, dürfen an privaten
29 Schulen zudem nicht mehr staatliche Fördergelder pro Kopf zur Verfügung gestellt werden als
30 an öffentlichen Schulen.

31 Um die Chancengleichheit aufrecht zu erhalten, dürfen an privaten Schulen zudem nicht mehr
32 staatliche Fördergelder pro Kopf zur Verfügung gestellt werden als an öffentlichen Schulen. Un-
33 verhältnismäßig teure Privatschulen stellen dafür das genaue Gegenteil dar.

1 Antrag B18: Politikunterricht vor der Wahlberechtigung

2

3 Politikunterricht ist essenziell, um jungen Menschen politische Orientierung zu ermöglichen.
4 Guter Politikunterricht sollte aus Schüler*innen politisch interessierte, aufgeklärte und mündige
5 Menschen machen. Dieser Auftrag ist noch wichtiger geworden, seit das Wahlalter in Nieder-
6 sachsen für Kommunalwahlen auf 16 Jahre gesenkt wurde. Doch häufig reicht der Politikunter-
7 richt dafür nicht aus. In Niedersachsen wird Politikunterricht frühestens ab der 8. Klasse ange-
8 boten. Abseits der Gymnasien wird Politik häufig nur in Fächerkombinationen mit Wirtschaft,
9 Erdkunde oder Geschichte unterrichtet. Das wird jungen Menschen und ihrer politischen Verant-
10 wortung nicht gerecht.

11 Deswegen fordern wir

- 12
- 13 • Politikunterricht als nicht - abwählbares Fach ab der 7. Klasse in allen Schulformen
 - 14 • Dass Schüler*innen vor dem Wahlalter das Wahl- und Parteiensystem kennenlernen und
15 sich vor den Wahlen über die wählbaren Parteien und deren Positionen informieren
- 16 Dass Politikunterricht junge Menschen ermächtigt sich verlässlich selbst zu informieren und un-
seriöse Informationen zu identifizieren.

1 Antrag B19: Dyskalkulie bei Schüler*innen anerkennen und berücksichtigen - Mehr För-
2 derung und Nachteilsausgleich an Schulen

3
4 Wir fordern, dass Dyskalkulie bei Schüler*innen, egal ob in der Grundschule, SEK 1 oder SEK 2, als
5 ernstzunehmende Lerneinschränkung wahrgenommen und dementsprechend auch behandelt
6 wird. Nicht länger dürfen Schüler*innen darunter leiden, dass ihre Lerneinschränkung nicht aus-
7 reichend ernst genommen oder aus rein pädagogischer Sicht behandelt und somit verharmlost
8 wird. Die Förderung an den Schulen muss professionalisiert werden, sodass den Schüler*innen
9 so tatsächlich Unterstützung im Schulalltag zukommt. Ebenfalls müssen Maßnahmen zum
10 Nachteilsausgleich verpflichtend angewandt werden.

11

12 Daher fordern wir konkret:

- 13 • Eine angemessene schulische Förderung, welche auf einem Förderplan basiert, der Ziele,
14 Umfang und Dauer der Förderung beschreibt. Im Rahmen dieses Plans wird ebenfalls
15 eine regelmäßige Lernstandsüberprüfung und eine kontinuierliche Lernprozessbeobach-
16 tung stattfinden.
- 17 • Wenn möglich und im Schulalltag umsetzbar, soll das Angebot einer frühzeitigen und
18 langfristig angelegten Einzelförderung geschaffen werden. Hier muss sichergestellt wer-
19 den, dass es ausreichend Lehrkräfte oder Sozialarbeiter*innen gibt, die die Kapazitäten
20 haben, diese Förderung durchzuführen.
- 21 • Lehrkräfte oder Sozialarbeiter*innen, die eine Dyskalkulie-Förderung durchführen, soll-
22 ten über eine entsprechende zusätzliche Weiterbildung verfügen.
- 23 • Als Maßnahmen des Nachteilsausgleichs fordern wir:
- 24 ○ verlängerte Arbeits- / Prüfungszeiten bei Leistungserhebungen
 - 25 ○ Erlaubnis zur Nutzung von Anschauungsmaterial
 - 26 ○ frühzeitige Zulassung des Taschenrechners

27

28 Begründung: Die Dyskalkulie findet als Lerneinschränkung auch heute noch, vergleichbar mit
29 der Legasthenie, an Schulen wenig Berücksichtigung im Schulalltag. Häufig werden Begriffe wie
30 „Rechenschwierigkeiten“ oder „Anfangsschwierigkeiten“ verwendet, die die tatsächliche Prob-
31 lematik verharmlosen und dafür sorgen, dass wenig nützlichen Maßnahmen, wie das stumpfe
32 Wiederholen der schon thematisierten Inhalte oder ähnliche, ergriffen werden. Von Dyskalkulie
33 betroffenen Schüler*innen hilft das leider in der Regel nicht weiter.

34 Es braucht dringend verpflichtende Förderprogramme und Fördermaßnahmen, die für Schü-
35 ler*innen im Schulalltag eine tatsächliche Entlastung bedeuten und auch den Umgang mit Dys-
36 kalkulie in Schulen professionalisieren. Angefangen bei einem individuell erarbeiteten Förder-
37 plan, der den genauen Weg der Fördermaßnahmen vorzeichnet und beschreibt, wo und mit wel-
38 cher gewünschten langfristigen Wirkung angesetzt wird. So kann erreicht werden, dass die För-
39 derung mit System und nicht planlos, zu kurz oder vor allem nicht zielorientiert stattfindet. Ein

40 weiterer wichtiger Schritt, der zur Professionalisierung des Umgangs mit von Dyskalkulie be-
41 troffenen Schüler*innen führt, ist die gezielte Schulung von Lehrkräften und Sozialarbeiter*in-
42 nen, die eine Dyskalkulie-Förderung durchführen. So kann sichergestellt werden, dass eine ob-
43 jektive und vor allem auch dem Bedarf entsprechende Analyse des benötigten Förderrahmens
44 stattfinden kann. Für die Schüler*innen kann so sichergestellt werden, dass ihre Lerneinschrän-
45 kung nicht verallgemeinert, sondern fallspezifisch behandelt wird.

46 Um im Schulalltag und auch gerade in Prüfungssituationen konkrete Erleichterungen zu schaf-
47 fen, die die entstehende Benachteiligung, welche durch die Dyskalkulie als Lerneinschränkung
48 entsteht, auszugleichen, müssen Nachteilsausgleiche eine viel größere Rolle spielen. Vor allem
49 im Kontext der Benotung von Klausuren und Klassenarbeiten, aber auch auf den Zeugnissen,
50 würde dieses Vorgehen der tatsächlichen Problematik gerecht werden und ist daher dringend
51 umzusetzen.

1 Antrag B20: Mehr Demokratie in der Schule – Schüler*innenvertretung stärken

2

3 Für Kinder und Jugendliche fordern wir deutlich mehr Möglichkeiten, sich und die eigenen Wün-
4 schein, Anliegen und Kritikpunkte im Schulalltag und dem System Schule einzubringen. Die Per-
5 spektive der Schüler*innen ist für die Bewältigung des enormen Reformbedarfs im Bildungswe-
6 sen wichtiger denn je, weshalb die Gremien zur Partizipation gestärkt und weiter ausgebaut
7 werden müssen. Ob die Schüler*innenvertretungen der einzelnen Schulen, den Kreis- und Stadt-
8 schüler*innenräten oder dem Landesschüler*innenrat, sie alle brauchen entlastende Rahmenbe-
9 dingungen und mehr Gestaltungsspielräume.

10 Daher fordern wir konkret:

11 Strukturell:

- 12 • Analog zu den SV-Beratungslehrkräften in den Schulen und beim Landesschüler*innen-
13 rat, soll auch für jeden Kreis- bzw. Stadtschüler*innenrat eine Beratungslehrkraft zur Un-
14 terstützung des Gremiums mit ausreichend Arbeitsstunden bereitgestellt werden
- 15 • Die Wahlzyklen der Mitglieder in den Stadt- und Kreisschülerräten sowie dem Landes-
16 schülerrat sollen flexibilisiert werden, sodass das entsendende Gremium den Zeitpunkt
17 der Wahl selbstständig wählen kann.
- 18 • Schüler*innen sollen während der Unterrichtszeit die Möglichkeit bekommen, regelmä-
19 ßig über Anliegen beraten und als Klassengemeinschaft Beschlüsse fassen zu können,
20 um diese dann in den höheren Schüler*innenvertretungsebenen voranbringen zu kön-
21 nen.

22

23 Die Gremien der Schüler*innenvertretung brauchen neben rechtlichen auch finanzielle Spiel-
24 räume. Die jungen Menschen dürfen in ihrem Engagement nicht durch finanzielle Hürden oder
25 Mehrkosten belastet werden. Sich für die eigene Meinung einzusetzen und die Perspektive der
26 jungen Generationen zu vertreten, darf kein Privileg sein, sondern muss für jede*n zugänglich
27 sein. Partizipation junger Menschen muss dazu beitragen, dass Hürden abgebaut, durch Privile-
28 gien gestützte Strukturen aufgebrochen und alle Stimmen in der Gesellschaft gleichwertig ge-
29 hört werden. Ebenso muss das Engagement auch so finanziell unterstützt werden, dass Projek-
30 tideen und Vorhaben nicht an fehlenden Geldmitteln scheitern.

31 Deshalb fordern wir:

32 Finanziell:

- 33 • Die Schüler*innenschaft einer jeden Schule soll mit einem Demokratiebudget ausgestat-
34 tet werden, über dessen Verwendung sie eigenständig entscheiden darf. Die Höhe soll
35 an der jeweiligen Zahl der Schüler*innen bemessen werden und zunächst 5€ je Schü-
36 ler*in betragen werden.

- 37 • Die Stadt- und Kreisschüler*innenräte sollen ebenso wie der Landesschüler*innenrat
38 selbständiger über die Verwendung des Ihnen zur Verfügung gestellten Budgets ent-
39 scheiden dürfen. Zur Unterstützung sollte neu gewählten Vorständen seitens der zustän-
40 digen Behörde ein Informationsgespräch über die Art der zur Verfügung gestellten Mittel
41 und ihre Verwendungsmöglichkeiten angeboten werden.

42

43 Zusätzlich dazu braucht es auch vermehrte Informationen in diesem Bereich. Es muss deutlich
44 aufgezeigt werden, welche Möglichkeiten die Gremien der Schüler*innenvertretung haben und
45 wie sie ihre politische Wirkung entfalten können. Auch muss die Aufklärung über politische Par-
46 tizipation, genau wie das Vorstellen der Parteien und Jugendorganisationen, schon in der Schule
47 und dort im Politikunterricht stattfinden. Damit diese Informationen junge Menschen erreichen,
48 fordern wir folgendes ein:

49 Information:

- 50 • Die Möglichkeiten der Jugendpartizipation (explizit die Möglichkeiten der Schüler*innen-
51 vertretung) sollen schon frühzeitig in der SEK I kommuniziert werden. Hierfür könnte
52 bspw. eine Verfügungsstunde in der 5. Klasse eine Gelegenheit bieten
- 53 • Das Kultusministerium bzw. die ihr zugeordneten Behörden sollen einen Katalog ausar-
54 beiten, der aufzeigt, welche Entscheidungsspielräume den jeweiligen Konferenzen der
55 eigenverantwortlichen Schule zufallen.

56

57 Begründung:

58 Den Schüler*innenvertretungen kommt an den Schulen eine bedeutende Rolle zu, denn sie set-
59 zen sich konkret für die Belange der Schüler*innen ein. Sie geben Impulse, mit welchen die Schul-
60 leitung und das Kollegium ihre Arbeit im Sinne der Schüler*innen verbessern können und berei-
61 chern durch Projekte das Schulleben. Außerdem leisten sie durch die Mitarbeit in Strukturen wie
62 den Stadt- und Kreisschüler*innenräten oder dem Landesschüler*innenrat auch einen konkreten
63 Beitrag zu tagespolitischen Entscheidungen in der Bildungspolitik.

64 An vielen Schulen gibt es aber auch nach wie vor strukturelle Probleme, bezüglich der Aktivität
65 und der Kontinuität in der SV-Arbeit. Von verstärkten Informationsangeboten im schuleigenen
66 Politikunterricht, über praktische Angebote zum Erleben der SV-Arbeit bis zum aktiven Kennen-
67 lernen von engagierten Schüler*innen, pädagogischen Fachangestellten oder Ehrenamtlichen,
68 kann hier ein Beitrag zu einer aktiven Schüler*innenvertretung geleistet werden. Viele interes-
69 sierte Schüler*innen würden sich perspektivisch eher engagieren, wenn ihnen gezeigt wird, dass
70 sich der Einsatz in der SV lohnt, welche Möglichkeiten es gibt, um die eigenen Ziele zu erreichen
71 und dass niemand mit den eigenen Ideen, Vorstellungen und Wünschen alleine dasteht. Schü-
72 ler*innenvertretungen können auch für uns Jusos wichtige Bündnispartner*innen sein, wenn
73 es um bildungspolitische Anliegen und die Verbesserung der Situation vieler Schüler*innen geht.

74 Für einen gemeinsamen Kampf, für mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit an den
75 Schulen, brauchen wir aktive und engagierte Schüler*innenvertretungen.

76 Im niedersächsischen Schulgesetz steht in §2, dem Bildungsauftrag der Schulen, “ Die Schülerin-
77 nen und Schüler sollen fähig werden, - die Grundrechte für sich und jeden anderen wirksam wer-
78 den zu lassen, die sich daraus ergebende staatsbürgerliche Verantwortung zu verstehen und zur
79 demokratischen Gestaltung der Gesellschaft beizutragen”. Das aktive Mitwirken der Schüler*in-
80 nen und das Einsetzen für die Interessen der Schüler*innenschaft in der SV kann hier ein erster
81 wichtiger Baustein sein. Schüler*innen müssen befähigt werden, bei Wahlen individuell, aber
82 fundiert abstimmen zu können und so auch den Wert einer lebendigen Demokratie zu erkennen.
83 Auf der Homepage der Friedrich Ebert Stiftung finden sich zu dem Thema der politischen Bildung
84 und ihrer Notwendigkeit, unter anderem folgende Worte: “Angesichts aktueller politischer und
85 gesellschaftlicher Stimmungslagen ist politische Bildung wichtiger denn je. Denn die politische
86 Großwetterlage ist – national wie auch international – von Turbulenzen geprägt. Wir erleben
87 weltweit und auch bei uns, wie man mit unverblümter Fremdenfeindlichkeit und dem gezielten
88 Einsatz von Fake News Menschen für sich gewinnen kann, dass politische Parteien, über deren
89 Einstellung zur liberalen Demokratie man trefflich streiten kann, in Wahlen enorme Zugewinne
90 erzielen. Das sollte uns zu denken geben. Denn unsere Vergangenheit lehrt uns ebenso wie der
91 Blick über den Zaun, dass Demokratien häufig sukzessive, von vielen unbemerkt erodieren.”

92 Es wird immer häufiger deutlich, dass sich im Bereich der politischen Bildung, ob innerhalb der
93 Schule oder außerhalb, mehr tun muss. Unsere Forderungen kommen hier genau zur richtigen
94 Zeit, denn die Jugend ist vieles, aber nicht unpolitisch. Wir sollten dafür sorgen, dass sie befähigt
95 wird, ihre Wünsche, Ideen und Perspektiven in die Debatten zu bringen. Möglich wird das durch
96 starke Schüler*innenvertretungen. Denn Demokratie lebt von Partizipation.

D – Digitales

1 Antrag D01: Digitale Partizipation schaffen in Niedersachsen!

2

3 Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

4 Wir fordern, dass öffentliche Plenarsitzungen des niedersächsischen Landtages und ihrer
5 Ausschüsse.

6 Begründung

7 Seit der Corona-Pandemie gehören Online-Konferenzen zu unserem Alltag. Auch Sitzungen hö-
8 herer politischer Ebenen wurden in der Zeit online zugänglich gemacht.

9 Wir wünschen uns, dass Online-Konferenzen bald nicht mehr notwendig sind, dennoch haben
10 sich für viele klare Vorteile gezeigt. Durch den digitalen Zugang haben Sitzungen in der Regel
11 viel mehr Menschen erreicht als in Präsenz. Vor allem Arbeitnehmer*innen profitieren von einem
12 digitalen Zugang, da sich Fahrwege gespart werden können. Auch können Familien mit Kindern
13 so einfacher und barrierefreier an politischen Entscheidungen teilhaben und Politik wird so er-
14 lebbarer. Die Pandemie hat gezeigt, dass dieses kostengünstig möglich ist und damit soll nach
15 unserer Auffassung nach dieser Pandemie nicht Schluss sein. Deshalb fordern wir, dass politi-
16 sche Sitzungen, welche öffentlich sind, digital verfügbar sein müssen.

Fem – Feminismus

1 Antrag Fem01: Änderung des Transsexuellengesetzes – diskriminierungsfreie Gutachten möglich machen!

3

4 Im Jahr 2021 ist die Abschaffung des TSG (Transsexuellengesetz) leider gescheitert. Dies hat zur
5 Folge, dass transgeschlechtliche Menschen nach wie vor Gerichtsverfahren durchlaufen zu müs-
6 sen, um ihren Vornamen- und Personenstand ändern zu können. Dieser Prozess ist langwierig,
7 teuer und darüber hinaus entwürdigend.

8 Zunächst gilt es bislang als Voraussetzung, dass die betreffenden Personen mindestens drei
9 Jahre „unter dem Zwang steh[en], ihren Vorstellungen entsprechend zu leben“. (TSG, §1, Absatz
10 1). Anschließend müssen sie sich zwei Gutachten unterziehen, die von zwei voneinander unab-
11 hängigen Gutachter*innen erstellt werden müssen. Zunächst ist festzuhalten, dass im Grunde
12 genommen jede*r zugelassene Psychiater*in oder Psychotherapeut*in ein solches Gutachten er-
13 stellen kann. Das TSG verfügt lediglich über eine nichtssagende Stelle, welche besagt, dass die
14 Gutachter*innen „mit den besonderen Problemen des Transsexualismus ausreichend vertraut“
15 (TSG, §4, Absatz 3) sein sollen. Was dies konkret bedeuten soll, bleibt offen. Daher ist es wichtig,
16 dass hier klare Forderungen gestellt und umgesetzt werden. Die Gutachter*innen müssen sich
17 also auf Sexualtherapie, Geschlechtsdysphorie, Geschlechtsinkongruenz, Transidentität
18 und/oder Intersexualität spezialisiert haben.

19 Dies reicht allerdings nicht aus, um voraussetzen zu können, dass diese Gutachter*innen sich
20 während des Prozesses des Gutachtens angemessen verhalten. Daher ist es ebenfalls notwen-
21 dig, dass die in Frage kommenden Psychiater*innen und Psychotherapeut*innen sich einem pro-
22 fessionellen Awareness-Training unterziehen, in welchem umfangreich auf die Diskriminierung
23 und Gewalterfahrungen transgeschlechtlicher Personen aufmerksam gemacht wird. Teil des
24 Trainings sollte ein Gutachten der potentiellen Gutachter*innen sein. In diesem Gutachten soll
25 bewertet werden, inwieweit die Personen das nötige Bewusstsein für diese Umstände entwi-
26 ckelt haben, beziehungsweise bereits darüber verfügen. Sollte festgestellt werden, dass das nö-
27 tige Bewusstsein nicht vorhanden ist, können die Bewerber*innen die Stelle als Gutachter*in
28 nicht antreten. Nach erfolgreichem Abschluss eines solchen Trainings muss also ein offizielles
29 Zertifikat ausgestellt werden, welches die erfolgreiche Teilnahme bescheinigt. Dieses Training
30 muss alle 2 Jahre wiederholt werden. Diese Awareness Trainings müssen von Personen durch-
31 geführt werden, die durch ihre Tätigkeit qualifiziert dafür sind. Beispielsweise also Vertreter*in-
32 nen von trans* und LGBTQIA+ Verbänden, wie der Bundesverband Trans, welcher bereits allge-
33 gemeine Fortbildungen auf freiwilliger Basis anbietet. Als weitere Absicherung ist die Vorlage des
34 erweiterten Führungszeugnisses anzusehen. Bevor ein*e potentielle*r Gutachter*in dieser Tätig-
35 keit tatsächlich nachgehen kann, muss also auch das erweiterte Führungszeugnis vorgelegt wer-
36 den. Sollten sich darin Einträge befinden, insbesondere bezüglich diskriminierenden Verhaltens,
37 darf die Person nicht als Gutachter*in tätig werden.

38 Auch die Richtlinien, welche beispielsweise die Dauer des Gutachtens betreffen, müssen einheitlich
39 definiert werden. Eine maximal festgelegte Anzahl an Stunden, bzw. Sitzungen ist notwendig.
40 Derzeit veranschlagen einige Gutachter*innen bereits eine festgelegte Sitzungsdauer und -
41 häufigkeit, jedoch nicht alle. Daher ist eine Vereinheitlichung sinnvoll und muss zwingend erfol-
42 gen.

43 All diese Maßnahmen dienen dem Schutz der transgeschlechtlichen Personen, die endlich auch
44 offiziell ihren Namen tragen können wollen. Dieser Schutz ist von großer Wichtigkeit. Sowohl in
45 der Vergangenheit, als auch in der Gegenwart, sind transgeschlechtliche Personen vielen Demü-
46 tigungen ausgesetzt, die sich während der Gutachten ereignen. So kann es beispielsweise legal
47 dazu kommen, dass die Gutachter*innen sie dazu auffordern können, sich auszuziehen, um an-
48 schließend den entblößten Körper zu begutachten und zu untersuchen. Solche Praktiken sind
49 widerwärtig, entwürdigend und tragen nicht zum Prozess der Vornamens- und Personenstand-
50 sänderung bei! Daher muss diese Praktik umgehend verboten werden! Generell dürfen keine
51 körperlichen Untersuchungen erfolgen, da dies nichts mit der Transgeschlechtlichkeit einer Per-
52 son zu tun hat. Alle Informationen, die im Gutachten festgehalten werden sollen, können im
53 Gespräch preisgegeben werden.

54 Auch die Verwendung des Deadnames oder der falschen Pronomen ist diskriminierend und eine
55 Demütigung. Daher muss die gewünschte Anrede vorab geklärt und während der Begutachtung
56 konsequent verwendet werden. Auch im Gutachten müssen die korrekten Pronomen und der
57 korrekte Name festgehalten werden.

58 Fragen zum Sexualverhalten und zur Sexualität sind absolut überflüssig, da sie keine Aussage-
59 kraft über das Geschlecht von Personen innehaben. Selbiges gilt für Fragen, die sich auf sexuelle
60 Vorlieben beziehen. Häufig wird Transgeschlechtlichkeit noch mit Fetischen und Transvestitis-
61 mus in Verbindung gebracht. Dies ist schlichtweg diskriminierend. Bei der Erstellung eines sol-
62 chen Gutachtens haben solche Fragen daher nichts verloren, sie sollten nicht gestellt werden
63 und nicht Teil des schriftlichen Gutachtens sein, welches später von einem*r Richter*in geprüft
64 wird. Daher fordern wir, dass auch solche Fragen künftig unterlassen werden müssen. Selbiges
65 gilt für sämtliche Bemerkungen, die das Auftreten und Aussehen der Person betreffen. Die Klei-
66 dungswahl, Frisur, der Bartwuchs, eventuelles Make Up und Accessoires haben keinerlei Aussa-
67 gekraft über das Geschlecht einer Person inne und sind daher für ein Gutachten irrelevant. Sie
68 dürfen keine Beachtung finden!

69 Nicht alle transgeschlechtlichen Personen wollen mögliche medizinische Maßnahmen in An-
70 spruch nehmen. Dies ist zu respektieren und muss nicht hinterfragt werden. Denn auch der
71 Wunsch nach einer medizinischen Transition ist keine Notwendigkeit, um die Vornamens- und
72 Personenstandsänderung durchzuführen. Die persönlichen Beweggründe, weshalb eine Person
73 sich operieren oder nicht operieren lassen möchte, sind Privatsache und dürfen keine Auswir-
74 kungen auf das Gutachten haben. Die Antragstellenden sollten sich für ihre persönlichen Ent-
75 scheidungen nicht rechtfertigen müssen.

76 Es ist klar, dass es sich hierbei keinesfalls um eine endgültige Lösung dieses Problems und ent-
77 würdigenden Zustands handeln kann. Unser langfristiges Ziel muss bleiben, dass das TSG ersatz-
78 los abgeschafft wird! Transgeschlechtliche Menschen müssen endlich frei leben dürfen, ihr Ge-
79 schlecht frei selbst bestimmen dürfen, ohne einen teuren und langwierigen Prozess durchlaufen
80 zu müssen, um ihren Namen offiziell ändern lassen zu dürfen – um nur ein Beispiel zu nennen.
81 Es geht hier um Menschenleben, Existenzen und Identitäten. Doch bis das TSG endgültig abge-
82 schafft wird – und wir hoffen, dass dieser Tag bald kommt – muss eine Übergangslösung gefun-
83 den werden. Der bislang stattfindende Prozess muss zumindest etwas erträglicher gemacht wer-
84 den. Es darf nicht vom Glück abhängen, dass man an keine*n transphobe*n Gutachter*in gerät.

85 Daher sind unsere Forderungen:

86 Forderungen:

87 - Gutachter*innen müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllen, bevor sie ein Gutachten für
88 transgeschlechtliche Personen erstellen dürfen:

- 89 • Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses (sobald dort Einträge vorhanden sind, ins-
90 besondere bspw. wegen diskriminierenden Verhaltens und dem generellen Umgang mit
91 Mitmenschen, dürfen sie nicht als Gutachter*innen fungieren.)
- 92 • Gutachter*innen müssen ein Awareness-Training durchführen. Ohne Vorlage eines er-
93 folgreichen Teilnahmenachweises dürfen die Personen nicht als Gutachter*innen fungie-
94 ren. Diese Awareness-Trainings müssen regelmäßig, alle 2 Jahre, durchgeführt werden.
95 In diesen Awareness-Trainings sollen die Teilnehmer*innen für Gewalt und Diskriminie-
96 rung gegen transgeschlechtliche Personen sensibilisiert werden. Des Weiteren sollen
97 während des Trainings Gutachten über die Bewerber*innen erstellt werden, in denen
98 festgehalten werden soll, ob sie das nötige Bewusstsein für eine Stelle als Gutachter*in
99 innehaben. Falls dies nicht festgestellt werden, gilt das Training als nicht-erfolgreich ab-
100 solved. Das nötige Zertifikat kann dann nicht ausgestellt werden. Die Awareness-Trai-
101 nings müssen von Professionellen abgehalten werden (In Frage kommen beispielsweise
102 Gleichstellungsbeauftragte; Vertreter*innen von trans* oder LGBTQIA+ Verbänden, wie
103 beispielsweise der Bundesverband Trans oder Vertreter*innen von Menschenrechtsorga-
104 nisationen).

105 - Einführung eines bedarfsgerechten Flächenfaktors. Dabei sollen vermehrt zugelassene Psychi-
106 ater*innen und Psychotherapeut*innen als Gutachter*innen eingesetzt werden, welche sich in
107 ihrer Tätigkeit als Psychiater*in/ Psychotherapeut*in schwerpunktmäßig mit Sexualtherapie,
108 Geschlechtsdysphorie, Geschlechtsinkongruenz, Transidentität, (Intersexualität) beschäftigen.

109 - Die Rahmenbedingungen der Gutachten müssen klarer und verbindlicher festgelegt werden.
110 Zum Beispiel sollte eine maximal festgelegte Anzahl an Stunden, bzw. Sitzungen eingeführt wer-
111 den. Als eine Art Behandlungsstandard könnte man bereits vorhandene Richtlinien zur medizi-
112 nischen oder therapeutischen Versorgung von trans* Menschen nehmen. Als Beispiel dienen hier
113 die „Guidelines for Psychological Practice with Transgender and Gender Nonconforming People“

114 der American Psychological Association, die in der S3-Leitlinie zur Diagnostik, Beratung und Be-
115 handlung von trans* Personen explizit als Empfehlungen genannt werden.

116 - Vor Beginn des Gespräches muss eine Aufklärung darüber erfolgen, dass alle Aussagen auf frei-
117 williger Basis erfolgen und kein Zwang zur Beantwortung von (intimen) Fragen besteht. Das
118 Nicht-Beantworten bestimmter Fragen darf keinen negativen Effekt auf das Ergebnis des Gut-
119 achtens haben.

120 - Bestimmte Praktiken, die derzeit Teil des Gutachtens sein können, dürfen nicht mehr durchge-
121 führt werden!

122 • Es dürfen keinerlei körperliche Untersuchungen vollzogen oder Aufforderungen zu
123 Handlungen (bspw. die Aufforderung, in einer geraden Linie zu laufen, um die Gangart
124 beobachten zu können) gegeben werden. Alle Informationen, die für die Erstellung der
125 Gutachten wichtig sind, können im Gespräch exploriert werden.

126 • Die Gutachter*innen dürfen die zu begutachtende Person nicht dazu auffordern, sich
127 auszuziehen, um anschließend ihren Körper betrachten und untersuchen zu können.

128 • Fragen bezüglich des Sexualverhaltens und der Sexualpräferenzen der zu begutachten-
129 den Person haben keinen Mehrwert für ein solches Gutachten und dürfen nicht gestellt
130 werden.

131 • Fragen zur Sexualität der zu begutachtenden Person müssen ebenso unterlassen wer-
132 den, da sie nichts mit dem Geschlecht der Person zu tun haben. Solche Fragen sind somit
133 überflüssig für das Gutachten.

134 • Im Gutachten dürfen keine Aussagen festgehalten werden, die sich auf das äußere Auf-
135 treten als Mann/Frau oder nicht-binäre Person beziehen. Das Aussehen und der Klei-
136 dungsstil ist unabhängig vom Geschlecht und darf daher auch in der Begutachtung keine
137 Rolle spielen oder kommentiert werden. Auch das Tragen oder Fehlen eines Bartes, von
138 Nagellack, Make Up, Schmuck etc. darf nicht im Gutachten vermerkt werden und somit
139 Einfluss auf die gerichtliche Entscheidung nehmen, da all dies unabhängig vom Ge-
140 schlecht erfolgen oder nicht erfolgen kann.

141 - Die gewünschte Anrede ist mit der antragstellenden Person abzuklären und zu allen Zeitpunk-
142 ten, auch im schriftlichen Gutachten selbst, stets zu beachten. Eine Nennung des Deadnames im
143 Gespräch sowie im Gutachten ist unnötig und diskriminierend und daher zu unterlassen.

144 - Es darf keine Wertung über den Wunsch oder das Fehlen eines Wunsches nach medizinischer
145 Transition und Maßnahmen erfolgen. Das Verlangen nach körperlicher Veränderung und Tran-
146 sition ist keine Voraussetzung für Transgeschlechtlichkeit. Es darf nicht länger sein, dass sich
147 transgeschlechtliche Personen rechtfertigen und erklären müssen, weshalb sie bestimmte Dinge
148 (besonders die möglichen Operationen betreffend) nicht wollen.

149 - Langfristiges Ziel muss sein, dass das Transsexuellengesetz abgeschafft wird und solche Gut-
150 achten entsprechend nicht mehr stattfinden!

1 Antrag Fem02: Stärkung von Frauenhäusern - Schluss mit zeitlichen Beschränkungen

2

3 Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

4 Wir fordern:

- 5 • dass in der neuen Förderungsrichtlinie für Frauenhäuser in Niedersachsen der Aufenthalt
- 6 für FINTA*-Personen nicht zeitlich eingeschränkt wird.
- 7 • dass die Kapazitäten von Frauenhäusern in Niedersachsen dem deutlich höheren Bedarf
- 8 entsprechend ausgebaut werden
- 9 • dass das Land Niedersachsen eine flächendeckende, über das jeweilige Jahr hinausge-
- 10 gehende Finanzierung für Frauenhäuser einführt, die die langfristige Planung in den Kom-
- 11 munen gewährleistet
- 12 • dass der Eigenbeitrag für den Aufenthalt im Frauenhaus abgeschafft wird (wie bereits in
- 13 Schleswig-Holstein geschehen)
- 14 • eine zügige Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Frauenhausplatz

15 Darüber hinaus fordern wir einen bedarfsorientierten Ausbau der Frauenhauskapazitäten.

16 Begründung

17 Am 31.12.2021 ist die Förderungsrichtlinie für die niedersächsischen Frauenhäuser ausgelaufen.
18 Im bisherigen Entwurf zur Richtlinien-Änderung des niedersächsischen Ministeriums für Sozia-
19 les, Gesundheit und Gleichstellung tauchte ein Richtwert von drei Monaten für den Aufenthalt
20 in einem Frauenhaus auf.

21 Wir sind der Meinung, dass ein Richtwert für den zeitlichen Aufenthalt in einer Schutzeinrich-
22 tung nichts zu suchen hat. Schutzsuchende sollten nach unserer Auffassung nicht unter Druck
23 gesetzt werden, sondern zeitlich unbegrenzt die Möglichkeit haben zu rehabilitieren. Aus diesem
24 Grund setzen wir uns für die Stärkung von Frauenhäusern ein.

1 Antrag Fem03: Niedersachsen braucht einen feministischen Feiertag - den FINTA*-
2 Kampftag

3

4 Die Landeskonzferenz der Jusos Niedersachsen möge beschließen:

- 5 • In Niedersachsen soll der 8. März, der feministische Kampftag für FINTA*, als gesetzlicher
6 Feiertag eingeführt werden.

7

8 Begründung:

9 In Berlin ist der FINTA*-Kampftag bereits ein Feiertag. Mecklenburg-Vorpommern wird nächstes
10 Jahr nachziehen. Niedersachsen sollte als nächstes folgen, denn die Einführung des FINTA*-
11 Kampftages als gesetzlicher Feiertag verschafft der Thematik eine ganz neue Aufmerksamkeit
12 und Bedeutung. Es gibt viele Gründe, warum dieser feministische Tag so wichtig ist. Ob Gender-
13 Pay-Gap, veraltete Rollenbilder, sexuelle Belästigungen und Gewalt gegenüber FINTA*, weibliche
14 Altersarmut (Erfassung bislang nur in einem binären System) oder mangelnde Repräsentanz
15 von FINTA* in Führungspositionen und der Politik: Es gibt noch viel zu viele Beispiele, warum die
16 im Grundgesetz festgeschriebene Gleichberechtigung der Geschlechter noch immer nicht er-
17 reicht ist. Patriarchale Strukturen müssen bekämpft und überwunden werden. Ein gesetzlicher
18 Feiertag würde diesem Kampf noch mehr Öffentlichkeit verschaffen. Wichtig ist aber: Letztend-
19 lich muss jeder Tag FINTA*-Kampftag sein!

1

1 Antrag Fem04: Oben-ohne-Recht für alle Menschen

2

3 Ob beim Stillen im Café oder eben im Schwimmbad – wann und wie eine weibliche Brust sicht-
4 bar sein darf oder nicht, wird immer wieder heftig diskutiert. In Göttingen dürfen seit dem 1. Mai
5 am Wochenende FINTA* und Männer* in den städtischen Schwimmbädern ohne Oberteil
6 schwimmen, Dass es in Göttingen jetzt zwei Tage gibt, an denen FINTA* ohne Oberteil schwim-
7 men gehen dürfen ist aus feministischer Sicht ein Skandal Es impliziert; Die FINTA*brust ist so
8 speziell, dass sie spezielle Tage haben muss. Das ist eine hart problematische Botschaft. Bei der
9 Debatte über die Sichtbarkeit weiblicher Brüste geht es auch immer um das weibliche Selbstbe-
10 stimmungsrecht. „Männer* haben auch Nippel und Haare auf der Brust – das sind sexuelle Merk-
11 male, dennoch müssen sie ihren Oberkörper im Schwimmbad nicht bedecken, FINTA* hingegen
12 schon. Über FINTA* wird einfach bestimmt Dieser Missstand sollte beendet werden. Wenn FINTA
13 weniger sexualisiert würden, könnten sie freier leben. Deshalb fordern wir, Geschlechtergerech-
14 tigkeit und die Entsexualisierung des weiblichen Körper Für FINTA* sollte ohne Oberteil unein-
15 geschränkt, zumindest für die Orte, an denen sich auch Männer mit nacktem Oberkörper zeigen
16 dürfen, das gleiche Recht gelten.

1 Antrag Fem05: Spielzeug hat kein Geschlecht

2

3 Als feministischer Verband stellen wir uns grundsätzlich gegen veraltete Rollenbilder und Ge-
4 schlechterklischees. Diese sind allgemein patriarchalisch und tragen somit zu Unterdrückungs-
5 mustern in unserer Gesellschaft bei. Ein Grundpfeiler, auf dem diese patriarchalische Ordnung
6 beruht, ist die Sozialisierung mit Klischees und veraltete Geschlechterrollen.

7 Spielzeughersteller*innen nutzen diese Geschlechterrollen zur Vermarktung ihrer Produkte, da
8 sie sich in unserer sexistisch sozialisierten Gesellschaft durchaus gut verkaufen. Rosa für Mäd-
9 chen und Blau für Jungs ist kein Naturgesetz, sondern ein Rollenbild, das durch Vermarktung zur
10 Ware gemacht wird.

11 Wir fordern ein Verbot von geschlechterspezifischer Spielzeugwerbung.

12 Wir wollen nicht Spielzeugprodukte verbieten, denen jemals eine Geschlechterrolle zugeordnet
13 wurde. Wir wollen erwirken, das Spielzeug künftig nicht direkt einem Geschlecht zugeordnet
14 wird. Dabei orientieren wir uns an dem spanischen Model. Die spanische Regierung hat gemein-
15 sam mit dem Dachverband der Spielzeughersteller*innen einen Katalog an Anforderungen aus-
16 gearbeitet, der in der Branche künftig eingearbeitet werden soll. Der Katalog enthält Forderun-
17 gen, denen wir uns ebenfalls anschließen. Wichtig ist zudem, auch elektronisches Spielzeug wie
18 Videospiele mit einzubeziehen.

19 Wir fordern:

- 20
- Keine gender-stereotypen Signalfarben in Spielzeugwerbungen und Verpackungen (z.B. rosa für weibliche gelesene Personen, blau für männlich gelesene)
 - Keine Werbesprüche die nur auf eine Geschlechterrolle abzielen (z.B. „Für starke Jungs“)
 - Keine Zuordnung von Berufen und Aktivitäten zu einem Geschlecht (z.B. Polizei, Feuerwehrmann*frau, Model)
 - Diverse Besetzung von Schauspieler*innen in Spielzeugwerbungen (z.B. nicht nur junge Männer auf Werbebildern für Lego Star Wars)
 - Kein Spielzeug mit sexualisierenden Rollenbildern (z.B. Barbie)
 - Kein Spielzeug mit stark gewaltverherrlichenden Rollenbildern (z.B. realistische Darstellung von Krieg)
- 21
22
23
24
25
26
27
28
29

Fi – Finanzen

1 Antrag Fi01: Befreiung der Rundfunkbeitragspflicht für Studierende und Auszubildene

2

3 Die Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen:

- 4 • Schüler*innen, Azubis, Freiwilligendienstleistende und Studierende sollen pauschal von
5 der Pflicht zur Entrichtung des Rundfunkbeitrags Gebühren befreit werden, wenn ihr Ein-
6 kommen eine definierte Grenze nicht übersteigt

7 Begründung:

8 Schüler*innen, Azubis, Freiwilligendienstleistende und Studierende sind nicht voll erwerbstätig
9 und haben nur sehr begrenzte finanzielle Möglichkeiten. Oft ist am Ende des Monats das Geld
10 knapp, oder es kommt eine unerwartete Rechnung für ein Lehrbuch rein usw.

11 Der Rundfunkbeitrag sind prinzipiell ein konstruktiver Ansatz für die Finanzierung öffentlich-
12 rechtlicher Medien, jedoch belasten diese Kosten die genannten Gruppen massiv. Bisher können
13 nur BAföG Empfänger*innen sich befreien lassen. Dies betrifft nur eine kleine Gruppe und ist mit
14 unverhältnismäßigem Aufwand verbunden. Durch die steigenden Energiepreise und Inflation
15 geraten zudem immer mehr sich in Ausbildung befindliche Menschen in finanzielle Schwierig-
16 keiten oder Notlagen. Der Erlass solcher Abgaben stellt eine starke Entlastung dar und ist gut
17 umsetzbar. Daher fordern wir die pauschale Befreiung von Schüler*innen, Azubis, Freiwilligen-
18 dienstleistende und Studierenden von der Zahlung vom Rundfunkbeitrag.

19

20 → Zusammenfassung: Aufgrund der ohnehin hohen finanziellen Belastung von Schüler*innen,
21 Azubis, Freiwilligendienstleistende und Studierenden ist ein Entfall des Rundfunkbeitrags für
22 diese hilfreich und notwendig.

1

G – Gesundheit und Pflege

1 Antrag G01: Mehr und erschwingliche Kassensitze für Psychotherapeut*innen

2

3 Die Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen:

4

- 5 1. Deckelung der Kosten für einen Kassensitz
- 6 2. Vergrößerung des Angebots verfügbarer Kassensitze in der Gesamtsumme (gemessen
- 7 am realen Bedarf, nicht am Schlüssel)
- 8 3. Beschränkung der Anzahl von Kassensitzen pro Psychotherapeut*in auf einen Sitz

9

10 Begründung:

11 Es gibt einen akuten Therapieplatz-Mangel. Patient*innen durchlaufen monatelanges Suchen
12 ohne Erfolg auf eine Behandlung bzw. einen festen Platz bei Therapeut*innen. Zum anderen ha-
13 ben jung, hervorragend ausgebildete Therapeut*innen wegen der Vorgaben der Kassenärztli-
14 chen Vereinigungen kaum Möglichkeit, einen sogenannten Vertragstherapeut*innensitz auf-
15 grund der regionalen Bedarfsermittlung und immensen Kostenbelastung zu erwerben. Laut of-
16 fizieller Zahlen gibt es eine Überversorgung von Psychotherapeut*innen, die Realität zeichnet
17 jedoch ein anderes Bild. Diese Bedarfsermittlung der Krankenkassen und Kassenärztlichen Ver-
18 einigungen über einen gesonderten Vergabeschlüssel unterscheidet sich von der real-Berech-
19 nung der Therapeut*innen. Um gesetzlich versicherte Patient*innen psychotherapeutisch be-
20 handeln zu dürfen, brauchen Therapeut*innen nicht nur die Approbation, sondern vor allem die
21 Genehmigung der Kassenärztlichen Vereinigung.

1 Antrag G02: Safer Sex 3.0 - ins 21. Jahrhundert der basismedizinischen Versorgung brin-
2 gen.
3

4 Safer Sex 3.0 ist ein relativ unbekanntes und unterbewertetes Thema im Spektrum der Präven-
5 tionsprogrammatik. Besonders unterversorgt ist diese wichtige Stütze im Kampf gegen sexuell
6 übertragbare Krankheiten in Salzgitter. Mit nur einem PrEP-Arzt im gesamten Braunschweiger
7 Land (vgl.: <https://prep.jetzt/index.php/aerzteliste>) entsteht hieraus eine besondere Problema-
8 tik für die Stadt Salzgitter und die gesamte Region. Weitere PrEP-ÄrztInnen sind erst in Hanno-
9 ver, Göttingen oder Magdeburg zu finden.

10

11 PrEP ist die Prä-Expositions-Prophylaxe gegen sexuell übertragbare Krankheiten wie HIV (Aids)
12 und Hepatitis (vgl.: https://www.iwwit.de/prep?pk_campaign=ads&pk_kwd=safensex). Sie gilt
13 als sichere Zusatzvariante oder Hauptvariante in der Vorbeugung gegen eine Ansteckung mit
14 HIV oder Hepatitis. Eine PrEP Behandlung bedeutet jedoch eine kontinuierliche Überprüfung und
15 Betreuung der Patientinnen und Patienten durch einen Arzt oder eine Ärztin. Ebenfalls überneh-
16 men PrEP-Ärzte die Versorgung von Patienten die an HIV erkrankt sind und durch eine kontinu-
17 ierliche Therapie auf ein Virenlast-Minimum gebracht werden, welches die Übertragung des HI-
18 Virus unterbindet.

19

20 Für Niedersachsen ist die Ansiedlung von PrEP-Ärzt*innen besonders wichtig, denn viele be-
21 troffene Bürger*innen, sowie Jugendliche, kennen das Angebot das Safer Sex 3.0 bietet nicht
22 oder finden in Niedersachsen hierfür keine Anlaufstelle oder Informationen. Vor allem aber vor
23 dem Hintergrund der sogenannten „Taschengeldprostitution“ und den damit verbundenen Ri-
24 siken, die bereits Jugendliche betreffen ist, es für uns absolut notwendig hier Schritte zu ergrei-
25 fen, um ein Angebot vor Ort zu schaffen, das allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich ist. Dar-
26 über hinaus ist es wichtig, dass die medizinischen Errungenschaften des 21. Jahrhunderts auch
27 in den Schulen ankommen. Hierzu benötigt es ein umfassendes Informationsangebot an Schu-
28 len. Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens umfassend zum Thema Safer
29 Sex 3.0 informiert werden und eine Anlaufstelle für eine potenzielle Therapie vor Ort haben.

30

31 Wir fordern:

- 32 • Dass sich die SPD Niedersachsen für die schnellstmögliche Initiative zur Ansiedlung von
33 PrEP-Ärzt*innen in den Kommunen einsetzt.

I – Inneres

1 Antrag I01: Einführung eines Feiertages für demokratische Wahlen

2

3 Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

4 Wir fordern einen zusätzlichen Feiertag unter der Woche, um unsere demokratischen Wahlen
5 auf allen Ebenen (Bundes-, Landtagswahlen sowie Kommunalwahlen) durchzuführen.

6 Begründung:

7 Demokratische Wahlen folgen nach unserem Verständnis der Einhaltung der fünf Grundsätze,
8 sie müssen folgende Kriterien erfüllen: allgemein, gleich, frei, geheim & unmittelbar.

9 Das Recht auf demokratische Wahlen ist ein in manchen Teilen unserer Welt noch heute schwer
10 erkämpftes und nicht gegebenes Recht, ebenso war diese auch in der jüngeren Geschichte der
11 deutschen Staaten keine Selbstverständlichkeit.

12 Um den Stellenwert unserer Demokratie zu unterstreichen, sollten wir uns an einem dafür freien
13 Tag den Wahlen widmen. Darüber hinaus könnte eine Verlegung der Wahl auf einen speziell
14 dafür geschaffenen Tag unter der Woche das Verhältnis der Bürger zur Demokratie stärken und
15 auch nicht politisch Interessierte für die Wahlen in ihrer Gesamtheit begeistern. Eventuell kann
16 man mit einem solchen Feiertag die Wahlbeteiligung besonders unter den Nichtwählern in un-
17 serer Nation erhöhen sowie auch das ehrenamtliche Engagement für die Aufgabe als Wahlhelfer
18 stärken.

19 Zur gesetzlichen Einordnung: Da laut dem Grundgesetz kein genauer Tag für unsere Wahlen
20 festgelegt ist, sondern dies nach heutiger Gesetzeslage auf andere Gesetze abgeschoben wird,
21 wäre dieses Vorhaben grundsätzlich möglich:

Bundeswahlgesetz § 16 Wahltag

Der Bundespräsident bestimmt den Tag der Hauptwahl
(Wahltag). Wahltag muß ein Sonntag oder gesetzlicher
Feiertag sein.

22

23 Die Bestimmung des Wahltags bestimmt auf Bundesebene der Bundespräsident, auf der Lan-
24 desebene die Landesregierung durch ihre Verordnung

1 Antrag I02: Errichtung eines landesweiten Friedhofsregisters

2

3 Die Jusos-Landeskonferenz möge beschließen:

4 dass das Land Niedersachsen ein digitales landesweites Friedhofsregister unter Berücksichti-
5 gung des geltenden Datenschutzes errichtet.

6 Begründung

7 Öfter als man vielleicht denkt, stehen Hinterbliebene vor der großen Herausforderung zu ermit-
8 teln, wo eine verwandte oder bekannte Person beigesetzt wurde. Der einzige Weg der ihnen
9 dann bleibt, um dies herauszufinden, ist das Telefonieren bzw. Anschreiben diverser Bestat-
10 tungsunternehmen und Friedhofsverwaltungen. Durch ein landesweites Friedhofsregister könn-
11 ten so die emotionalen niedergerungenen Hinterblieben schneller eine Antwort bekommen, wo
12 sie sich von der verstorbenen Person verabschieden können.

1 Antrag I03: Rechte Netzwerke bei der Polizei zerschlagen

2

3 Die Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen:

4

- 5 • Wir fordern eine lückenlose Aufklärung und eine tiefgreifende Aufarbeitung rassistischer, rechtsradikaler, antisemitischer oder anderer menschenverachtender Strukturen
- 6 innerhalb der niedersächsischen Sicherheitsbehörden.
- 7
- 8 • Hierzu zählt auch die (erneute) Prüfung aller rassistischen und rechtsradikalen An-
- 9 schläge, wenn an der Fallbearbeitung beteiligte Beamt*innen in Zusammenhang zu mut-
- 10 maßlichen Täter*innen stehen oder Kontakt zu etwaigen rechten Netzwerken pflegen.
- 11 • Personen, die aus den Sicherheitsbehörden mit Kontakt zu oder Engagement in rechten
- 12 Netzwerken haben, müssen nach einer disziplinarischen Prüfung umgehend aus dem öf-
- 13 fentlichen Dienst entfernt werden und ein Dienstverbot ausgesprochen bekommen.
- 14 • Die Konzeption und Umsetzung von Präventionsmaßnahmen innerhalb der Si-
- 15 cherheitsbehörden (Polizist*innen, Verfassungsschutz-Beamt*innen, Soldat*innen etc.)
- 16 sind unerlässlich. Hierzu sollen Fördermittel bereitgestellt und eine unabhängige Prüf-
- 17 stelle (Beschwerde-, Ermittlungs- und Aufsichtsbehörde) eingerichtet werden. Speziell
- 18 für das Thema geschulte Beauftragte sollen für die Bekämpfung eingesetzt werden. Zi-
- 19 vilgesellschaftliche Organisationen gegen Rechtsextremismus sollen ergänzend und
- 20 stärker mit eingebunden werden.
- 21 • Eine unabhängige Untersuchung in Form einer Studie zu strukturellem Rassismus
- 22 in deutschen Sicherheitsbehörden ist durchzuführen.
- 23 • Clankriminalität muss von der niedersächsischen Landesregierung als rassistisches Kon-
- 24 zept erkannt und aus der Polizeiarbeit gestrichen werden. Die Erstellung sog. Lagebilder
- 25 zur Clan-Kriminalität ist einzustellen. Die Anerkennung solcher rassistischen Konzepte
- 26 bestärkt rassistisch eingestellte Personen im Polizeidienst in ihrer Haltung. Errichtung
- 27 von Schutzprogrammen von Zeug*innen sowie ein finanzielles Sicherheitsnetz, wenn die
- 28 Rückkehr in den Beruf aufgrund einer möglichen Gefährdung nicht ausgeschlossen wer-
- 29 den kann.

30 Begründung:

31 Immer wieder tauchen auch in Niedersachsen Meldungen über Polizist*innen, Soldat*innen oder

32 Mitarbeiter*innen des Verfassungsschutzes auf, die gegen das Gesetz verstoßen und Waffen,

33 Nazi-Uniformen und Devotionalien aus dem Zweiten Weltkrieg besitzen oder enge Kontakte zu

34 rechtsradialen Personen und Netzwerken pflegen. Aber damit nicht genug: Auch die Beteiligung

35 an Chat-Gruppen/Foren, das Teilen oder bewusste Partizipieren rassistischer Darstellungen so-

36 wie Bezügen zum nationalsozialistischen Regime sind höchst problematisch.

37 Ein prominentes, recht aktuelles Beispiel: Eine Polizeikommissarin bei der Hundestaffel in Han-

38 nover gibt in den sozialen Medien Einblicke nicht nur Einblicke in ihre berufliche Praxis und den

39 Umgang mit Schutzhunden, sondern teilt auch private Urlaubsfotos mit ihrem Lebensgefährten

40 und dem Privathund “Bronson”, der nach einer italienischen Neonazi-Band benannt wurde. Laut
41 Recherchen des “Recherche Kollektivs Ostwestfalen” ist der Lebensgefährte der Polizeikommissarin
42 seit über 10 Jahren in der rechtsradikalen Szene aktiv und wurde wegen gemeinschaftlicher
43 Sachbeschädigung zu einer Geldstrafe verurteilt, nachdem dieser mit “Kameraden” eine alter-
44 native Kneipe gestürmt und Personen verletzt hatte, um ihnen einen “Denkzettel” zu verpassen.

45 “NSU 2.0” oder das rechtsradikale “Hannibal”-Netzwerk sind nur die Spitze des Eisbergs, wenn
46 der öffentliche Dienst von rassistischen, antisemitischen, rechtsextremen oder sonstigen men-
47 schenfeindlichen Haltungen auch strukturell unterwandert ist oder es Personen gibt, die solche
48 Missstände decken und somit legitimieren.

49 Wir müssen alle Kräfte dafür aufwenden, die Demokratie versenden Kräfte zu stoppen und die
50 womöglich gewaltbereiten Täter*innen aus dem öffentlichen Dienst entfernen.

1 Antrag I04: Niedersachsen einen angemessenen Slogan geben

2

3 Die Landeskonzferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen:

- 4 • Klar. Niedersachsen braucht einen ordentlichen und angemessenen Slogan.

5 Begründung:

6 Niedersachsen hat einen besseren Slogan als „Klar.“ verdient. Damit nicht erneut tausende Euro
7 in die Entwicklung gesteckt werden müssen hier ein paar Vorschläge:

8

- 9 • Weil.
- 10 • Ein gutes Ross springt nur so hoch es muss.
- 11 • Elektrisierender denn je.
- 12 • Watt'n Land.
- 13 • Netter als BaWü.
- 14 • Der bessere Norden.
- 15 • Sturmfest und Erdverwachsen.
- 16 • Zu geil für dumme Sprüche.
- 17 • Lieber weilen als Södern.

18

19 → Zusammenfassung: Niedersachsen erwartet einen neuen Slogan!

1 Antrag I05: Wir haben Platz!

2

3 Die Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen:

- 4 • Die Landesregierung möge Niedersachsen zu einem “Sicheren Hafen” für alle Menschen
5 entwickeln. Einen sicheren Hafen verstehen wir als einen Ort der Aufnahme und des An-
6 kommens für schutzsuchende Menschen. Sie möge Teilhabe, Sicherheit sowie ein men-
7 schenwürdiges Leben für alle Menschen schaffen, die in Niedersachsen leben.
- 8 • Niedersachsen möge sich bereit erklären, entsprechend der eigenen Kapazitäten mög-
9 lichst viele Geflüchtete, egal welcher Herkunft, aufzunehmen und den Zugang zu einem
10 fairen Asylverfahren gewährleisten.
- 11 • Niedersachsen möge sich im Bundesrat für sichere Fluchtrouten einsetzen.

12 Begründung:

13 Wir haben Platz. Wir haben Platz für die Menschen, die vor Krieg, Verfolgung, Folgen der Klima-
14 krise und Unterdrückung geflohen sind. Wir müssen diesen Menschen Zuflucht gewähren. Wir
15 tun dies gerne und mit offenen Armen, denn wir handeln aus der tiefen Überzeugung von Gleich-
16 wertigkeit der Menschen und der Humanität als Prämisse. Kein Mensch ist illegal.

17

18 Noch immer gibt es keine sicheren Fluchtwege, das Mittelmeer ist ein Massengrab und auf der
19 sogenannten “Balkanroute” werden Menschen wie Tiere behandelt und ihre Würde wird ihnen
20 an dem Stacheldraht der EU-Außengrenzen genommen. Ein Zustand, welcher nicht länger trag-
21 bar ist, welcher eine Schande für Europa ist und welchen es unmittelbar zu beenden gilt. Deshalb
22 muss auch Niedersachsen seinen Teil dazu beitragen, diese humanitäre Katastrophe zu beenden
23 und “Sicherer Hafen” für Geflüchtete zu sein und sich einzusetzen für sichere Fluchtwege. Wir
24 haben die Ressourcen für die Aufnahme dieser Menschen und wir sollten sie nutzen, um zu zei-
25 gen: Niedersachsen ist Burg und Wehr für die Verteidigung der Menschenrechte!

1

2 Antrag I06: Sicherstellung der Einsatzfähigkeit der Feuerwehren

3

4 Seit Jahren sammeln sich die Probleme bei den deutschen Feuerwehren. Es mangelt an vielen
5 Stellen, immer häufiger ist die Einsatzfähigkeit, besonders bei freiwilligen Feuerwehren, nicht
6 mehr sichergestellt. Immer mehr Feuerwehren leiden unter Personalmangel. Viele ältere Kame-
7 rad*innen verlieren ihre Einsatzbereitschaft, weil sie die Altersgrenze von 63 Jahren überschrei-
8 ten. Gleichzeitig kommen nicht genügend junge Menschen nach. Durch die Coronakrise haben
9 sich die Nachwuchsprobleme noch einmal verschärft. Anfang der 2000er Jahre gab es noch fast
10 1.100.000 freiwillige Feuerwehrleute inzwischen sind es nur noch ca. 995.000, 95% davon sind
11 ehrenamtlich bei freiwilligen Feuerwehren. Außerdem mangelt es auch zeitgemäßer Ausrüs-
12 tung. Viele Feuerwehren sind nicht mehr so ausgerüstet, dass sie ihren Aufgaben vollständig
13 nachkommen können. Sie leiden unter veralteter Technik und unzeitgemäßen Gerätehäusern.
14 Diese Probleme äußern sich besonders stark in Ostdeutschland, wo die Feuerwehrfahrzeuge
15 häufig noch aus der ehemaligen DDR stammen und die Feuerwehrgerätehäuser zu klein für
16 Fahrzeuge und Einsatzkräfte sind.

17 Deswegen brauchen wir jetzt ein Feuerwehrsofortprogramm, um die Feuerwehren für ihre ge-
18 genwärtigen und zukünftigen Aufgaben zu wappnen. Die Schuldenbremse und die schlechte fi-
19 nanzielle Lage vieler Kommunen haben verhindert, dass die Feuerwehren ausreichend finanziert
20 wurden. Nur mit massiven Investitionen können wir sicherstellen, dass die Feuerwehren die All-
21 gemeinheit gut vor Bränden und Katastrophen schützen kann.

22 Schnelle finanzielle Unterstützung für die Kommunen, um allen Feuerwehren zeitgemäße Gerä-
23 tehäuser, Einsatzfahrzeuge sowie technische und persönliche Ausrüstung zu bieten

24 Stärkere Förderung für ehrenamtliche Feuerwehrleute

25 Sicherstellung guter Aus- und Fortbildung bei den freiwilligen Feuerwehren

26 Gemeinsame sowie einige Einzelumkleiden

1 Antrag I07: Stellenausbau der Betroffenenberatung Niedersachsen

2

3 Rechte Gewalt ist leider heutzutage eine bittere Realität in unserem Lebensumfeld. So auch im
4 Bezirk Braunschweig. Dort, wo rechte Gruppen und Kleinstparteien präsent sind und versuchen
5 sie ihr rassistisches Gedankengut und ihre antisemitische Weltanschauung zu verbreiten, bleibt
6 es bedauerlicherweise nicht aus, dass Menschen, die sich gegen jene Gruppen und Kleinstpar-
7 teien richten und sich in Bündnissen, Organisationen und Parteien engagieren, Opfern von rech-
8 ter Gewalt werden. Dies kann auf eine sehr vielfältige Art und Weise geschehen.

9 Sei es, dass Menschen beleidigt, bedrängt, eingeschüchtert oder sogar zu Opfern physischer Ge-
10 walt werden. Es bleiben immer Menschen übrig, die als geschädigte Personen aus der Tat her-
11 vorgehen.

12 Um diese Personen nach solch einem Vorfall zu unterstützen, gibt es die Betroffenenberatung
13 Niedersachsen, welche eine Beratung und psychische Unterstützung bei Übergriffen für Be-
14 troffene anbietet. Außerdem informiert sie über die rechtlichen Möglichkeiten, die die jeweili-
15 gen Betroffenen haben, um gegen solch eine Tat vorzugehen. Des Weiteren helfen sie den Ge-
16 schädigten während der Gerichtsverhandlung, wenn es zu einer Anklage kommt, in Form einer
17 Prozessbegleitung und unterstützen die Opfer Wege zu finden, den Prozess zu finanzieren.
18 Selbstverständlich ist das Angebot kostenlos.

19

20 Um das dringend nötige Angebot der Betroffenenberatung in Niedersachsen zu unterstützen,
21 fordern wir deshalb:

22 einen Stellenausbau der Betroffenenberatung, um zu gewährleisten, dass zu jederzeit die Bera-
23 tung von Betroffenen sichergestellt ist.

1

1 Q - Queer Politik

2 Antrag Q01: Queeres Leben in Niedersachsen schützen!

3

4 Im Durchschnitt werden in Deutschland täglich drei registrierte Fälle von queerfeindlicher Hass-
5 kriminalität begangen. Wir dürfen nicht zulassen, dass queeren Menschen wegen ihrer sexuel-
6 len Orientierung oder geschlechtlichen Identität, Gewalt angetan wird, sie beleidigt oder diskri-
7 miniert werden. In Niedersachsen dürfen die Menschen nicht nur schwul, lesbisch, bisexuell, in-
8 ter- oder transgeschlechtlich sein, sondern sie können dies auch leben. Straftaten werden kon-
9 sequent verfolgt und Polizisten und Polizistinnen in dem Bereich geschult. Zur Unterstützung
10 von Beratungsangeboten für queere Menschen stellt Niedersachsen im Jahr 2022 440.000 Euro
11 zur Verfügung. Es ist begrüßenswert, dass die Landesregierung und die Institutionen eine klare
12 Absicht öffentlich propagieren, dass sie jede Form von Gewalt und/oder Hasskriminalität gegen-
13 über queeren Menschen ablehnen. Aber damit ist es nicht getan.

14

15 Rassismus, Ableismus sowie Hetero- und Cisnormativität stellen grundlegende Elemente eines
16 Patriarchats dar, welches sich im Kontext der modernen, kapitalistischen nationalstaatlichen
17 Ordnung des Globalen Nordens formiert hat. Dies auszublenden, macht die vielgestaltigen For-
18 men von Gewalt gegen QTBIPOC (queer trans Black Indigenous People of Color) unsichtbar. Un-
19 sere Kritik beschränkt sich aber nicht nur darauf, sichtbar zu machen, dass unterschiedlich posi-
20 tionierte Individuen unter patriarchaler Gewalt leiden.

21

22 Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt sollen im gesellschaftlichen Alltag, im politischen und im
23 Verwaltungshandeln sichtbar gemacht werden. Wir sind der Auffassung, dass man das am bes-
24 ten erreicht indem man:

25

26 1) Awareness an Schulen schaffen, durch:

- 27 • Die Ausweitung des fächerübergreifenden Aufklärungsunterrichts. Dieser muss Themen,
28 die ein Verständnis eines nicht-binären Geschlechtersystems und ein Bewusstsein für
29 verschiedene sexuelle Orientierungen miteinschließen.
- 30 • Das Durchführen von Aktionen gegen Queer- und Transfeindlichkeit an Schulen in Ko-
31 operation zwischen Schulen, Vereinen, Verbänden und politischen Akteur*innen
- 32 • Sensibilisierung und Schulungen von Lehr- und Schulpersonal für das Thema.

33 2) Gesellschaftliches Engagement

- 34 • Es braucht eine*n Queer und Vielfalt-Beauftragte*n in der Landesregierung
35 • Wir fordern, dass die niedersächsischen Behörden und Institutionen nicht nur Lippenbe-
36 kenntnisse zu queerer Vielfalt in Niedersachsen abgeben, sondern die Sichtbarkeit auch
37 aktiv vorantreiben. Durch Sichtbarkeit, Sensibilisierungseminare oder auch indem man
38 aktive Offenheit bezüglich queeren Lebens signalisiert, steigt die öffentliche Akzeptanz
39 und das interne Verständnis in Behörden und Institutionen. Um Konflikten und Diskrimi-
40 nierungen vorzubeugen, werden Fortbildungen für Personalverantwortliche, Beschäftig-
41 tenvertretungen, Führungskräfte, Fachvorgesetzte und Kolleg*innen zum Ablauf und
42 Umgang mit einer Angleichung bzw. Anerkennung des Geschlechts angeboten oder es
43 wird die Möglichkeit zur Fortbildung eingeräumt. Es sind geeignete Maßnahmen zu tref-
44 fen, um die berechtigten Wünsche von Kolleg*innen nach Informationen angemessen zu
45 beantworten.
- 46 • Die jüngsten Entwicklungen, die Zunahme von Hass und Hetze im Internet und auf der
47 Straße zeigen, dass es keinen Stillstand gibt, sondern v.a. Akzeptanz immer neu und mit
48 jeder Generation wiedererrungen werden muss, in erster Linie durch die Protagonist*in-
49 nen selbst. Die Institutionen unseres Landes müssen auf die Straße gehen, um beispiels-
50 weise auf CSDs oder Pride Paraden zu zeigen, dass sie die Belange der queeren Commu-
51 nity unterstützen.
- 52 • Wir müssen die Marginalisierung von Trans*- und Inter*-Personen endlich beenden: Die-
53 sen Menschen und ihren Schicksalen muss zu Sichtbarkeit und gesellschaftlicher Akzep-
54 tanz verholfen werden. Hierzu braucht es schulische und außerschulische Bildungsange-
55 bote
- 56 • die Schaffung von mehr Hilfs- und Beratungsmöglichkeiten für Betroffene (Homosexu-
57 elle, Inter*- und Trans*-Personen) und Angehörige
- 58 • mehr Forschungsarbeit zur Wirkung von Hormonbehandlungen und zur Verbesserung
59 von geschlechtsangleichenden Operationen
- 60 • eine verlängerte Aufbewahrung der Akten über die medizinischen Eingriffe und die Si-
61 cherstellung der Zugänglichkeit für die betroffene Person
- 62 • die Aufnahme von Schutz vor Diskriminierung aufgrund von geschlechtlicher Identität
63 und sexueller Orientierung in Artikel 3 (3) Grundgesetz
- 64 • gendergerechte Sprache mit * in allen digitalen und analogen Veröffentlichungen sowie
65 dem allgemeinen Internetauftritt aller Niedersachsen Behörden
- 66 • die Öffnung öffentlicher Toiletten, weg von der Unterscheidung zwischen Männern und
67 Frauen, hin zu Toiletten für alle.

68 3) Verbandsintern mehr Awareness schaffen

- 69 • Selbstverpflichtung zu Seminaren zum Thema Queerpolitik

- 70
- 71
- 72
- 73
- 74
- 75
- 76
- 77
- Die Vernetzung von queeren Menschen im Verband vorantreiben, indem wir - wo möglich - es schaffen, queere Menschen im Verband auf Präsenzseminaren zu vernetzen und einen „safe-space“ aufzubauen.
 - Der Verband ist ganz entscheidend auf die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen LGBTQI*-Gruppen angewiesen. Daher müssen wir uns als Jusos Niedersachsen stets bemühen, bezüglich dieser Thematiken präsent und aware zu sein.
 - Wir begreifen uns auch als queerer Interessenverband, der sich verbandsintern immer für das Wohl queerer Menschen einsetzt.

78

79 Begründung:

80 Uns ist bewusst, dass Menschen, die nicht heteronormativen Vorstellungen und der Logik eines
81 binären Geschlechtersystems entsprechen, nicht sicher sind. Hasskriminalität gegenüber quee-
82 ren und trans Menschen findet beinahe täglich statt. Noch immer leben wir in einer Gesell-
83 schaft, in der viele Menschen in ihrem Alltag mit verschiedensten Formen von Diskriminierung
84 konfrontiert sind. Diesem Hass, der Gewalt und dem gefährlichen Umgang miteinander, wollen
85 und müssen wir etwas entgegensetzen. Es ist eine Realität, dass gerade in den letzten fünf Jah-
86 ren die Straf- und Gewalttaten gegenüber QTBIPOC nochmal deutlich angestiegen sind. Diese
87 Realität schockiert und fordert uns nochmal mehr zum Handeln auf.

88

89 Vor allem im Bildungsbereich müssen schon junge Menschen frühzeitig darüber aufgeklärt wer-
90 den, was geschlechtliche und sexuelle Vielfalt bedeutet. Nur wenn dieses Bewusstsein besteht,
91 kann verhindert werden, dass die in der Gesellschaft bestehenden Vorurteile weitergetragen
92 werden und die daraus resultierende Stigmatisierung fortbesteht. Diese notwendige Aufklärung
93 soll durch mehr fächerübergreifenden Aufklärungsunterricht an allen Niedersächsischen Schu-
94 len, Aktionen gegen Queer- und Transfeindlichkeit und thematischen Schulungen für Lehr- und
95 Schulpersonal, erreicht werden.

96

97 Queer- und Transfeindlichkeit ist aber vor allem ein Problem, welches im hier und jetzt fest in
98 der Gesellschaft verankert ist. Neben vielfältigen Maßnahmen im Bildungsbereich, braucht es
99 auch Maßnahmen, welche alle Menschen berühren. In Niedersachsen soll es hierfür eine*n
100 Queer und Vielfalt-Beauftragte*n in der Landesregierung geben. Diese Person soll auf Landes-
101 ebene ihren Fokus darauf legen, dass in den Behörden des Landes strukturell darauf hingewirkt
102 wird, dass Vorgängen, Mechanismen und Abläufen, welche queere und trans Menschen diskri-
103 minieren, entgegengewirkt wird. Ebenso muss sich zwingend dafür eingesetzt werden, dass die
104 Schaffung von mehr Hilfs- und Beratungsmöglichkeiten für Betroffene (Homosexuelle, Inter*-

105 und Trans*-Personen) und Angehörige deutlich vorgebracht wird. Auch soll dafür gesorgt wer-
106 den, dass mehr Repräsentanz des Landes auf CSDs und Pride Paraden gegeben ist, damit deutlich
107 wird, dass für Toleranz eingestanden wird und auch eine öffentliche Solidarisierung mit der
108 Community stattfindet. Darüber hinaus ist es notwendig, dass die Aufnahme des Schutzes vor
109 Diskriminierung, aufgrund von geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung, in Artikel
110 3 (3) Grundgesetz aufgenommen wird. Dafür soll sich die Niedersächsische Landesregierung auf
111 Bundesebene einsetzen.

112 Um im öffentlichen Raum diskriminierende Barrieren abzubauen, wollen wir bei öffentlichen
113 Toiletten davon wegkommen, zwischen Männern und Frauen zu entscheiden, sondern fordern
114 Toiletten für alle ein.

115

116 Als Jusos Niedersachsen werden wir ebenfalls unseren Beitrag leisten und aktiv gegen Queer-
117 und Transfeindlichkeit ankämpfen. Daher werden wir uns selbst dazu verpflichten, Seminare
118 zum Thema Queerpolitik anzubieten. So wollen wir gewährleisten, dass wir im Verband bewusst
119 mit diesen Themen umgehen und sensibel im Umgang mit diesen sind. Ebenso wollen wir
120 queere Menschen bei uns im Verband miteinander vernetzen, damit wir von und miteinander
121 lernen können. Auch unseren Austausch und die Zusammenarbeit zivilgesellschaftlichen
122 LGBTQI*-Gruppen werden wir fortsetzen und intensivieren. Wegen unseres Selbstverständnis-
123 ses als queerer Interessenverband werden wir auch in Zukunft eine starke und laute Stimme für
124 queere Menschen in Niedersachsen sein.

1 Antrag Q02: Queeres Leben in Niedersachsen fördern – Schwule Sau retten

2

3 Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

4 Wir fordern die Einrichtung eines eigenen Fördergeldtopfes mit ausreichend Mitteln um die
5 Gründung, das Betreiben und die Sanierung von Orten queeren Lebens in Niedersachsen zu
6 unterstützen.

7

8 **Begründung**

9 Seit mehr als 30 Jahren ist das queere Kultur- und Veranstaltungszentrum „Schwule Sau“ ein
10 fester Bestandteil von Hannovers Nordstadt und ein wichtiger Anlaufpunkt für queere Men-
11 schen in Hannover und darüber hinaus. Doch durch hohe Sanierungskosten und einen Streit um
12 Zuständigkeiten droht dem Projekt das Aus.

13 Deshalb fordern wir, dass die SPD Niedersachsen sich mit Hinblick auf die anstehende Legislatur
14 darum bemüht, dass ein entsprechender Fördergeldtopf entsteht. Orte wie die „Schwule Sau“
15 sind für queere Menschen wichtige sichere Räume, in denen sie sich ungestört und ohne Angst
16 entfalten und vernetzen können. Der Erhalt dieser Orte ist daher immens wichtig, Neugründun-
17 gen solcher Orte (insbesondere Ehrenamtlicher) fördern Kultur, Vielfalt und Austausch.

18 Wenn Niedersachsen bunt sein und Vielfalt leben möchte, müssen Orte wie die „Schwule Sau“
19 in Hannover erhalten bleiben und es müssen noch viele weitere Orte wie sie entstehen.

1

S – Soziales

1 Antrag S01: Notlage anerkennen und Entlastung schaffen - Tafeln durch Unterstützung 2 vom Land Niedersachsen gut durch die Krise bringen

3

4 Die Tafeln in Niedersachsen sind von der aktuellen Situation, rund um den russischen Angriffs-
5 krieg in der Ukraine, besonders betroffen und helfen in einer sozial sehr angespannten Situation
6 für viele Menschen Entlastungen zu schaffen. Wir fordern, dass die Tafeln für ihre wichtige eh-
7 renamtliche Arbeit mehr Wertschätzung und auch finanzielle Unterstützung erhalten. In Zeiten
8 steigender Preise für Öl, Gas und Strom, aber auch für Mieten und Lebensmittel, sind die Tafeln
9 als unterstützende Institutionen für Menschen mit geringem Einkommen wichtiger denn je und
10 brauchen zum Fortsetzen ihrer Arbeit eine konkrete Förderungsperspektive.

11

12 Daher fordern wir konkret:

13

14 Logistik

- 15 • Unterstützung beim Aufbau eines landesweiten logistischen Netzwerks für die Tafeln in
16 Niedersachsen
- 17 • Einrichtung von Zentral- bzw. Verteillagern, zur vermehrten Annahme und Abgabe von
18 Lebensmittelspenden
- 19 • Finanzielle Unterstützung des Landes Niedersachsen zur Miete von geeigneten Räum-
20 lichkeiten, die Anschaffung von Kühlzellen, die Einstellung von Personal und anderen
21 notwendigen Ausgaben

22 Ehrenamt

- 23 • Entlastungen und mehr Wertschätzung für das Ehrenamt
- 24 • Mehr staatlich finanzierte Fortbildungen, gerade im Themenfeld der gewaltfreien Kom-
25 munikation, für die Ehrenamtlichen der Tafel
- 26 • Die Schaffung nachhaltiger und personen-unabhängiger Strukturen politischer Mitge-
27 staltung für die Tafeln Niedersachsens
- 28 • Eine überarbeitete und unbürokratische Vergabe der Ehrenamtskarte, die Vergünstigun-
29 gen in öffentlichen Einrichtungen und bei privaten Anbietern ermöglicht
- 30 • Unterstützung der Ehrenamtlichen durch Stellen für Hauptamtliche, welche vom Land
31 finanziert werden

32 Mobilität

- 33 • Unterstützung bei dem Umstieg auf E-Mobilität für die Tafeln Niedersachsen

- 34
- Unterstützung bei der Anbindung sämtlicher Tafeln in Niedersachsen an die E-Ladeinfrastruktur
- 35
- Kostenfreie oder mindestens kostengünstige ÖPNV-Tickets für alle Freiwilligen, die in
- 36
- Freiwilligendiensten in Deutschland tätig sind
- 37

38

39 Begründung:

40 Die aktuelle Situation, resultierend aus dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine, bringt viele
41 Menschen in eine extrem schwierige finanzielle Situation. Steigende Preise für Strom und Gas,
42 aber auch die hohe Inflation, welche sich auf Lebenshaltungskosten in allen möglichen Berei-
43 chen auswirkt, treffen gerade Menschen mit geringem und niedrigem Einkommen besonders.

44 Die Tafeln in ganz Deutschland sind grundsätzlich, aber auch in der aktuellen Situation nochmal
45 ganz besonders, eine wichtige Institution und Anlaufstelle. Ohne die Tafeln und ihre diversen
46 ehrenamtlich engagierten Helfer*innen, würden täglich tausende Menschen in ganz Deutsch-
47 land und auch bei uns in Niedersachsen keinen Zugang zu Nahrungsmittel haben. Dieses Enga-
48 gement und der wichtige gesellschaftliche Beitrag, der durch die Tafeln geleistet wird, verdient
49 unsere Anerkennung!

50 Es darf aber nicht nur bei dieser Anerkennung bleiben. Durch finanzielle Unterstützung, welche
51 durch das Land Niedersachsen geleistet werden soll, sollen die Tafeln fit für die Zukunft gemacht
52 werden. Hier ist vor allem wichtig, dass die Transportmittel der niedersächsischen Tafeln im Kon-
53 text der Elektromobilität aufgerüstet werden und auch eine flächendeckender Anschluss an die
54 Ladeinfrastruktur stattfindet. Ebenfalls soll die logistische Infrastruktur der Tafeln deutlich er-
55 weitert werden, sodass auch eine Lagerung von Lebensmitteln über einen längeren Zeitraum
56 möglich ist und die Tafeln so die Möglichkeit bekommen, auch Spenden in größeren Mengen
57 anzunehmen. Durch eine verbesserte logistische Anbindung könnten die Tafeln auch unterei-
58 nander und dementsprechend nach Bedarf, Lebensmittel und andere Bedarfsgüter austauschen.

59 Um das ehrenamtliche Engagement für viele Menschen, auch bei den Tafeln, noch attraktiver
60 machen zu können, wollen wir eine überarbeitete und unbürokratische Vergabe der Ehrenamts-
61 karte, die Vergünstigungen in öffentlichen Einrichtungen und bei privaten Anbietern ermöglicht.
62 Für Menschen jeden Alters, die sich für ein Engagement entscheiden möchten, kann so der An-
63 reiz nochmal erhöht werden. Trotzdem müssen die Ehrenamtlichen bei der Tafel auch durch
64 Hauptamtliche Menschen entlastet werden, deren Stellen entsprechend durch das Land Nieder-
65 sachsen finanziert werden.

66 Durch diese Vielzahl an verschiedenen Ansätzen kann den Tafeln konkret geholfen werden und
67 lässt ihnen entsprechend auch die Unterstützung zukommen, die sie verdienen.

U – Umwelt

1 Antrag U01: Keine Zerstörung von Neuwaren bei Online-Händlern

2

3 Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

4 Stärkung der Kontrollen und härtere Bestrafung bei Umgehung von Gesetzen der Produktver-
5 antwortung (z.B. §23 Abs 2 Nr.11) und Strafe für systematische Überproduktion. Online-Händler
6 muss dem Dritthändler unbeschädigte Aufbewahrung garantieren, bis dieser eine andere Lö-
7 sung gefunden hat. Dritthändler muss sich um Lösung bemühen und bekommt Wahl, ob die
8 Ware gespendet oder anders weiterverkauft wird.

9 Begründung:

10 Die Zerstörung von Neuware bei Online-Händlern muss stärker ins Visier genommen werden:
11 Bei Händler wie Amazon und Co. Spielt nicht die Nachhaltigkeit oder die Umwelt eine Rolle, son-
12 dern Warenvernichtung und Überproduktion: Greenpeace hatte im Jahr 2021 einen Rechercheur
13 in das Amazon-Logistikzentrum in Winsen eingeschleust, welcher mehrere Wochen gearbeitet
14 und die Vorfälle mit Videoaufnahmen dokumentiert hat:

15 Der Online-Händler lässt weiter neuwertige Ware vernichten!

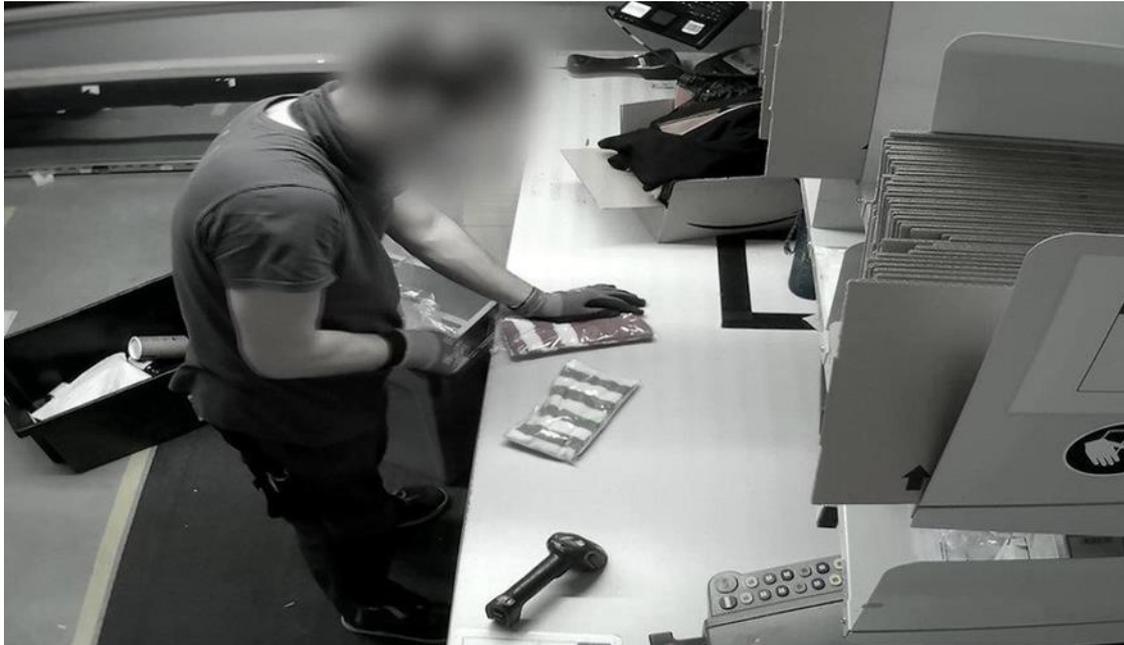
16 In den „Destroy-Stationen“ holen die Beschäftigten originalverpackte Ware aus der Verpackung
17 und sortieren die Produkte in die jeweiligen Müllcontainer. Die Neuware wird mehrmals im Mo-
18 nat abgeholt und zu einem Entsorgungsunternehmen gebracht, dort wird diese verbrannt oder
19 weiterverarbeitet.

20 Vernichtet werden aber nicht nur Retoureartikel, sondern vor allem nicht verkaufte Ware von
21 Dritthändlern, welche über Amazon verkaufen. Amazon bietet ihnen gegen eine geringe Gebühr
22 die Entsorgung der Neuware an, sollten die gelagerten Waren über einen bestimmten Zeitraum
23 hinweg nicht verkauft wurden. Ansonsten fallen drastisch hohe Langzeitlagergebühren an.

24 Die öffentlich zugängliche Preisliste von Amazon für Dritthändler, von April 2021, belegt dies:

25 „Die Langzeitlagergebühr wird nicht berechnet, wenn vor der Erhebung der Gebühr eine Entfer-
26 nung oder Entsorgung der Einheiten angefordert wurde.“

27 Im vergangenen Jahr kam es im Logistikzentrum in Winsen zu einem besonderen Vorfall: Neu-
28 ware soll dort mit einer Schere zerstört worden sein - offenbar, damit man sie im Geiste des
29 neuen Gesetzes legal entsorgen konnte, als beschädigte Altware. Amazon dementiert diese per-
30 fiden Trick, die geltenden Gesetze zu missachten, auf Anfrage nicht.



31

32 Das Verbot der Zerstörung von Neuware muss aufgrund unserer Pflicht gegenüber der Nachhaltig-
33 keit und des Umweltaspekts auch kleine und mittelständische Händler in die Verantwortung
34 ziehen. Allerdings trifft die Zerstörung von Neuware fast ausschließlich auf die großen Online-
35 Händler zu, bei denen Überproduktion und Warenvernichtung wie in dieser

36 Begründung belegt, Teil des perfiden Geschäftsmodells ist.

1 Antrag U02: Höchste Priorität für Klimagerechtigkeit in Niedersachsen

2

3 Die Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen:

- 4 • Die Klimakrise muss als akute Krise behandelt werden.
5 • Sozial gerechte, global ausgerichtete Klimapolitik ist machbar und muss daher oberste
6 Priorität bei der Arbeit der Landesregierung haben.

7 Begründung:

8 Die Klimakrise ist die größte lokale, wie auch globale Herausforderung unserer Zeit. Mit unserem
9 heutigen Handeln entscheiden wir über die Zukunft der Menschheit.

10 Während wir in Deutschland durch unseren massiven Ausstoß von Treibhausgasen erheblich zur
11 Erwärmung des Klimas beitragen, bekommen wir als Teil des globalen Nordens und Bürger*in-
12 nen eines Industriestaates die Folgen des menschengemachten Klimawandels bislang kaum zu
13 spüren. In anderen Regionen hingegen, insbesondere dem globalen Süden, leben Menschen kli-
14 mabedingt in existenz- und lebensbedrohlichen Zuständen oder müssen vor diesen fliehen. Al-
15 lein die finanziellen Schäden durch Folgen des Nichthandelns werden bereits jetzt auf bis zu 62
16 Milliarden Euro bis 2030 geschätzt – und das lediglich für Deutschland. Die Klimakrise wird je-
17 doch nicht nur Geld, sondern auch unzählige Leben kosten, wenn wir nicht unverzüglich han-
18 deln.

19 Aus diesen Gründen fordern wir nachdrücklich, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, die zu
20 einem grundlegenden Strukturumbuch im Sinne der Klimagerechtigkeit führen. Dabei ist es es-
21 sentiell wichtig, dass diese Maßnahmen nicht zu Lasten der ohnehin stärker Betroffenen, insbe-
22 sondere von Menschen im ländlichen Raum und finanziell schwächer Gestellten, umgesetzt wer-
23 den, sondern zu einer sozial gerechten Zukunft aktiv beitragen. Nur so sind Klimaschutzmaß-
24 nahmen tragfähig und zukunftstauglich.

25

26 Ab sofort muss das 1,5°C-Ziel der Maßstab für die Umsetzung konsequenten Klimaschutzes sein.

27 → Zusammenfassung: Die Klimakrise ist akut, daher müssen wir mehr Tempo beim Klimaschutz
28 machen, um das 1,5 Grad Ziel zu erreichen. Unser gesamtes politisches Handeln müssen wir auf
29 intersektionelle Klimagerechtigkeit ausrichten.

1 Antrag U03: Moor for climate

2

3 Die Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen:

- 4 • Auferlegung eines Sofortprogramms zum Schutz und zur Aktivierung der Niedersächsi-
5 schen Moore.

6 Begründung:

7 Wir fordern einen ganzheitlichen akteursbasierten Ansatz beim Programm der niedersächsi-
8 schen Moorschutzstrategie.

9

10 Das Land Niedersachsen muss auf der europäischen Ebene aktiv werden und in Abstimmung
11 ihrer moorreichen Landkreise Modellregionen für Wiedervernässungs- und Flurbereinigungsver-
12 fahren ausweisen und die dementsprechenden Fördergelder proaktiv beantragen.

13

14 Das Land Niedersachsen soll noch in dieser Legislatur ein Wasserstandsmanagementkonzept als
15 Grundlage für die Lokalisation geeigneter Potentialräume aufstellen.

16

17 Moorwiedervernässung ist ein emotionales Thema, deshalb fordern wir ähnlich wie beim nie-
18 dersächsischen Weg in der Umsetzungs- und Planungsphase der Maßnahmen gemeinsam mit
19 dem Landvolk, Landwirt*innen, Naturschützer*innen, Behörden und Anlieger*innen lokale Akti-
20 onsgruppen zu bilden.

21

22 Auf wiedervernässten Flächen sollen landwirtschaftliche Aktivitäten weiterhin möglich sein,
23 wenn diese mit den Zielen des NklimaGs vereinbar sind. So soll Moorgrasaufwuchsverwertung
24 und spezifische Formen der Viehaufzucht so wie anschließende Institutionen neu entstehender
25 Wertschöpfungsketten auch durch Förderprogramme gefördert werden.

26

27 Quelle:[https://www.nabu.de/natur-und-landschaft/moore/moore-und-klimawan-
del/13340.html](https://www.nabu.de/natur-und-landschaft/moore/moore-und-klimawan-
28 del/13340.html)

1

1 Antrag U04: Die Kläranlage und ihr exorbitantes Potential für den Umweltschutz

2

3 Reduzierung der Treibhausgasemission:

4 Kläranlagen und die Schlammbehandlung der anfallen Biomasse sind im Hinblick auf die Klärei-
5 genschaft und die reine Säuberung des Schmutzwassers in den letzten Jahrzehnten wahnsinnig
6 effektiv geworden. Das hat im besonderen Maße damit zu tun, dass die Grenzwerte und die ein-
7 zuhaltenden Restkonzentrationen der Verschmutzung (CSB, Phosphor und Stickstoff) immer
8 wieder angezogen und verschärft werden.

9 Kläranlagen sind, wenn eine Schlammbehandlung vorgenommen wird, kleine Biomasse-Kraft-
10 werke. Durch die Behandlung der Biomasse kann Biogas erzeugt werden, welches im Kreislauf-
11 prozess meist nicht alles, aber einen großen Teil der anfallenden Energie der Kläranlage deckt
12 (Ausnahme Hamburg: Dort wird deutlich mehr Energie erzeugt als benötigt).

13 Diese Kreislaufwirkung im Bereich der Energieversorgung lässt eine Kläranlage oft bei den indi-
14 rekten Treibhausgasimmissionen (Treibhausgase die je nach Energiemix für die Energieversor-
15 gung der Kläranlage ausgestoßen werden) gut dastehen. Bei den indirekten Treibhausgasimmis-
16 sionen ist noch Einsparpotential, aber bei weitem nicht in dem Ausmaß wie es bei der direkten
17 Treibhausgasimmission der Fall ist.

18 Was ist direkte Treibhausgasimmission im Hinblick einer Kläranlage? Direkte THG (Treibhaus-
19 gase) entstehen hauptsächlich an drei Stellen währen-d des Klärprozesses. Die eine Stelle ist die
20 Ausgasungen im Belebungsbecken während der Belüftung des Abwassers. Hier sind Methanaus-
21 gasungen vorhanden, jedoch in geringer Exposition. Viel relevanter sind die anderen zwei Stel-
22 len, an den Ausgasung und Methanfreigabe einen gewaltigen Faktor haben kann.

23 Stelle 1: Im Kanalsystem

24 Abwasser wird über Kanalsysteme oft viele Kilometer zur Kläranlage transportiert. In den Rohren
25 bildet sich durch Bakterien und genügend Biomasse ein Biofilm, der anaerob Biomasse abbaut.
26 Dabei entsteht in Signifikanten Mengen Methan. Besonders dramatisch ist dieses Phänomen bei
27 Druckrohrleitungen, da dort die Biofilmfläche sehr viel größer ist als bei Freispiegelleitungen.
28 Das im Kanalsystem entstehende Methan ist ein THG, welches aktuell unkontrolliert in die At-
29 mosphäre eintritt. Schätzungen zufolge kann allein diese direkte THG-Quelle ungefähr 15% der
30 indirekten THG einer Kläranlage ausmachen. Bei aktuellen Energiemix liegt der Verbrauch an
31 indirekten THG bei $12,2 \frac{\text{kg CO}_2}{\text{E}\cdot\text{a}}$. Das macht dann einen Anteil von ca. $1,83 \frac{\text{kg CO}_2}{\text{E}\cdot\text{a}}$ aus. Hoch-
32 gerechnet für Deutschland macht das $150.000 \frac{\text{t CO}_2}{\text{a}}$ aus.

33 Dort besteht massives Einsparpotential, deswegen fordern wir:

- 34
- Künftig in Rohrleitungs- und Kanalbau Planung THG-Fangsysteme zu berücksichtigen
 - Die Forschung in dem Bereich vorantreiben und Pilotprojekte zu starten
- 35

- 36 • Kläranlagen regional, aber auch nicht zu kleingliedrig (da umso kleiner eine Kläranlage,
37 desto unproduktiver), zu betreiben, um Kilometerweite Druckrohrleitungen zu vermei-
38 den.

39 Stelle 2: Bei der anaerobe Schlammbehandlung

40 Bei der anaeroben Klärschlammstabilisierung entsteht logischerweise THG, hauptsächlich Me-
41 than, welches dann als Biogas verwendet wird. Dabei werden bei Produktionsschritten immer
42 wieder THG ausgestoßen, die unkontrolliert verloren gehen. Dabei hilft eine Vakuumpumpe im
43 System. Diese saugt das Gas aus dem ablaufendem, behandelten Klärschlamm und kann
44 dadurch schätzungsweise ca. 2% der indirekten THG-Emission einer Kläranlage einsparen. Bei
45 aktuellen Energiemix liegt der Verbrauch an indirekten THG bei $12,2 \frac{\text{kg CO}_2}{\text{E} \cdot \text{a}}$. Das macht dann
46 einen Anteil von ca. $0,244 \frac{\text{kg CO}_2}{\text{E} \cdot \text{a}}$ aus. Hochgerechnet für Deutschland macht das
47 $20.000 \frac{\text{t CO}_2}{\text{a}}$ aus.

48 Auch hier besteht hohes Einsparpotential, deswegen fordern wir:

- 49 • Es sollen künftig alle neuen Kläranlagen mit Schlammbehandlung ausgestattet werden,
50 damit überall die energetische Verwertung der Biomasse genutzt werden kann

51 Diese anaerobe Schlammbehandlung soll mit Vakuum-Pumpe ausgestattet werden

52

53 Nährstoffe als Ressource:

54 Kläranlagen sollen ebenso wie Biomasse, auch Nährstoffen abbauen. Die Rede ist hauptsächlich
55 von Stickstoff und Phosphor, die unter anderem Gewässereutrophierung hervorrufen. Im Be-
56 reich der Biomasse ist ein Prozess der Gewinnung und Weiterverarbeitung (wie bereits ausführ-
57 lich dargestellt) etabliert. Im Bereich der Nährstoffe ist das bisher kaum der Fall. Der Nährstoff
58 Phosphor wird abgebaut, allerdings dann nicht weiter behandelt, sondern mit dem Klärschlamm
59 irgendwann nach der energetischen Nutzung entsorgt. Phosphor ist allerdings ein endlicher
60 Stoff, der unter anderem in der Landwirtschaft als reiner Dünger eingesetzt wird. Nach Schätzun-
61 gen der NABU kann es sein, dass die natürlichen Phosphor Reserven nur noch 100 Jahre ausrei-
62 chen. Wir haben in jeder größeren Kommune eine konzentrierte Phosphor Produktionsanlage,
63 die aber nicht genutzt wird. Jedes Lebewesen, sei es Pflanze oder Mensch benötigt Phosphor zum
64 Leben. Wir sollten möglichst anfangen diesen Phosphor zurückzugewinnen und als recycelten
65 Phosphor nutzbar zu machen.

66

67 Deshalb fordern wir:

- 68 • Phosphor Rückgewinnung als neuen Standard im Bau von Kläranlagen zu etablieren
69 und bestehende Kläranlagen möglichst effizient dahingehend nachzurüsten.

70

71 Das, was man nicht im „sauberen“ Wasser haben will:

72 Kläranlagen können viel mehr als wir bisher von ihnen abverlangen. An einigen Standorten gibt
73 es sie schon, die sogenannte vierte Reinigungsstufe. Gemeint ist die Neutralisierung von Medi-
74 kament Rückständen und Mikroplastik. Weder die Umwelt, noch der menschliche oder tierische
75 Organismus kann mit Rückständen von Medikamenten oder Mikroplastik umgehen. Noch ist
76 nicht genau klar, welche Folgen diese Rückstände haben. So viel ist aber klar, man muss es nicht
77 unbedingt herausfordern und ausprobieren.

78

79 Deswegen fordern wir:

- 80 • Bevor es zu spät ist muss die vierte Reinigungsstufe möglichst flächendeckend umge-
81 setzt werden um fatale Folgen durch größere Menge Medikament Rückstände und Mik-
82 roplastik erst gar nicht aufkommen zu lassen

1 Antrag U05: Wiiiiiiyyld! - 3 Prozent Wildnis sind das Minimum für eine wilde Welt

2

3 Die Flutkatastrophe im Ahrtal, versiegendes Grundwasser und immer heißere Sommer – es ist
4 ganz klar: regional sind die direkten Folgen des Klimawandels hier in Deutschland längst ange-
5 kommen. Zum Abwenden der Langzeitwirkungen der Umweltbelastungen laufen unter dem
6 Schlagwort Biodiversität, also dem Erhalt der Artenvielfalt, deutschlandweit zwar viele Maßnah-
7 men. Doch sie sind in ihrem jetzigen Umfang nicht ausreichend, weder um die Klimaneutralität
8 noch um das Abwenden der Klimaschäden erfolgreich zu erreichen. Auch werden die selbstge-
9 setzten Vorgaben nicht zuverlässig erreicht. Und so ist auch das 2%-Wildnis-Ziel aus der Natio-
10 nalen Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS) 2020 krachend verfehlt worden.

11 Ist das wild (?)

12 Wildnis wurde in der NBS folgendermaßen definiert: „Wildnisgebiete i. S. der NBS sind ausrei-
13 chend große, (weitgehend) unzerschnittene, nutzungsfreie Gebiete, die dazu dienen, einen vom
14 Menschen unbeeinflussten Ablauf natürlicher Prozesse dauerhaft zu gewährleisten.“ Die Min-
15 destgröße eines unzerschnittenen Gebietes ist dabei 1.000 Hektar. Erst dann gilt es als „Wildnis“.
16 Im Jahr 2020 kam die Bundesrepublik Deutschland somit gerade einmal auf 0,6 Prozent Wildnis,
17 d.h. Fläche, auf der sich Wildnis entwickeln kann. Denn sogenannte primäre Wildnis gibt es in
18 Deutschland kaum bis gar nicht. Auch sind Wildnisgebiete nicht einfach mit Naturschutzgebiete-
19 n oder anderen Schutzkategorien gleichzusetzen. Es gibt für Wildnisräume, in denen die Natur
20 sich selbst überlassen, keine klassifizierte Schutzkategorie.

21 Die Flächenverteilung in Deutschland beläuft sich auf etwa 51 % landwirtschaftliche Nutzung,
22 30 % Wälder und 14,5 % Siedlungs- und Verkehrsfläche. Die übrige Fläche bedecken Seen, Flüsse
23 und Gewässer sowie genauso wie Kies- und Braunkohlegruben, Abraumhalden und ehemalige
24 Militärgelände.

25 Wildnis ist Biodiversität ihrer pursten Form

26 Bereits der Antrag U4 des Juso-Bundeskongresses 2021 setzt sich intensiv mit klimaneutraler
27 Landwirtschaft und Biodiversität auseinander. Daran anschließend soll mit diesem Antrag zum
28 Thema Biodiversität die Forderung nach Wildnisgebieten in Deutschland entwickelt werden.

29 Denn mit dem Sterben der Arten (ein Drittel der Arten in Deutschland steht auf der Roten Liste)
30 wird die Balance des Ökosystems ins Mark getroffen. Nach zwei Jahrhunderten der industriellen
31 Ausbeutung von Menschen und Natur, benötigt die Natur ein Minimum an Rückzugsraum, um
32 sich endlich zu erholen. Von einem großen Paket Biodiversitätsmaßnahmen ist Wildnis ein ver-
33 gleichbar kleiner Teil, doch gleichzeitig ein unglaublich wichtiger und nicht verzichtbarer Teil,
34 den wir als Jusos fordern. Wildnis ist Biodiversität in ihrer pursten Form.

35 Wegen des Artensterbens schwindet Jahr für Jahr die Lebensgrundlage auf unserem Planeten.
36 Für die Bundesrepublik Deutschland ist es wichtig, Wildnis gebieten ausreichend Platz einzuräu-
37 men. Erstens um regional ganz praktisch und konkret für klimatische Verbesserung zu sorgen.

38 Und zweitens, weil nur so die notwendige Reputation für die aktuell stagnierenden internatio-
39 nalen Verhandlungen aufgebaut werden kann, ohne die die weltweit zum Klima- und Umwelt-
40 schutz entscheidenden Vorstöße, etwa zum Erhalt von Regenwäldern und anderen Naturschutz-
41 gebieten, nicht gelingen können.

42

43 Wir fordern deshalb:

44 • Die Erhöhung des Anteils an Wildnisgebieten in Deutschland von 0,6 % auf mindestens
45 3 % bis 2030 und auf mindestens 5% bis 2050.

46 • Eine Strategie für die Flächen, die sich zu Wildnis (zurück-)entwickeln soll, um menschl-
47 iche Einflüsse rückgängig zu machen.

48 • Die Fortentwicklung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt auf Bundesebene
49 sowie eine einschlägige Definition von Wildnisgebieten als zusammenhängende Gebiete
50 von mehr als 1.000 Hektar.

51 • Klassifizierung von Wildnis gebieten als eigene Schutzkategorie mit dem Zweck, die Na-
52 tur ohne menschliche Einflüsse sich selbst zu überlassen. Solche Gebiete können auch in
53 anderen Schutzzonen identifiziert und weiterentwickelt werden. Außerdem muss klar-
54 gestellt werden, dass solche Gebiete nicht nur dem Schutz wildlebender Tier-, Pilz- und
55 Pflanzenarten, sondern auch dem Schutz natürlicher Prozesse dienen.

56 • Für Wildnisgebiete sind rechtliche Verpflichtungen zur Bewirtschaftung sowie zur Jagd
57 und Fischerei aufzuheben, außer diese sind Krankheiten, die eine massive Gefährdung
58 für Pflanzen Tier und Pilzarten außerhalb des Wildnis Gebietes sind. Geltende Gesetze
59 und Verordnungen über gebietsfremde Arten müssen so angewendet werden, dass eine
60 aktive Eingriffsverpflichtung auf die Randzonen eines Wildnisgebiets beschränkt bleibt.

61 • Die belastbare Feststellung der bundesweit bestehenden Wildnisgebiete nach den zuvor
62 auf Bundesebene bestimmten Kriterien durch die Länder. Dabei sollen vorrangig Mono-
63 kulturen in der Landwirtschaft als potentielle Flächen für die Ausweitung der Wildnis in
64 Betracht gezogen werden, um einen weiteren Beitrag zur Biodiversität zu leisten. Zu-
65 künftig soll ein bundesweit einheitliches Monitoring zu Wildnisgebieten aufgebaut wer-
66 den.

67 • Die Erhöhung der jeweiligen Anteile an Wildnisgebieten in jedem Bundesland auf min-
68 destens 3 % bis 2030 und auf mindestens 5% bis 2050. Für die Stadtstaaten müssen dies-
69 bezüglich Ausgleichsmechanismen geschaffen werden.

- 70 • Die Feststellung von Räumen unter 1.000 Hektar, die Wildnis aufweisen, und die Bewer-
71 tung zur Entwicklung dieser Räume zu einschlägigen Wildnisgebieten durch die Länder
72 in Zusammenarbeit mit der kommunalen Kreisebene.
- 73 • Einen dauerhaften Verzicht auf die Privatisierung von Potentialflächen für Wildnisge-
74 biete und die Identifizierung von für Wildnisentwicklung geeigneten Flächen in beste-
75 henden Schutzzonen und im öffentlichen Raum. Diese Potenzialräume dürfen von
76 Neuplanungen von Infrastrukturmaßnahmen nicht beeinträchtigt werden.
- 77 • Private Flächen, die sich für Wildnisgebiete eignen sollen perspektivisch in staatliche
78 Hand übergehen, um diese zu verbinden und erweitern zu können. Dadurch könnten
79 wichtige Hürden genommen werden, um beispielsweise auf die Mindestgröße von 1.000
80 Hektar, die in der NBS definiert ist, zu kommen.
- 81 • Die schon zu 2020 geplanten 5 % der bundesdeutschen Waldfläche (etwa 1,5 % der Ge-
82 samtläche Deutschlands) als Wildnisgebiet zu 100 Jahren als Wildnisschutzgebiet zu er-
83 klären, damit die entsprechenden Positiveffekte überhaupt beginnen können, einzutre-
84 ten.
- 85 • Für den Anteil der bundeseigenen Wälder die Erhöhung der Festschreibung zur natürli-
86 chen Entwicklung von 20 % auf mindestens 50%.
- 87 • Die Aufhebung rechtlicher Verpflichtungen zur Bewirtschaftung und Jagd bzw. Fischerei
88 von Wildnisgebieten
- 89 • Die Einrichtung und Einplanung von Querungshilfen, Korridoren und Trittsteinbiotopen
90 zur Verbindung von Wildnisgebieten auch bei Biotopverbund und Infrastrukturplanun-
91 gen.
- 92 • Einen konsequenteren Schutz von bestehenden Schutzgebieten durch Verzicht auf Nut-
93 zung wie Forst- und Landwirtschaft.
- 94 • Anzustreben sind außerdem Nullnutzungszonen in bereits geschützten Gebieten ande-
95 rer Klassifizierung (z.B. Naturschutzgebiete) um auch diese besonders sensiblen Zonen
96 zu schützen. Dazu sollen beispielsweise der Einsatz von Pestiziden, sowie der Abbau von
97 Bodenschätzen, unterbunden werden.
- 98 • Wir setzen uns explizit für die Renaturierung von beispielsweise Mooren und Auwäldern
99 ein. Für Wildnisgebiete sollte der Fokus von Wäldern auch auf andere Gebiete ausgewei-
100 tet werden, denn Wildnis sind nicht nur der Hirsch und das Wildschwein, sondern auch
101 der Wattwurm und der Sonnentau.

102 • Ähnlich zu den Nationalparkhäuser zum Wattenmeer sollen auch für Wildnisgebiete Ein-
103 richtungen geschaffen werden, die über das Wildnisgebiet informieren und schulen. Da-
104 bei soll es nach Möglichkeit auch Plätze für FÖJler*innen und Naturpädagog*innen ge-
105 ben. Diese können an z.B. Schulen über den mit dem Wildnisgebiet zusammenhängen-
106 den Naturschutz aufklären.

107 Für den Anteil der bundeseigenen Wälder die Erhöhung der Festschreibung zur natürlichen Ent-
108 wicklung von 20 % auf 50%.

109 Vgl. <https://www.bmu.de/themen/naturschutz-artenvielfalt/naturschutz-biologische-viel->
110 [falt/wildnis](https://www.bmu.de/themen/naturschutz-artenvielfalt/naturschutz-biologische-viel-falt/wildnis)

111 ¹ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/naturschutz-wildnis-100.html>

112 ¹ [https://www.umweltbundesamt.de/daten/flaeche-boden-land-oekosysteme/flaeche/struk-](https://www.umweltbundesamt.de/daten/flaeche-boden-land-oekosysteme/flaeche/struktur-der-flaechennutzung#die-wichtigsten-flaechennutzungen)
113 [tur-der-flaechennutzung#die-wichtigsten-flaechennutzungen](https://www.umweltbundesamt.de/daten/flaeche-boden-land-oekosysteme/flaeche/struktur-der-flaechennutzung#die-wichtigsten-flaechennutzungen)

114 ¹ https://www.bfn.de/sites/default/files/2021-04/Artenschutzreport_Download.pdf

1 Antrag U06: Unsere Zukunft: klimaneutral, ökologisch, unabhängig

2

3 Die voranschreitende Klimakrise zeigt bereits heute, wie verheerend der Klimawandel unsere
4 Umweltbedingungen verändert. Extremwetterlagen führen besonders in den äquatorialnahen
5 Regionen zu Ernteaussfällen, welche bereits heute Hungersnöte auslösen. Auch das stetig be-
6 schleunigende Abschmelzen der Polarregionen droht ganze Küstenlinien und Inselgruppen zu
7 überfluten.

8 Die Weltgemeinschaft hat als Antwort auf die Folgen des anthropogenen Klimawandels 2015
9 mit dem Pariser Klimaschutzvertrag das Ziel ausgerufen, dass wir weltweit nicht eine Steigerung
10 der Durchschnittstemperatur von 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau erreichen
11 dürfen. Mittlerweile liegen wir bereits im Jahr 2022 bei 1,1 Grad über dem vorindustriellen Ni-
12 veau und Forscher*innen warnen, dass wir die 1,5 Grad bereits zumindest zeitweise schon in den
13 Jahren bis 2026 erreichen könnten. Modelle zeigen, dass ein Überschreiten dieser Marke eine
14 unaufhaltbare Kettenreaktion auslösen könnte, dessen Folgen für große Teile unserer Umwelt
15 vernichtend sein könnten. Ganze Nahrungsketten könnten zusammenbrechen, welches nicht
16 nur das Gleichgewicht unseres empfindlichen Ökosystems nachhaltig zerstören könnte, sondern
17 damit auch unsere Lebensgrundlage.

18 Ein wichtiger Bereich zur Dekarbonisierung im Rahmen der sozial-ökologischen Transformation
19 ist dabei der Energiesektor, der global und auch in Deutschland für jeweils über ein Drittel der
20 verursachten Gesamtemissionen verantwortlich ist. Der Energiesektor und -markt steht aktuell
21 doch nicht nur im Rahmen der Dekarbonisierung im Fokus, sondern in besonderer Hinsicht auch
22 wegen der hohen Abhängigkeit von fossilen Energieträgern seit dem 24. Februar 2022, dem Be-
23 ginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine.

24 Wir Jusos bekennen uns uneingeschränkt zum konsequenten Klimaschutz. Aus Verantwortung
25 zur Umwelt und für unsere Sicherheit und Unabhängigkeit von menschenverachtenden Regi-
26 men.

27

28 Die Landeskonzferenz möge beschließen:

29 Klimaneutralität bis spätestens 2040 mit einem CO₂-Budget

30 Ein uneingeschränktes Bekenntnis zum 1,5 Grad Ziel des Pariser Klimaschutzabkommen. Um das
31 1,5-Grad-Ziel doch noch zu erreichen, müssen wir die Emissionen schnellstmöglich auf eine
32 Netto-Null senken. Dabei steht der globale Norden, der durch sein emissionsintensives System
33 vornehmlich zum anthropogenen Klimawandel beiträgt, in besonderer Handlungsverantwor-
34 tung. Die sogenannten Schwellen- und Entwicklungsländer haben ein berechtigtes Interesse
35 sich einen ebenbürtigen Wohlstand aufzubauen. Es liegt an modernen Industrieländern wie
36 Deutschland einen Weg in eine klimaneutrale Zukunft aufzuzeigen, welche trotzdem Wachstum
37 ermöglicht. Niedersachsen hat die besten Voraussetzungen der Motor der Transformation in

38 Deutschland zu sein. Wir fordern, dass das Land Niedersachsen bereits 2035 95 Prozent des Ener-
39 giebedarfs aus den erneuerbaren Energien decken kann, dies kann aber nur in Verbindung mit
40 einem seriösen, transparenten und mit dem 1,5 Grad Ziel kompatiblen CO2-Budget geschehen,
41 an welchem sich alle weiteren Klimaschutzmaßnahmen ausrichten müssen. Ein Quelle kann da-
42 für der regelmäßig erscheinende IPCC-Bericht sein. Entscheidend ist nur, dass es mit dem 1,5
43 Grad Ziel vereinbar ist.

44

45 Niedersachsen als erneuerbare Energien-Land Nummer eins

46 Niedersachsen muss erneuerbare Energien-Land Nummer eins in werden. Der Ausbau erneuer-
47 barer Energien muss dazu an Fahrt gewinnen. Niedersachsen gehört zwar zu den führenden
48 Bundesländern beim Anteil der erneuerbaren Energien, doch der Anteil am bundesweiten Brut-
49 toendenergieverbrauch beträgt aktuell nur rund 20%. Durch die EEG-Novelle im Rahmen des Os-
50 terpakets, wo endlich ein höherer und realistischer Strombedarf angenommen wird, konnte ein
51 Ausbauimpuls gegeben werden. Wichtig waren dafür die Erhöhung des Ausbauziels und der
52 Ausbaupfade sowie regulatorische Verbesserungen. Dennoch wird insbesondere der Ausbau der
53 Windenergie stocken. So ist im vergangenen Jahr beispielsweise keine einzige Windenergiean-
54 lage auf See ans Netz gegangen. Sollte sich anhand der Genehmigungszahlen der Länder nach
55 wie vor abzeichnen, dass die Ausbauziele massiv unterschritten werden, dann kann das nicht
56 mehr hingenommen werden. Niedersachsen soll sich dazu im Rahmen einer Bundesratsinitia-
57 tive dafür einsetzen ein öffentlich-rechtliches Unternehmen auf Bundesebene zum Ausbau er-
58 neuerbarer Energien zu gründen, welches bei Unterschreitung von Ausschreibungsvolumen ver-
59 pflichtet ist, die Lücke im Zubau zu füllen. Damit wird gewährleistet, dass Klima- und Ausbau-
60 ziele nicht weiterhin sehenden Auges verfehlt werden. Zusätzlich wird der Staat seiner Rolle ge-
61 recht, die Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Der Klimawandel wartet nicht. Deshalb lautet die
62 Devise: mehr, schneller Ausbauen!

63

64 Grüne Wasserstoffwirtschaft aufbauen

65 Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine stellt nicht nur eine Zäsur in der europäischen Frie-
66 densordnung und eine Katastrophe für die ukrainische Bevölkerung da, sondern zeigt sie auch
67 unsere schmerzhaft Abhängigkeit von fossilen Energieträgern. Besonders die Abhängigkeit von
68 einem menschenfeindlichen Regime wie Russland darf nie wieder zustande kommen. Wir befür-
69 worten deswegen den temporären Export von Flüssiggas, solange keine bedarfsgerechte Was-
70 serstoffwirtschaft in Niedersachsen errichtet wurde.

71 Grüner Wasserstoff wird zukünftig eine Säule der klimaneutralen Energieversorgung sein. Nie-
72 dersachsen muss aufgrund seiner Lage an der Nordsee eine Führungsrolle bei der Produktion
73 und Import von grünen Wasserstoff übernehmen. Gerade in der Chemie- und Stahlindustrie, wie
74 aber auch bei Schiffs- und Flugverkehr wird Wasserstoff eine bedeutende Rolle bei der Transfor-
75 mation einnehmen. Wir fordern deshalb, dass das Land sich konsequent für den Aufbau von
76 Wasserstoffclustern einsetzt.

77 Ausbauoffensive Windkraft

78 Niedersachsen ist als Küstenland führend bei der Windkraft. Wir fordern eine Ausbauoffensive
79 der On- und Offshorewindkraft. Wir müssen schnellstmöglich 2,2 Prozent der Landesfläche als
80 Windenergiegebiete ausweisen. Auch Repowering von älteren Windkraftanlagen muss schneller
81 vorangetrieben werden.

82 Wir fordern beim Ausbau der Photovoltaikanlagen (PV) in Niedersachsen einen Ausbau der Leis-
83 tung auf mindestens 65 GW bis 2030. Somit müssen wir einen Ausbau von mindestens 8GW
84 Leistung pro Jahr bis 2030 erreichen. Besser wäre mehr, um sicher sowie schnelle die Klimaneut-
85 ralität zu erreichen.

86 Ausbauoffensive Photovoltaik

87 Wir fordern beim Ausbau der Photovoltaikanlagen (PV) in Niedersachsen einen Ausbau der Leis-
88 tung auf 65 GW bis 2035. Somit müssen wir einen Ausbau von 5 GW Leistung pro Jahr bis 2035
89 erreichen. Wir fordern beim Ausbau der Photovoltaikanlagen (PV) in Niedersachsen einen Aus-
90 bau der Leistung auf mindestens 65 GW bis 2030. Somit müssen wir einen Ausbau von mindes-
91 tens 8GW Leistung pro Jahr bis 2030 erreichen. Besser wäre mehr, um sicher sowie schnelle die
92 Klimaneutralität zu erreichen.

93 Dieses ambitionierte Ausbauziel ist nur zu erreichen, wenn in Zukunft für den Ausbau deutlich
94 mehr auf Freiflächen zurückgegriffen wird. Das Niedersächsische Ausbauziel für Freiflächenpho-
95 tovoltaik muss daher von einem nur 20%-igen Anteil am Gesamtausbauziel von 65 GW auf einen
96 Anteil von 50%, also 32,5 GW erhöht werden.

97

98 Atomausstieg konsequent verfolgen

99 Wir bekennen uns zum Atomausstieg. Mit dem jüngsten Beschluss der Bundesregierung zur
100 Laufzeitverlängerung der drei letzten betriebenen Kernkraftwerke in Deutschland bis Mitte
101 2023 sehen wir den Atomausstieg als besiegelt an. Jede Debatte um eine weitere Laufzeitver-
102 längerung lehnen wir ab. Der weitere Kauf von Brennstäben, sowie Uranimporte aus Russland
103 zur Brennelementefabrik in Lingen lehnen wir ab.

104

105 Ende der fossilen Energieträger

106 Die Förderung und die Nutzung von fossilen Energieträgern wie Kohle, Erdöl und Erdgas muss
107 mit Blick auf die Klimaziele schnellstmöglich beendet werden. Besonders Förderungen aus Was-
108 serschutzgebieten oder dem Nationalpark niedersächsisches Wattenmeer müssen möglichst
109 bald beendet werden. Fracking zur Gewinnung von Erdöl und Gas lehnen wird ab und müssen
110 verboten bleiben.

V – Verkehr

1 Antrag V01: A20 Bau stoppen

2

3 Die Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen:

- 4 • Der Bau der A20 ist zu sofort und dauerhaft zu stoppen.

5

6 Begründung:

7 Die Klimakrise ist die größte lokale, wie auch globale Herausforderung unserer Zeit. Mit unserem
8 heutigen Handeln entscheiden wir über die Zukunft der Menschheit.

9 In Zeiten der Klimakrise neue fossile Infrastruktur zu errichten, ist unverantwortlich und nicht
10 effizient.

11 Die Initiative „A20-Nie!“ Stellt auf ihrer Website umfassende Gutachten zu dem Projekt und
12 möglichen Alternativen bereit. Auf der Website heißt es zu der Unsinnigkeit des Projektes unter-
13 anderem:

14 “Das Nutzen-Kosten-Verhältnis (NKV) zeigt, wie groß der Nutzen eines Projektes ist im Vergleich
15 zu den Kosten. Ein NKV von 1 bedeutet, dass jeder investierte Euro einen Nutzen von ebenfalls
16 einem Euro bringt. Solch ein Projekt wäre ein Nullsummenspiel. Im Bundesverkehrswegeplan,
17 der 2016 erstellt wurde, hat die A 20 ein NKV von 1,9, d. h. ein investierter Euro soll 1,9 Euro
18 Nutzen bringen – übrigens ohne monetäre Bewertung des Schadens, der an Natur oder Klima
19 entsteht. Nun haben sich seit 2016 die Kosten der A 20 praktisch verdoppelt. Das heißt, der Nut-
20 zen hat sich halbiert und das NKV sinkt unter 1. Damit wird die Autobahn zum Milliardengrab
21 im Moor.

22 Kann man machen. Ist aber volkswirtschaftlich unsinnig.

23 Laut Haushaltsplanentwurf soll der Verkehrsetat in diesem Jahr um 13 Prozent schrumpfen.
24 Während die Ausgaben für Erhalt und Ausbau des Bundesfernstraßennetzes gleich bleiben, wird
25 bei der Schiene um fast 3 Milliarden Euro gekürzt. Die Ausgaben für den Ausbau der digitalen
26 Infrastruktur wird um deutlich mehr als die Hälfte gekürzt.

27 Mobilitätswende buchstabiert sich anders!“

28

29 Quelle: <https://a20-nie.de/>

30

31 → Zusammenfassung: Die Klimakrise ist akut, daher müssen wir mehr Tempo beim Klimaschutz
32 machen, um das 1,5-Grad Ziel zu erreichen. Der Bau der A20 ist aus der Zeit gefallen und das
33 Gegenteil von Klimaschutz. Zudem gibt es klimafreundliche Alternativen zu der Autobahn.

1 Antrag V02: Bahnhofsliebe - Bahnhofsoffensive starten

2

3 Die Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen, dass:

- 4 1. Wir unterstützen den Ansatz des Nahverkehrsbündnis Niedersachsen,
5 der neue Reaktivierungsplan der niedersächsischen Landesregierung soll vor allem die
6 Anbindung des ländlichen Raums an das niedersächsische SPNV-Netzes und die Erreich-
7 barkeit von Einrichtung der öffentlichen Daseinsvorsorge bei der Ausstellung eines Reak-
8 tivierungsrankings berücksichtigen.
- 9 2. Der Lenkungskreis zur Streckenreaktivierung soll die Landkreise befragen nach potentiell
10 reaktivierbaren Strecken. Auch das Thema Trassenneubau soll dabei in Betracht gezogen
11 werden. Dabei soll das Land die Kommunen beim beantragen von Machbarkeitsstudien
12 finanziell unterstützen. Kernintention dieses Verfahren muss es sein, dass niedersächsi-
13 sche Netz kompatibler im Sinne der Ausbaumaßnahmen des Deutschlands-Taktes zu
14 machen.
- 15 3. Die niedersächsische Landesregierung sollte schneller als bei ihrem Ausbauprogramm
16 2013 die Reaktivierungen verfolgen. Beschleunigte Planungsverfahren wie bei den Bau
17 der Jade-Weser-Port Trasse könnte hierbei behilflich sein. Wir fordern dass bis 2035 alle
18 niedersächsischen Mittelzentren über einen SPNV Halt verfügen.
- 19 4. Bahnhöfe auch künftig in öffentlicher Hand bleiben und zu kulturellen und gesellschaft-
20 lichen Zentren werden.

21 Begründung:

22 Die Bahninfrastruktur muss massiv gestärkt werden, denn nur so kann die Verkehrswende ge-
23 lingen. Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, die Fahrgastzahlen der Bahninfrastruktur
24 bis 2030, gegenüber 2018, zu verdoppeln. Dies kann nur geschehen, wenn die Infrastruktur mas-
25 siv ausgebaut wird.

26 Gerade Personen im ländlichen Raum würden von einer Reaktivierung der stillgelegten Strecken
27 und Bahnhöfe profitieren und einen schnellen und zuverlässigen Anschluss an die Ballungszen-
28 tren bekommen.

29 Auch für die Wirtschaft unseres Landes ist eine Reaktivierung sinnvoll. Eine Bahnstrecke erhöht
30 die Qualität eines Wirtschaftsstandortes und schafft wirtschaftlichen Aufschwung für die Re-
31 gion.

32 Die Zukunft gehört der Schiene!

33 → Zusammenfassung: Die Mobilitätswende können wir nur mit der Bahn und deren Ausbau er-
34 reichen. Lasst uns dafür was tun!

1 Antrag V03: Zweigleisiger Ausbau der Bahnstrecke Osnabrück - Oldenburg und zwei-
2 gleisiger Ausbau der Bahnstrecke Oldenburg - Leer

3

4 Die Landeskonzferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen:

- 5 • Ausbau der Bahnstrecke Osnabrück-Oldenburg zu einer zweigleisigen, elektrifizierten
6 Fernverkehrsstrecke.
7 • Ausbau der Bahnstrecke Oldenburg-Leer zu einer zweigleisigen Fernverkehrsstrecke.
8 • Den priorisierten Bau des Bahnhofes in Isenbüttel, die Schaffung der Eisenbahnstrecke
9 Peine-Gifhorn sowie die Wiederinbetriebnahme der Ohretalbahn und ihr Ausbau bis
10 Wolfsburg

11 Begründung:

12 Niedersachsen ist Bahnland. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Zukunft der Schiene ge-
13 hört. Die zwei wichtigen Strecken Osnabrück-Oldenburg sowie Oldenburg- Leer sind bisher ein-
14 gleisig und für den gegenwärtigen und zukünftigen Bedarf nicht leistungsstark genug.

15

16 Die Strecke Osnabrück-Oldenburg ist eine wichtige Anschlussstrecke von Westniedersachsen
17 und NRW an den Nordwesten Niedersachsens und insbesondere an den Wirtschaftsstandort
18 Wilhelmshaven. Die Strecke Oldenburg-Wilhelmshaven befindet sich bereits im zweigleisigen
19 elektrifizierten Ausbau, der Anschluss nach Osnabrück muss nun folgen. Für die Fahrgäste be-
20 deutet ein Ausbau der Gesamtstrecke über eine Stunde Zeitersparnis. Denkbar wären dann auch
21 eine Fernverkehrsverbindung und ein RE von Wilhelmshaven nach Düsseldorf.

22 Die Strecke Oldenburg-Leer ist eine wichtige Fern-, Regio- und Güterverkehrsstrecke im Nord-
23 westen Niedersachsens, welche bisher eingleisig elektrifiziert ist. Sie wird gegenwärtig weder
24 dem Bedarf des Personen- noch dem des Güterverkehrs gerecht. Ein Ausbau würde den Urlaubs-
25 standort Ostfriesland und den Wirtschaftsstandort Emden massiv stärken und die Attraktivität
26 des Nordwestens steigern.

27 → Zusammenfassung: Wir müssen die Mobilitätswende schaffen!

W - Wohnen

1 Antrag W01: Housing first“ – Wohnen ist ein Menschenrecht – aktive Bekämpfung von 2 Obdachlosigkeit

3

4 Der Wohnungsmarkt in Deutschland befindet sich seit mehreren Jahren in einer angespannten
5 Situation. Fehlender bedarfsgerechter Wohnraum, steigende Mietpreise und Bauland als Speku-
6 lationsobjekt auf dem Kapitalmarkt verschärfen die Wohnungsnot von Menschen im Niedrig-
7 lohnssektor. Insbesondere in den Krisenzeiten wie der Corona-Pandemie sorgte der Verlust des
8 Arbeitsplatzes bei gleichbleibenden Problemen im Wohnsektor für finanzielle Probleme bei vul-
9 nerablen Gruppen. So stieg in den letzten Jahren die Zahl von Menschen in Obdachlosigkeit stark
10 an. Nach einer Schätzung der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. stieg die Zahl der wohnungslosen
11 Menschen von 237.000 im Jahr 2018 auf 256.000 im Jahr 2020. Davon lebten ungefähr 45.000
12 auf der Straße, sind also per Definition Obdachlos. Dazu muss gesagt werden, dass die Dunkel-
13 ziffer wahrscheinlich noch viel höher ausfällt, da nicht alle von Obdachlosigkeit betroffenen die
14 bestehenden Hilfsangebote nutzen und somit unter dem Radar durchfallen. Überhaupt entspre-
15 chen die Hilfsangebote nicht der Realität der Menschen auf der Straße. Sei es bedingt durch eine
16 herabwürdigende Praxis bei der Beantragung von Obdachlosenhilfe, wo schon allein der Weg zu
17 öffentlichen Stellen und die komplizierte Antragstellung für Scham und Unwohlsein bei den
18 Menschen sorgt. Auch die Unterbringung der Menschen in Notunterkünften ist nur für einen
19 kurzfristigen Zeitraum vorgesehen und hilft nicht dabei, die Wohnsituation langfristig zu ver-
20 bessern. Dass für viele alltägliche Dinge ein fester Wohnsitz die Grundlage des weiteren Handel-
21 ausmacht, als Beispiel dem Nachgehen einer Arbeit oder die Beantragung eines Bankkontos,
22 muss ein Paradigmenwechsel von statten gehen. Hier ist der „housing first“-Ansatz ein Weg in
23 die richtige Richtung. Dabei müssen betroffene nicht einem langen Prozess aus Annahme von
24 Beratungsgesprächen, Antragstellung etc. durchlaufen, bis sie in einer Wohnung können, son-
25 dern es wird ihnen zuallererst eine Wohnfläche vermittelt. Es soll so die Möglichkeit geschaffen
26 werden, Menschen dauerhaft aus der Obdachlosigkeit rauszuholen. Verbunden mit der Me-
27 thode ist ein unterschwelliges Betreuungs- und Hilfsangebot, um den Betroffenen bei ihrem
28 Weg zu unterstützen. Wichtig dabei ist die Freiwilligkeit der Annahme der Angebote sowie die
29 Trennung des Wohnraums von der Betreuungsstelle. Eine Nichtannahme soll unter keinen Um-
30 ständen zum Verlust der Wohnung führen. Auch soll es keine zeitliche Begrenzung der Nutzung
31 der Wohnräume geben. Die Betroffenen sollen, solange der Bedarf für sie besteht, alle Angebote
32 ausschöpfen können. Es muss ihnen schnell und unbürokratisch die Möglichkeit zur Beantra-
33 gung von Transferleistungen gegeben werden.

34 Damit dieser Ansatz funktionieren kann, muss der Bund bei seiner Wohnoffensive das housing
35 first-Konzept in deutlicher Weise fördern und somit auch seiner Verantwortung nachkommen.
36 Es müssen beim Neubau von öffentlich geförderten Wohnungen eine verbindliche Quote für das
37 Konzept festgelegt werden. Auch bei Bestandswohnungen sollen eine verbindliche Anzahl an
38 „housing-first“-Wohnungen bei Neuvermietungen vergeben werden. Finanziell muss der Bund
39 durch Baukostenzuschüsse beisteuern. Auch darüber hinaus müssen die Mittel für die Präven-

40 tion- und Hilfsangebote bei Wohnungsnot aufgestockt werden. Vorstellbar ist hier ein Förder-
41 topf für die genannten Maßnahmen. Es muss ein breites und flexibles Hilfsnetzwerk vor Ort für
42 die Betreuung der Menschen bestehen, weshalb auch zusammen mit „housing-First“ das soziale
43 Quartiersmanagement aus Bundesmitteln gestärkt werden muss

X - Sonstiges

1

1 Antrag X01: Weibliche Dummies müssen selbstverständlich sein

2

3 Forderung

4 Wir Jusos fordern, dass das Durchführen von Crashtest in der Autoindustrie mit weiblichen Dum-
5 mys verpflichtend wird.

6 Begründung

7 Der sog. 50- Perzentil-Dummy wird seit Jahrzehnten für die menschliche Sicherheit in Autos als
8 Maßstab genommen. Dieser orientiert sich an einem gut gebauten Durchschnitts Mann aus den
9 60er Jahren, ist 1,75 Meter groß und wiegt 78 Kilogramm. Nach diesem, mittlerweile ebenfalls
10 nicht mehr ganz zutreffenden Maßstab, werden die Crashtestdummies entwickelt.

11 Laut des statistischen Bundesamtes verletzten sich oder starben im Jahr 2019 107.445 Frauen
12 als Insassen bei Autounfällen. Im Vergleich waren es bei den Männern 99.964, obwohl Männer
13 mehr als das Doppelte an Kilometern mit dem Autozurücklegen.

14 Frauen haben einen fragileren Körperaufbau als Männer. Beispielsweise ist die Halswirbelsäule
15 bei Frauen aufgrund des anders aufgebauten Muskelapparates viel empfindlicher als bei Män-
16 nern.

17 Die Verletzungsgefahr bei Auffahrunfällen ist bei Frauen doppelt so hoch, wie bei Männern.

18 Und trotzdem ist es für Autohersteller freiwillig, dem entgegenzuwirken. Das müssen WIR än-
19 dern!

1 Antrag X02: Macht der Olafs begrenzen – Einführung einer Olaf-Quote jetzt!

2

3 Basierend auf dem Modell der FLINTA*-Quote soll es eine Begrenzung für die Anzahl der Men-
4 schen namens Olaf und Bernd in der SPD und den Jusos geben. Um eine Übermacht der Olafs
5 und Bernds zu verhindern, muss ein gerechtes Verhältnis zwischen Olafs-/Bernds- und Nicht-
6 Olafs/Bernds sichergestellt werden.

7 Es ist auffällig, dass immer mehr Olafs/Bernds und Olaf-adjazente Namensträger (wie Ole, Olf
8 und Rolf) innerhalb der SPD in Positionen der Macht aufsteigen. Dies stellt eine Bedrohung für
9 die Meinungs- und Programmviefalt der SPD dar, da es sonst zu einer möglichen Untergrabung
10 von Nicht-Olaf-/Bernds Positionen kommt. Um zu verhindern, dass es zu einer einseitigen For-
11 mulierung von Positionen aus Olaf-/Bernd-Sicht kommt, soll eine Olaf-Quote für alle wichtigen
12 Positionen und Verbände eingeführt werden.

13 Die Jusos Emsland streben eine Quote von 1:19 an, so dass bei einer theoretischen Versammlung
14 von 100 Mitgliedern nicht mehr als 5 Olafs und Bernds anwesend sein dürfen. Kommt dann ein
15 Olaf und Bernd mehr hinzu, so müssen 19 weitere Mitglieder ebenfalls anwesend sein oder die
16 Versammlung verliert ihre Beschlussfähigkeit.

17 Die Jusos Emsland begründen dies damit, dass die Wahrscheinlichkeit, dass ein Olaf und Bernds
18 die Bandbreite aller Nicht-Olaf und -Bernd Positionen abdecken kann, sehr gering ist. Es wird
19 eine Binomial-Verteilung mit einer Wahrscheinlichkeit P , dass ein Olaf/Bernd auch Nicht-Olaf/-
20 Bernd-Positionen abdecken kann, von 50% zu Grunde gelegt. Daraus folgt, exemplarisch,
21 dass die Wahrscheinlichkeit, dass von 10 Olafs und Bernds mehr als die Hälfte auch Nicht-Olaf
22 und -Bernd Positionen abdecken, bei nur 62,3% liegt. Wir halten diese Chancen für zu gering, so
23 dass die substantielle Nicht-Olaf-Bernd-Bevölkerung bei einem Olaf- und BerndÜber-
24 schuss ausgeschlossen würde.

1 Antrag X03: Religionsfreiheit ohne Kompromiss – Kirchenaustrittsgebühr abschaffen!

2

3 Die Landeskonzferenz möge beschließen:

- 4
- Die Erhebung einer Gebühr beim Kirchenaustritt in Niedersachsen wird eingestellt und somit wird § 6 des „Gesetz über den Austritt aus Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts in Niedersachsen (Kirchenaustrittsgesetz - KiAustrG)“ gestrichen
 - Der Austritt aus einer Religionsgemeinschaft soll sowohl persönlich als auch schriftlich vollzogen werden können
 - Die Beweispflicht des Kirchenaustritts wird umgekehrt
 - Die Handhabe, dass Finanzämter noch nach 40 Jahren den Kirchenaustritt infrage stellen können und bei nicht mehr vorhandenen Papieren eine Kirchensteuernachzahlung für sämtliche Jahre fordern, verurteilen wir. Auch hier gilt: Wer Steuern kassieren möchte, ist in der Beweispflicht und nicht vice versa!
- 5
6
7
8
9
10
11
12
13

14

15 Begründung:

16 In Artikel 4 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ist die negative Religionsfreiheit
17 verankert. Sie soll den Menschen, die sich aus den verschiedenen Gründen keiner Religionsge-
18 meinschaft zugehörig fühlen, eine Rechtsgrundlage dafür geben. Dieses Recht beinhaltet so-
19 wohl die Freiheit des Eintrittes als auch des Austrittes aus einer Glaubensgemeinschaft. Trotz
20 der vorhandenen Rechtsgrundlage existiert auch im Land Niedersachsen eine Gebührenerhe-
21 bung für all diejenigen, die aus der Kirche austreten wollen. Die Erhebung einer solchen Gebühr
22 steht dem Grundsatz der negativen Religionsfreiheit entgegen. Es ist zu beachten, dass sich viele
23 Menschen bei ihrem Kircheneintritt noch im Kindes- oder Säuglingsalter befinden und sich somit
24 nicht aktiv für den Eintritt in eine Religionsgemeinschaft entscheiden konnten.

1 Antrag X04: Pissen für alle: Sanifair & Co enteignen

2

3 Grundsätzliche menschliche Bedürfnisse sind Menschenrechte. Auch der Klobesuch ist daher öffent-
4 fentliche Infrastruktur und muss allen Menschen kostenlos zugänglich sein.

5 Mit grundsätzlichen menschlichen Bedürfnissen sollten keine Profite erzielt werden. Öffentliche
6 Toiletten sollten daher niemals in der Hand privater Unternehmen sein.

7 Auch der Zugang zu öffentlichen Toiletten in öffentlicher Hand ist allerdings häufig einge-
8 schränkt. Bezahlschranken werden etwa errichtet, um Wohnungslose und Drogennutzer*innen
9 aus den Toiletten auszusperrern. Dieser vermeintlich falsche Gebrauch der Toiletten ist Resultat
10 einer gescheiterten Drogen- und Sozialpolitik, nicht Resultat kostenloser Toiletten. Wohnungs-
11 losigkeit und Drogenmissbrauch sollten an der Wurzel bekämpft werden. Öffentliche Toiletten
12 müssen kostenlos zugänglich sein, gerade für Menschen mit wenig Geld.

13 Das gilt selbstverständlich für alle geschlechtlichen Identitäten. In einigen öffentlichen Toiletten
14 ist nur die Toilette für männlich gelesene Personen kostenlos zugänglich. Die Begründung dafür
15 ist, dass diese sonst ihr Privileg nutzen würden, außerhalb der Toilettenräume freizupinkeln. Als
16 feministischer Verband möchten wir, dass der Toilettengang kein Privileg ist. Kostenlos zugäng-
17 lich sollten daher nicht nur Pissoirs sein.

18 Häufig sind gerade öffentliche Toiletten nicht barrierefrei. Da der Zugang für alle Menschen
19 möglich sein soll, müssen auch Menschen mit Einschränkungen berücksichtigt und Toiletten
20 barrierefrei zugänglich werden.

21 Wir fordern daher:

- 22
- 23 • Die Enteignung aller privaten Toiletten-Anbietern wie Sanifair und die Übernahme der
24 Reinigungskräfte in den Staatsdienst, um hygienische Toiletten zu gewährleisten.
 - 25 • Kostenlosen Zugang zu allen Toiletten.
 - 26 • Geeignete öffentliche Toiletten an allen geeigneten Orten.
 - 27 • Geeignete öffentliche Toiletten für alle geschlechtlichen Identitäten
 - Barrierefreiheit auf allen öffentlichen Toiletten

1

Ini – Initiativanträge

1 Antrag Ini01: Südschnellweg sinnvoll sanieren

2

3 Antrag:

4 Wir Jusos fordern die SPD auf, eine Änderung der Ausbaupläne des Südschnellweges herbeizu-
5 führen, sodass bei den Arbeiten auf eine durchgehende Trassenverbreiterung verzichtet wird. Im
6 Sinne eines verantwortungsvollen Umgangs mit der Umwelt, dem Klima und den Steuergeldern
7 sollen die wesentlichen Baumaßnahmen rund um den Südschnellweg nur auf die Erneuerung
8 der maroden Brücken über die Leine und Leineflutmulde und den geplanten Ersatz der Brücke
9 über die Hildesheimer Straße durch einen Tunnel beschränkt werden. Im Sinne des Klimas, der
10 Lärmbelastung und der Verkehrssicherheit soll zudem die Tempobegrenzung auf 80 km/h erhal-
11 ten bleiben und die Leinemasch als ökologisch wertvolles Naherholungsgebiet weiter geschützt
12 werden.

13

14 Begründung:

15 Die Leinemasch hat für Hannover einen hohen Wert als beliebtes Naherholungsgebiet und als
16 Landschaftsschutzgebiet. Das Gebiet beherbergt viele geschützte Pflanzen- und Tierarten.

17 Der Südschnellweg (SSW) führt durch diese Leinemasch mit einer Gesamtbreite von aktuell
18 16,40 m. Im Zuge der notwendigen Sanierung der Brücken über die Hildesheimer Straße, die
19 Leine und Leineflutmulde soll die Trasse massiv auf insgesamt 25,60 m verbreitert werden. Im
20 Zuge dessen wird vermutet, dass auch die Höchstgeschwindigkeit von 80 km/h auf bis zu 120
21 km/h angehoben werden wird.

22 Diverse Initiativen kritisieren die aktuellen Pläne. Der geplante Ausbau des Schnellwegs anstatt
23 einer reinen Sanierung hätte großflächige Rodungen im sensiblen Landschaftsschutzgebiet zur
24 Folge. Die Pläne sind auch nach Inkrafttreten des Pariser Klimaabkommens und dem Urteil des
25 Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz nicht an die neuen Klimaschutzverpflich-
26 tungen und damit andere Rahmenbedingungen angepasst worden. Eine angemessene Beteili-
27 gung der Öffentlichkeit war im Jahr 2020 allerdings unter erschwerten Corona-Bedingungen
28 kaum möglich.

29 Es ist unverständlich, dass die Verwaltung meint, dass nicht nur die Brücken erneuert werden
30 sollen, sondern zugleich auch die ganze Trasse eine beinahe Verdoppelung der bisherigen Stra-
31 ßenbreite und ca. 1 m Erhöhung erhalten soll. Der SSW ist bereits jetzt kilometerweit zu hören.
32 Anstatt den CO²-Ausstoß angemessen zu berücksichtigen, hält die Verwaltung eine Geschwin-
33 digkeitserhöhung von 80 km/h auf 120 km/h für richtig. Diese wird durch die Verbreiterung
34 möglich gemacht, trotz der Tatsache, dass der Abschnitt in 2 beampelten Kreiseln endet, dem
35 Landwehr und dem Ricklinger Kreisel, womit eine Verbesserung des Verkehrsflusses durch die

36 Verbreiterung im Westabschnitt objektiv nicht möglich ist. Die aktuell angespannte Verkehrssi-
37 tuation rund um den Südschnellweg liegt nicht an fehlender Spurbreite der Fahrbahnen, son-
38 dern an den Problemen mit den maroden Brücken. Die überdimensionierten Ausbaupläne helfen
39 somit nicht einmal den Pendler*innen.

40 Durch eine Sanierung in Bestandsbreite würden mehr als 100 Mio. Euro gespart, zahllose ge-
41 wachsene Bäume und wichtige ökologische Flächen gerettet, die CO²-Bilanz verbessert und bei
42 geringerer Höchstgeschwindigkeit die Verkehrssicherheit erhöht, sowie die Lärmbelastung ge-
43 senkt. Die Begründung, dass eine komplett neue Planung notwendig wäre, falls Pläne angepasst
44 würden, ist unter diesen Umständen nicht hinnehmbar.

1 Antrag Ini02: Solidarität mit den Opfern des türkischen Angriffskriegs: Freiheit und
2 Selbstbestimmung für Kurdistan!

3 Die jüngsten Bodenoffensiven und der Bombenterror des Erdogan Regimes gegen das kurdische
4 Volk und die Opportunistische Beteiligung des Iran reihen sich ein in eine lange Historie syste-
5 matischer und gewaltvoller Unterdrückung kurdischer Menschen in ihrer Heimatregion und
6 Weltweit. Diese bekommt mit dem aktuellen Ausmaß der Angriffe und unbestätigten Berichten
7 über den Einsatz chemischer Waffen jedoch eine neue Dimension. Dem völkerrechtswidrigen
8 Angriffskrieg und dem Genozid an Kurd*innen stellen wir uns als Jungsozialist*innen entschlos-
9 sen entgegen und sichern den Betroffenen unsere volle Solidarität zu!

10 Die Türkei, welche sich seit Jahren in einer autoritären Abwärtsspirale befindet, aber bereits
11 lange vorher eine kurd*innenfeindliche Innen- und Außenpolitik verfolgt hat, welche dem
12 Selbstbestimmungsrecht der Völker diametral entgegensteht, wird vom Westen als NATO-Part-
13 ner noch immer diplomatisch, finanziell und mittels Rüstungsgütern unterstützt, die ihrerseits
14 direkt für die aktuellen Offensiven eingesetzt werden. Dieses Wegschauen und die Stützung
15 Erdogans wird damit begründet, dass das Land angesichts seiner Rolle im Ukrainekrieg und Kon-
16 flikten im Nahen und Mittleren Osten ein zu wichtiger Verbündeter sei, um es über Konflikte zu
17 Menschenrechten und anderen „westlichen Werten“ zu isolieren. Diese Scheinheiligkeit westli-
18 cher Außenpolitik, die der Türkei die Chance gibt, sie gnadenlos auszunutzen, verurteilen wir.
19 Solange eine derartige Verachtung unserer Werte und des Völkerrechts die diplomatische Stra-
20 tegie Deutschlands und seiner Verbündeten in NATO und EU bestimmen, kann niemand von
21 werteorientierter oder feministischer Außenpolitik sprechen. Stattdessen muss man den Ver-
22 antwortlichen einen kalten Pragmatismus im Umgang mit Menschenleben attestieren. Es ist
23 falsch in diesem Konflikt die Interessen und den Schutz bspw. der ukrainischen Bevölkerung und
24 der Kurd*innen gegeneinander abzuwiegen, wenn beide Völker massiv unter dem Überfall
25 zweier autoritärer Regime leiden, die politisch außer ihrer „Blockzugehörigkeit“ im modernen
26 Ost-WestKonflikt nicht viel trennt. Nicht mal hier hat sich die Türkei als zuverlässig erwiesen, hat
27 sie sich doch in zahlreichen Fragen des Ukraine Kriegs für neutral erklärt und außerdem immer
28 wieder mit Drohgebärden, gegen den demokratischen NATO-Partner Griechenland für Aufsehen
29 gesorgt. Ihre Besetzung Nord-Zyperns, des Territoriums eines EU-Mitglieds, dauert seit Jahrzehn-
30 ten an. Auch in der Frage der Fluchtrouten für schutzsuchende Menschen über den Balkan in die
31 EU, lassen sich die betroffenen Staaten immer wieder durch die aktuelle Regierung erpressen.
32 Dass es sich bei all diesen Konflikten mit dem Land, in denen der Westen kaum effektiv Stellung
33 bezieht, nicht um diplomatische Notlösungen zu Gunsten übergeordneter Ziele handelt, wird
34 daran deutlich, dass in der Zwischenzeit kaum an alternativen Lösungen gearbeitet wurde. Statt-
35 dessen ist die Ausnahme in allen Bereichen für den Westen zur komfortablen Normalität gewor-
36 den. Auch innenpolitisch sind westliche Staaten durch das Verbot kurdischer Organisationen im-
37 mer wieder unter dem Druck der Türkei eingeknickt, zuletzt als Bedingung für den NATO-Beitritt
38 von Schweden und Finnland.

39 Kurd*innen in den autonom verwalteten Gebieten in Syrien und im Nordirak kämpfen noch im-
40 mer gegen die Überreste des sogenannten islamischen Staates. Sie haben damit nicht nur bereits

1 unter viel Blutvergießen Millionen Menschen vor Ort aus dessen Terrorherrschaft befreit, son-
2 dern auch die Gefahr weiterer Anschläge in westlichen Ländern massiv reduziert. Zu diesem
3 Zweck wurden sie mittels Waffenlieferungen und Ausbildungsmissionen erst unterstützt, nun
4 jedoch, nachdem sie Ihren direkten Nutzen für den Westen verloren haben, fallen gelassen. Noch
5 immer ist der Kampf gegen Terroristen in der Region nicht beendet. Werden Truppen wie die
6 Peschmerga jedoch gezwungen all ihre Kräfte in die Selbstverteidigung ihres Volkes zu investie-
7 ren, besteht ein hohes Risiko für ein erneutes Erstarken des islamistischen Terrors. Klar ist je-
8 doch: Auch ohne diesen Beitrag verdienen Kurd*innen ihr Selbstbestimmungsrecht und müssen
9 endlich in ihrem Kampf darum unterstützt werden, anstatt ihren Unterdrücker*innen Rücken-
10 deckung zu geben. Um diese Prämisse effektiv zu unterstützen und das Morden zu beenden,
11 braucht es endlich Sanktionen durch Deutschland, die EU und andere westliche Staaten und eine
12 neue wertegeleitete Außen- und Sicherheitspolitik, die sich von Autokratien unabhängig macht,
13 statt sich für einfache Lösungen von ihnen abhängig zu machen.

14 Deshalb fordern wir:

15 • Massiven diplomatischen Druck durch die Bundesregierung und EU-Kommission auf die Türkei
16 und den Iran, sofort alle Feindseligkeiten in den betroffenen Gebieten einzustellen und den Ab-
17 zug sämtlicher Streitkräfte vorzunehmen

18 o Entsprechende Initiativen im UN-Sicherheitsrat und der UN-Vollversammlung

19 o Den sofortigen Stopp aller deutschen und Europäischen Waffenexporte an die Türkei

20 o Sanktionierung des Türkischen Staats und seiner Wirtschaft durch Bundesregierung
21 und EU, sollten Waffenstillstand und Truppenabzug nicht umgehend vorgenommen
22 werden

23 o Langfristige Sanktionierung des Türkischen Staates und seiner Wirtschaft durch Bun-
24 desregierung und EU sollten Demokratie und Achtung der Menschenrechte im Land nicht
25 wiederhergestellt werden, sowie die direkte Unterstützung der türkischen Zivilgesell-
26 schaft

27 • Eine unabhängige Untersuchung der Berichte vom Einsatz chemischer Waffen durch die Orga-
28 nisation des Verbots Chemischer Waffen (OPCW)

29 • Die Verabschiedung weiterer Sanktionen gegen den Iran durch Deutschland und die EU, sollte
30 dieser sich weiter an Angriffen gegen Kurd*innen in und außerhalb seines Staatsgebietes betei-
31 ligen und die Einstellung der Angriffe als weitere Bedingung für die Aufhebung aller aktuellen
32 und künftigen Sanktionen gegenüber dem Mullah-Regime

33 • Wiederaufbauhilfe in den betroffenen Regionen durch direkte Finanzierung mit Bundes- und
34 EU Mitteln, sowie eine internationale Geber*innenkonferenz

35 • Eine von der Bundesregierung unterstützte Anklage vor dem Internationalen Strafgerichtshof
36 gegen die Verantwortlichen für den Angriffskrieg und alle erfolgten Menschenrechtsverletzun-
37 gen

- 1 • Einen demokratischen Mechanismus, der es ermöglicht NATO-Mitgliedern schrittweise ihre
- 2 Rechte zu entziehen, sollten sie in ihrem inneren und äußeren Handeln demokratische Grunds-
- 3 ätze und das Völkerecht verletzen, bis zum Ausschluss oder dem kompletten Einfrieren der Mit-
- 4 gliedschaft

- 5 • Uneingeschränktes Asyl- und Bleiberecht für alle Menschen, die vor Krieg und Verfolgung flie-
- 6 hen, im Zweifel ohne Konsens unter allen EU-Ländern, sowie die Schaffung sicherer Fluchtrouten
- 7 und in der Folge die Aufkündigung des EU-Türkeiabkommens zur Regulation der Flucht über die
- 8 Balkanroute

- 9 • Die Anerkennung von und Zusammenarbeit mit den kurdischen Autonomieregionen in Syrien
- 10 und dem Irak und die Unterstützung demokratisch legitimer Unabhängigkeitsbestrebungen
- 11 durch Deutschland und die EU.